



HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2008

4. Sitzung

Wiesbaden, den 23. April 2008

	Seite		Seite
Ämtliche Mitteilungen	147		
<i>Entgegengenommen</i>	147		
Präsident Norbert Kartmann	147		
Axel Wintermeyer	147		
Erster Vizepräsident Lothar Quanz	185		
19. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modellprojekt für Familienzentren		8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)	
– Drucks. 17/53 –	147	– Drucks. 17/55 –	172
hierzu:		<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	184
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Uwe Frankenberger	172, 180
– Drucks. 17/77 –	147	Margaretha Hölldobler-Heumüller	173
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	157	Clemens Reif	174, 183
Petra Müller-Klepper	147	Janine Wissler	176, 183
Kordula Schulz-Asche	149	Frank Lortz	178
Florian Rentsch	151, 155	Dieter Posch	179
Petra Fuhrmann	153	Minister Dr. Alois Rhiel	180
Marjana Schott	154	Reinhard Kahl	182
Ministerin Silke Lautenschläger	155	Vizepräsident Hermann Schaus	184
Präsident Norbert Kartmann	157		
15. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gesundheitsfonds stoppen – Beitragsautonomie der Krankenkassen bewahren		14. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ja zum neuen Entwicklungsmodell der sozialen Moderne für Rhein-Main: Nachhaltige Metropolitana 2020 – die Region braucht die Internationale Bauausstellung	
– Drucks. 17/47 –	157	– Drucks. 17/28 –	185
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	172	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen</i>	196
33. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gesundheitsfonds stoppen – Krankenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger auf eine solidarische und nachhaltige Grundlage stellen – Bürgerversicherung jetzt		38. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend die IBA – eine Chance; der IBA eine Chance	
– Drucks. 17/76 –	157	– Drucks. 17/82 –	185
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	172	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen</i>	196
Florian Rentsch	157, 162, 168	Thorsten Schäfer-Gümbel	185, 193
Kordula Schulz-Asche	160, 162	Nicola Beer	187
Dr. Ralf-Norbert Bartelt	163	Gottfried Milde (Griesheim)	189
Hermann Schaus	165	Frank-Peter Kaufmann	190
Dr. Thomas Spies	166, 169, 171	Hermann Schaus	193
Ministerin Silke Lautenschläger	169, 175	Minister Dr. Alois Rhiel	194
Vizepräsident Dieter Posch	172	Erster Vizepräsident Lothar Quanz	195

	Seite		Seite
9. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)		Dr. Christean Wagner (Lahntal)	204
– Drucks. 17/29 –	196	Jörg-Uwe Hahn	205
<i>Angenommen</i>	206	Axel Wintermeyer	206
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	206
10. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)		11. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet	
– Drucks. 17/33 –	196	– Drucks. 17/34 –	206
<i>Für erledigt erklärt</i>	206	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>	213
Frank Gotthardt	196	hierzu:	
Mathias Wagner (Taunus)	197, 205	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Dr. Judith Pauly-Bender	198	– Drucks. 17/68 –	206
Florian Rentsch	199, 206	<i>Abgelehnt</i>	213
Willi van Ooyen	200, 206	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Minister Volker Bouffier	202	– Drucks. 17/99 –	207
Tarek Al-Wazir	202	<i>Angenommen</i>	213
Norbert Schmitt	203	Dr. Christean Wagner (Lahntal)	206
Dr. Ulrich Wilken	203	Dr. Carmen Everts	208
		Kordula Schulz-Asche	209
		Willi van Ooyen	209
		Jörg-Uwe Hahn	210
		Ministerpräsident Roland Koch	212
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	213

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Erster Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsident Dieter Posch
 Vizepräsidentin Sarah Sorge
 Vizepräsident Hermann Schaus

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter
 des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
 Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
 Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des
 Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt

Staatssekretär Dirk Metz
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
 Staatssekretär Harald Lemke
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
 Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
 Staatssekretär Klaus-Peter Güttler
 Staatssekretär Karl-Winfried Seif
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesender Abgeordneter:

Karlheinz Weimar

(Beginn: 9.04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Plenarsitzung, die vierte in dieser laufenden Legislaturperiode. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen.

Erledigt sind die Punkte 1, 3 bis 7, 29 und 31.

Auf Ihren Plätzen liegt ein eingegangener Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Trennung von Netz und Verkehr bei der Bahn, Drucks. 17/80. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 36. Redezeit, Herr Kollege Wintermeyer?

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, fünf Minuten pro Fraktion. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir ihn gegen den Punkt 24 tauschen, der am Donnerstag um 16 Uhr vorgesehen ist. Der würde auf das nächste Plenum vertagt. Wir würden den Tagesordnungspunkt stattdessen am Donnerstag um 16 Uhr aufrufen können.

Präsident Norbert Kartmann:

Donnerstag statt Punkt 24. Der neue Punkt ist dann Tagesordnungspunkt 36. Die Redezeit die gleiche, zehn Minuten?

(Axel Wintermeyer (CDU): Dann machen wir das!
– Reinhard Kahl (SPD): Das war mein Wunsch, zehn Minuten!)

Dann stelle ich fest: Der Punkt 36 wird statt Punkt 24 am Donnerstag mit zehn Minuten Redezeit aufgerufen.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend verantwortungsvolle und nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik für Hessen, Drucks. 17/81. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Punkt 37 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 12, 13, 17, 32 und 34 aufgerufen werden, also praktisch mit dem Rest der Tagesordnung. – Damit ist das so beschlossen.

Ich verweise auf den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und FDP betreffend die IBA – eine Chance; der IBA eine Chance, Drucks. 17/82. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann nehmen wir diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 38 auf, und wir rufen ihn mit Punkt 14 auf, einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan, Drucks. 17/84, auf. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann ist das der Punkt 39. Redezeit fünf Minuten?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

– Danke.

Eingegangen und verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG, Drucks. 17/85. Wird

die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Das ist dann Punkt 40 auf unserer Tagesordnung, und wir rufen ihn am Donnerstagnachmittag mit Punkt 36 auf.

Weiterhin eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Bekämpfung der Jugendkriminalität durch die Schaffung von Erziehungs- und Präventionszentren, Drucks. 17/86. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Punkt 41 der Tagesordnung. Wir rufen ihn mit Punkt 25 auf. – Auch dieses ist damit so beschlossen.

Wir tagen heute bis 18 Uhr, Mittagspause etwa von 13 bis 15 Uhr, also zwei Stunden. Wir beginnen jetzt mit dem Tagesordnungspunkt 19, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modellprojekt für Familienzentren, Drucks. 17/53, dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/77. Nach diesem Punkt kommt der Punkt 15, Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gesundheitsfonds stoppen – Beitragsautonomie der Krankenkassen bewahren, Drucks. 17/47. Dazu rufen wir den Punkt 33 mit auf.

Zu Ihrer Information: Wir beginnen nach der Mittagspause mit Punkt 14, Drucks. 17/28.

Herr Kollege Banzer wird uns ab 15 Uhr nicht mehr zur Verfügung stehen können.

Der Ältestenrat ist heute einberufen auf 14.45 Uhr in Raum 103 A.

Es gibt keine weitere Mitteilung. Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modellprojekt für Familienzentren – Drucks. 17/53 –

dazu:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 17/77 –

Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Ich rufe Frau Abg. Müller-Klepper von der Fraktion der CDU auf.

Petra Müller-Klepper (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kindergärten, Bildungsgärten, Familiengärten – dieser Dreisprung ist unser Ziel. Die Kindergärten sollen nicht nur betreuen und erziehen, sondern Stätten der frühkindlichen Bildung sein, in denen Kinder individuell und optimal gefördert werden, spielerisch die Welt erfahren und das Lernen lernen – ein Ansatz, den bereits Friedrich Fröbel, der 1840 in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten eröffnete, verfolgte.

Der Kindergarten hat von dort aus seinen Siegeszug rund um die Welt angetreten. Doch der bildungspolitische Ansatz ist in Deutschland lange Zeit in den Hintergrund getreten. Erst als durch die Ergebnisse der PISA-Studie die Alarmglocken läuteten, ist bewusst geworden, dass frühkindliche Bildungsaktivitäten keineswegs der Kindheit die Unbeschwertheit rauben, sondern dass sie der Natur des Kindes entsprechen und dass es ein Recht darauf hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan Pionierarbeit geleistet und ein Fundament für diese Bildungsarbeit geschaffen. Es ist erfolgreich erprobt und

findet breite Anerkennung und Zustimmung. Jetzt läuft die Umsetzung an.

Wir wollen, dass der Bildungs- und Erziehungsplan auf freiwilliger Basis flächendeckend in den Kindergärten eingeführt wird. Wir unterstützen als Land die Implementierung. Meine Damen und Herren, hierfür sind in verstärktem Maße Ressourcen bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Parallel zu diesem Ausbau der frühkindlichen Förderung und Bildung wollen wir die nächste Stufe der Weiterentwicklung hin zu mehr Qualität einleiten und in einem Modellprojekt erproben, die Öffnung der Kindergärten für die Eltern, den Ausbau der Bildungsgärten für Kinder zu Häusern für die Familie.

Die Kinderbetreuungseinrichtungen sollen zum Knotenpunkt eines familienunterstützenden Netzwerks werden, das auch präventive Wirkung entfaltet. Ziel ist es, auch die Eltern zu stärken und eine enge Erziehungspartnerschaft zwischen ihnen und dem pädagogischen Fachpersonal zum Wohle des Kindes zu gründen, um ihm den bestmöglichen Start zu eröffnen.

Um ein Kind aufzuziehen, braucht man ein ganzes Dorf – sagt treffend ein afrikanisches Sprichwort. Erziehung ist zwar in allererster Linie Aufgabe und Pflicht der Eltern, doch sie brauchen Mitspieler. Denn niemand lebt, vegetiert wie Kaspar Hauser.

Kindheit bestimmt das Leben. Ich hoffe, Sie alle denken gern an die eigene Kindheit zurück, denn dann haben unsere Eltern und die Menschen, die uns ins Leben geleitet haben, ihren Job gut gemacht. Aus uns allen hier scheint ja etwas geworden zu sein.

Die frühkindlichen Erlebnisse und das Verhalten der engsten Bezugspersonen in den ersten Lebensjahren beeinflussen erheblich den Lebenslauf. Daher haben alle, die am Erziehungsprozess beteiligt sind, eine sehr große Verantwortung. Damit sie angemessen wahrgenommen werden kann, muss die Politik den Rahmen setzen und hierbei den veränderten Lebenseinstellungen und -bedingungen der Familien Rechnung tragen. Unterstützung ist gefragt – nicht die Lufthoheit über den Kinderbetten, die ein früherer SPD-Generalsekretär propagiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Auch eine Verstaatlichung der Erziehung ist nicht gefragt. Wir dürfen die Familien nicht alleine lassen, und zugleich müssen wir ihnen Freiraum geben und die Voraussetzungen schaffen, damit sie ihr Lebensmodell leben und verwirklichen können. Eine solche Familienpolitik ist kein „Gedöns“, sondern zentrale Zukunftsaufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, starke Eltern bedeuten starke Kinder. Starke Familien bedeuten eine starke Gesellschaft.

Eine nachhaltige Familienpolitik muss auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft mit der Entwicklung integrierter Infrastrukturen reagieren – so beschreibt der Siebte Familienbericht der Bundesregierung die aktuelle Aufgabenstellung.

Ein solcher innovativer Ansatz ist das Familienzentrum. Die klassische Aufgabentrias Erziehung, Bildung und Betreuung für Kinder wird erweitert. Es entsteht ein integriertes System der Kinder- und Familienbetreuung auf der Basis eines ganzheitlichen Konzepts. Die Förderung

von Kindern und die Unterstützung von Familien können Hand in Hand gestaltet werden. Ich möchte ausdrücklich betonen: Im Mittelpunkt steht wie bei unserem Bildungs- und Erziehungsplan das Kind in seiner Einzigartigkeit, mit seinen Stärken und Kompetenzen, die es zu fördern gilt.

(Beifall bei der CDU)

Kernelemente des Familienzentrums sollen sein: erstens eine frühe Bildung, die das Kind fördert; zweitens eine hochwertige Betreuung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert; drittens frühe Beratung, Information und Bildungsangebote für die Eltern, um deren Erziehungskompetenz zu stärken; viertens praktische Hilfen für Eltern zur Konfliktbewältigung, aber auch zur Stärkung der Selbsthilfekompetenz; fünftens Austausch und Begegnung, um soziale Kontakte zu stärken; und sechstens last, but not least die Fortbildung des pädagogischen Fachpersonals.

Warum wollen wir diesen Weg einschlagen?

Meine Damen und Herren, die Lebensbedingungen der Familien haben sich grundlegend geändert. Viele verfügen in ihrem Umfeld nicht über familiäre Unterstützung, geschweige denn Nachbarschaftshilfe. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu, ebenso die Zahl der Scheidungen und Patchwork-Familien.

Die Integration von Familien mit Migrationshintergrund ist eine große gesellschaftliche Aufgabe, der es sich zu stellen gilt. Viele Eltern aber sind unsicher und fühlen sich mit der Erziehung ihrer Kinder oft überfordert. Dies hat Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung.

Als Beispiele seien an dieser Stelle nur die Sprachdefizite angeführt, die nicht nur Kinder ausländischer Herkunft aufweisen. Dies kann sich zu einem Handicap für die schulische und berufliche Laufbahn auswachsen. Deshalb brauchen Kinder und ihre Familien verstärkt Unterstützung.

Diese muss so früh wie möglich ansetzen; idealerweise wäre das bereits während der Schwangerschaft oder direkt nach der Geburt, wie das bei den Neuvola-Familienzentren in Finnland geschieht. In den ersten Lebensjahren werden die Weichen gestellt. Wer hier abgehängt wird, läuft hinter dem Zug her und holt ihn – wenn überhaupt – nur unter großen Mühen wieder ein.

Es gibt bereits vielfältige Beratungs- und Unterstützungsdienste. Doch sie erreichen nur 10 % der Familien, und diese sind zumeist in der Mittelschicht angesiedelt. Familien aus Randschichten oder gar mit Migrationshintergrund nehmen diese Dienste so gut wie nie in Anspruch.

Diese Hürden können durch ein Familienzentrum überwunden werden: Statt weiterer Ausdifferenzierung der Angebote werden sie hier integriert, überschaubar und zugänglich.

Der Kindergarten ist ein niedrighwelliges Angebot, das bereits jetzt breit genutzt wird. In Hessen nutzen 91 % aller Kinder zwischen drei und fünf Jahren den Kindergarten. Das Verhältnis zwischen Erziehern und Eltern ist vertrauensvoll und wohlwollend, und dies ist eine gute Ausgangsbasis, um Familien frühzeitig zu erreichen – auch jene, die benachteiligt sind und mit besonderen Schwierigkeiten wie Arbeitslosigkeit, Isolation oder Armut zu kämpfen haben.

Wir holen die Familien dort ab, wo sie im Alltag stehen, um sie zielgenauer zu fördern, effektiver zu entlasten, ih-

nen unmittelbarer zu helfen, um sie besser in die Gesellschaft zu integrieren und um sie wirkungsvoller vorbeugend zu schützen.

Meine Damen und Herren, aus der Überlegung, ein Tor zu Bildungschancen und zu Chancengerechtigkeit für benachteiligte Kinder und Familien zu öffnen, ist die Idee des Familienzentrums entstanden, und zwar in Großbritannien mit dem Konzept der Early Excellence Centres, die in sozialen Brennpunkten angesiedelt wurden. Seit den Neunzigerjahren haben sie sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Sie werden in Studien erstklassig bewertet. Seit 2001 haben sie auch in Deutschland mit dem ersten Familienzentrum im Berliner Pestalozzi-Fröbel-Haus und mit einem Programm in Nordrhein-Westfalen Nachahmung gefunden. Bereits im Jahr 2005 gab die Jugendministerkonferenz die Empfehlung, die Kindertagesstätten zu Orten für eltern- und familienrelevante Aktivitäten weiterzuentwickeln.

Diesen Weg wollen wir in Hessen mit einem Modellprojekt beschreiten. Es muss in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Kirchen, freien Trägern und Familienverbänden erarbeitet werden. Denkbar ist, dass dabei die verschiedenen Formen von Familienzentren getestet werden: das integrierte Modell, bei dem sich alles unter einem Dach befindet; das Lotsenmodell, bei dem die Kita Anlaufstätte ist und an externe Einrichtungen weitervermittelt; oder auch eine Mischform von beidem.

Aus meiner Sicht dürfen bei der Standortauswahl nicht nur die urbanen Räume berücksichtigt werden, sondern auch die ländlichen Regionen müssen einbezogen werden. Den Quartieren mit einem hohen Migrantenanteil, mit einem hohen Anteil von sozial benachteiligten bildungsfernen Familien sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Meine Damen und Herren, aber die Mittelschichtfamilien dürfen nicht ausgeblendet werden. Erziehungsunsicherheiten beschränken sich nämlich nicht auf die Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen.

Wir müssen nicht bei null anfangen, sondern es gilt, auf dem aufzubauen, was in den vergangenen Jahren an Strukturen entstanden ist: die Tandems, die den Bildungs- und Erziehungsplan erprobt haben, die Sprachförderangebote, die Familienbildung, -beratung und -information, die lokalen Bündnisse für Familie, die Tagesmütter, die Projekte wie Familienhebammen und „Keiner fällt durchs Netz“, Initiativen zur Gesundheitsvorsorge, das Netzwerk zur Bekämpfung von Gewalt, insbesondere im häuslichen Bereich und die Selbsthilfeorganisationen.

Es gilt zu bündeln, zu vernetzen und zu kooperieren, auch mit den Schulen, und darauf fußend auszubauen.

Die Kita bildet das Zentrum dieses Netzwerks. Das Projekt muss im Einzelfall nach dem regionalen Bedarf ausgerichtet werden. Es darf kein Einheitsmodell geben, das übergestülpt wird. Jeder Modellstandort soll sein eigenes Profil entwickeln. Die Zentren werden sehr unterschiedlich ausgestaltet sein, und sie werden ihre eigenen Akzente setzen – auch hinsichtlich der Zielgruppen, bei welchen der Fokus auf Alleinerziehenden sowie die verstärkte Einbindung der Väter denkbar wären. Lassen Sie uns im Sozialpolitischen Ausschuss gemeinsam an einer Konkretisierung arbeiten – die Ergänzungen der GRÜNEN sind hierbei hilfreich, und ich begrüße sie ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, unsere Initiative signalisiert: Auch in Zukunft wird die Familienpolitik für die CDU ein Schwerpunkt ihrer Landespolitik sein. Wir haben viel getan, und wir haben Fortschritte gemacht. Hierzu nenne ich stichwortartig nur den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren, die Freistellung des dritten Kindergartenjahrs von elterlichen Beiträgen, die Erstellung des Bildungs- und Erziehungsplans sowie den Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen.

Doch es gibt noch viel zu tun. Wir können uns auch in politisch schwierigen Zeiten keinen Stillstand erlauben, auch wenn in Hessen die Anzahl der Geburten – das sei positiv angemerkt – erstmals seit zehn Jahren wieder angestiegen ist. Die Familie steht in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen, die mehr Freiräume für Beruf und Privatleben bieten und zumeist finanziell attraktiver sind. Das Leben der Familien ist schwieriger geworden. Eine moderne, gute Familienpolitik muss hierauf Antworten geben und den Familien Verlässlichkeit, Halt und Sicherheit gewährleisten. Die Einführung von Familienzentren kann auf diese Herausforderung eine Antwort sein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir erleben in diesem Landtag wahrlich seltsame und interessante Zeiten. Als ich gerade die Rede von Frau Müller-Klepper gehört und den Antrag der CDU-Fraktion gesehen habe, habe ich mich ausdrücklich gefreut, und zwar deshalb, weil die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familienzentren ein ganz zentraler Baustein des GRÜNEN-Programms in Sachen Elterkompetenz und Kindeswohl ist. Deswegen können wir alles, was in die Richtung geht, Familien in Hessen das Leben zu erleichtern, nur begrüßen. Daher habe ich mich ausdrücklich gefreut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir GRÜNEN halten die Familienzentren gerade deshalb für besonders wichtig bzw. für einen wesentlichen Baustein für Familien, weil er Beratung und Unterstützung für alle, für jede Familie anbietet und nicht vorher selektiert. Ich glaube, dass solch eine Unterstützung der Familien gerade in den Zeiten besonders wichtig ist, in welchen die Unterstützung der eigenen Familie eher abnimmt oder nicht mehr vorhanden ist und in welchen wir Mobilität fordern, wobei gleichzeitig klar ist, dass dadurch für die Familien ganz erhebliche unterstützende Netzwerke wegbrechen. Unsicherheiten sowie Krisen gibt es bei allen Familien. Wir wissen, dass die meisten Familien solche Unsicherheiten sowie Krisen im Prinzip meistern können. Ich glaube aber, dass es die Aufgabe von Familienzentren sein wird, gerade dieses „Meistern“ zu erleichtern. Deswegen sind die Familienzentren in unserem Programm bzw. für unsere Familienpolitik so wichtig.

Wir müssen sehen, dass die Familien heute ganz unterschiedlichen Krisen sowie Problemen ausgesetzt sind. Das beginnt z. B. mit Partnerschaftsproblemen, die wir nicht

unterschätzen sollten. Wenn die Kinder auf die Welt kommen, verändern sich die Paarbeziehungen. Sie wissen auch alle, wie schwierig es für ein älteres Kind ist, zu akzeptieren, wenn ein weiteres Kind in die Familie kommt. All dies sind Krisen, mit welchen die meisten Familien hervorragend zurechtkommen. Dennoch können akute Krisen wie Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Verschuldung usw. hinzukommen. Für all diese Krisensituationen brauchen die Familien Netzwerke. Daher fordern wir seit Jahren so vehement die Familienzentren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die Anbindung an Einrichtungen, in welchen auch frühkindliche Bildung angeboten wird, ist für uns ganz wesentlich. Denn Chancengleichheit für alle Kinder besteht zum einen darin – hierauf ist Frau Müller-Klepper bereits eingegangen –, allen Kindern durch frühkindliche Bildung die besten Voraussetzungen für ihr Leben zu geben; zum anderen gehören natürlich zu einer guten Entwicklung auch kompetente Eltern. Erst mit der Komplettierung der Elternkompetenz wird es möglich sein, wirklich alle Kinder gerecht zu fördern.

Darüber hinaus haben wir Familien mit einem besonderen Hilfebedarf; auch diese dürfen wir nicht vergessen. Sie brauchen Angebote, die nicht diskriminierend sind, d. h. welche sie nicht als sogenannte Risikofamilien in Anspruch nehmen müssen, sondern welche sie wohnortnah und problemlos in Anspruch nehmen können. Das ist in Familienzentren besonders gut möglich.

Wir sehen, dass mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der noch nicht veröffentlicht wurde, erneut festgestellt wird, dass 26 % der Familien in Deutschland mit einem hohen Armutsrisiko leben. Frau Müller-Klepper, ich denke, das ist ein Zeichen dafür, dass wir nicht über Randgruppen oder Randphänomene reden, sondern dass es sich um einen sehr großen Teil der Bevölkerung handelt, was nicht zu verantworten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was bei den Familienzentren darüber hinaus besonders interessant ist, ist, dass wir nicht über viele neue Ressourcen reden, sondern es geht darum, vorhandene Ressourcen zusammenzufassen und möglichst nah an die Familien heranzubringen. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der die Familienzentren auszeichnet. Deswegen halten wir sie für einen so wichtigen Baustein.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch dafür sorgen, dass das Inseldasein helfender Angebote nicht fortgesetzt wird, sondern dass sich diese Familienzentren, diese Kindergärten tatsächlich nicht nur zu Beratungs- und Hilfsangeboten, sondern auch zu Treffpunkten für alle Kinder sowie deren Eltern entwickeln können. In diesem Zusammenhang muss man relativ klar sagen, inwieweit die Kommunen bei dieser Weiterentwicklung unterstützt werden können.

Meine Damen und Herren, es muss auch klar sein, dass wir die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ständig mit neuen Aufgaben belasten können, sondern dass hier zusätzliches Personal sowie zusätzliche Ressourcen notwendig sind. Wir können die Erzieherinnen und Erzieher solcher Kindergärten nicht beliebig belasten. Hierzu fehlen mir in Ihrem Antrag einige klärende Aussagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist übrigens nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen der Fall, die wir in der Vergangenheit gemacht

haben. Ich begrüße, wie ich gesagt habe, Ihren grundsätzlichen Wandel in Bezug auf die Familienpolitik. Wir erinnern uns aber noch gut daran, dass Sie einen Bildungs- und Erziehungsplan eingebracht haben, bei dem noch bis heute alle Beteiligten darüber klagen, dass es hierfür keine ausreichenden finanziellen, personellen sowie räumlichen Ressourcen gebe.

Wir erinnern uns an den Mittagessenfonds, der wiederum aktuell diskutiert wird, bei dem Sie ein Verfahren gewählt haben, das sehr stark an den Kommunen vorbeigeht. Wir erinnern uns an die Erfahrungen aufgrund der „Operation düstere Zukunft“, bei der Sie, was die Landesmittel angeht, die Familienbildung sowie die Erziehungsberatung – beide müssten Bestandteile eines solchen Familienzentrums sein – auf null gestrichen haben. Wir erinnern uns natürlich auch an vielfältige Projekte, Preisvergaben sowie sonstige Aktivitäten der Sozialministerin, die eher dazu dienen, die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zu gestalten, statt die Familienpolitik tatsächlich voranzubringen. Daher ist der große Wandel, der nun eingetreten ist, umso bemerkenswerter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gute Ideen brauchen Ressourcen. Deswegen versuchen wir mit unserem Änderungsantrag, Ihrem Antrag dazu zu verhelfen, endlich „Butter bei die Fische“ zu tun.

Wir fordern die Landesregierung auf, zum einen die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans dahin gehend zu unterstützen, dass die notwendigen Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das habe ich bereits erwähnt. Wenn wir über ein Modellprojekt zu Familienzentren sprechen, brauchen wir aber auch eine längerfristige Perspektive dafür. Das heißt, in diesem Konzept muss auch eine flächendeckende Umsetzung ebenso wie eine Zusammenarbeit mit den Kommunen beinhaltet sein. Es muss die Frage beantwortet werden, wie langfristig Familienzentren möglichst wohnortnah in allen Gemeinden Hessens zur Verfügung stehen können. Wir erwarten, dass wir durch den beantragten Bericht gut vorbereitet werden, in die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2009 zu gehen.

Unsere dritte Forderung. Schauen Sie sich die Liste der Aufgaben der Familienzentren an. Die Gesundheitssituation vieler, auch gerade armer Kinder erfordert eine Anbindung von Sozialberatungsangeboten sowie Gesundheitsförderung und -prävention.

Frau Müller-Klepper, ich habe mich ausdrücklich gefreut, dass Sie hier signalisiert haben, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen können. Ich freue mich daher auch auf die Beratungen im Ausschuss.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zur Einbindung der Familienzentren in das gesamte Konzept der Elternkompetenz sagen. Meiner Meinung nach ist es nicht ausreichend, nur über Familienzentren zu reden. Letztendlich können Familienzentren nur ein Baustein eines Netzwerkes sein. Wir müssen uns einen ganz großen Bereich noch sehr viel näher betrachten: den Bereich vor und rund um die Geburt. Dort sind für junge Familien sehr viele unterstützende Angebote noch nicht vorhanden. Dort gibt es von Familienhebammen bis zu aufsuchenden Hilfen, von Beratung bis hin zu Familien- und Elternschulen einen ganz großen Bereich, den wir, hoffentlich gemeinsam, noch angehen müssen.

Sie wissen, dass wir seit Jahren eine Kindergarten-Eingangsuntersuchung fordern. Denn wir sind der Meinung, dass im Alter zwischen drei und vier Jahren – bei den U 1 bis U 9 gibt es für dieses Alter keine Untersuchung – eine Gesundheitsuntersuchung notwendig ist. Kindergarten-Eingangsuntersuchungen sollen dafür sorgen, die Eltern vernünftig zu beraten, auch was die Auswahl von Kinderbetreuungsseinrichtungen angeht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, auf den ich noch einmal hinweisen muss. Er ist vor allem eine sinnvolle Ergänzung zu Familienzentren. Ich glaube, dass es ein ganz wesentlicher Punkt einer vernünftigen Familienpolitik sein muss, den Eltern durch die Feststellung des Entwicklungsstandes, des Sprachvermögens, der Fähigkeiten eines Kindes bei der Suche eines geeigneten Kindergartens beizustehen und ihnen zu helfen.

Wir brauchen drittens den Aufbau eines präventiven Netzwerkes für Familien in besonderen Lebenslagen. Auch darüber müssen wir auf Landesebene wieder sehr viel ernsthafter sprechen, als das bisher der Fall war. Dazu gehören die flächendeckenden frühen Hilfen, aber, wie gesagt, eben auch eine Weiterentwicklung der Familienzentren. Wenn man hier alle Angebote unter einem Dach hat, dann kann das gerade für Familien, die nach Hilfe suchen und dringend auf Hilfe angewiesen sind, dazu führen, dass man ihnen schneller und eben auch präventiver helfen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Familienzentren bündeln vorhandene Ressourcen. Das macht sie besonders interessant. Wir müssen aber auch die Llöcher im sozialen Hilfenetz schließen, die in den letzten Jahren aufgerissen wurden. Daran kommen wir nicht vorbei. Es geht hier nicht um Kosmetik, sondern es geht um konkrete Hilfen. Ich denke, dass wir mit der heutigen Beratung auf einem guten Weg sind. Wir hätten es früher machen können. Aber, bitte schön, man freut sich über jeden Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen für alle Familien ein vielseitiges Angebot. Auch das ist notwendig und zu betonen. Denn wir wollen Familien weder bevormunden noch kontrollieren, sondern wir wollen Familien stark machen. Meine Damen und Herren, das gelingt auch mit Familienzentren. Dass wir damit anfangen können, bereitet mir große Freude. Ich hoffe, dass der Antrag mit unseren Änderungen im Ausschuss eine Mehrheit finden wird. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Müller-Klepper und auch Frau Schulz-Asche, wenn man die Wahlprogramme der Parteien zum Landtagswahlkampf, jedenfalls von CDU, FDP und GRÜNEN, nebeneinanderlegt, wird man eines feststellen: dass es bei dem Thema Familienzentren erstaunlicherweise große Übereinstimmung gibt. Wir haben einen relativ großen Passus in unserem Wahlprogramm genau zu diesem Thema – nicht nur weil wir der Überzeugung

sind, dass wir in diesem Bereich die Kompetenzen vorhandener Einrichtungen bündeln müssen, was sicherlich unstrittig ist, sondern – Frau Müller-Klepper, das ist konkret zu Ihrem Antrag – weil es das in Deutschland schon gibt. Wir wollen nicht so tun, als ob Hessen hier den Stein der Weisen erfunden hätte. Gelegentlich gibt es auch Sachen, die in Nordrhein-Westfalen besser funktionieren als in Hessen. Das ist nicht viel, aber das auf jeden Fall. Man muss schauen, was es in anderen Bundesländern gibt. Das klappt aus meiner Sicht sehr, sehr gut.

Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass es viele Einrichtungen unterschiedlichster Art für Eltern und für Kinder gibt. Aber für Eltern besteht ganz praktisch immer wieder das Problem: Wo wende ich mich hin, wo gehe ich hin, wer bietet mir was an? Es gibt eine Vielzahl von Einrichtungen. Das hat zur Folge, dass man von Einrichtung zu Einrichtung laufen muss und sich verschiedene Angebote bei verschiedenen Anbietern besorgen muss. Das ist in der Praxis für viele Eltern problematisch.

Diese Familienzentren sind kommunal schon längst umgesetzt. Das Haus des Kindes in Stuttgart ist eine Einrichtung, die es seit mittlerweile über acht Jahren gibt. Sie funktioniert hervorragend. Sie macht genau das, was wir alle wollen: Sie bündelt die Angebote für Eltern, und zwar von der Erziehungsberatung über die frühkindliche Bildung, die Elternberatung, über weiterführende Probleme, die Kinder haben, bis hin zur Kinderbetreuung, die im Mittelpunkt der Aufgaben dieser Häuser steht. Ich glaube, dass das eine Thematik ist, wo wir aus meiner Sicht schnell Übereinstimmung bei den Fraktionen in diesem Hause finden werden. Ich gehe auch davon aus, dass sich die Sozialdemokraten einem solchen Vorschlag nicht verweigern werden.

Wenn man den Antrag liest, muss man aber auch einen Rückblick halten: Was gab es in der letzten Legislaturperiode? Was hat die Landesregierung in diesem Bereich gemacht? Da haben wir kein einheitliches Bild: „alles gut“, „alles schlecht“, sondern man muss im Einzelfall gucken. Es gab aus unserer Sicht viele Projekte, die richtig waren, z. B. die Initiative bei der Kinderbetreuung. Aus unserer Sicht ist es völlig richtig, ein Modell mit Tagesmüttern und Einrichtungen zu fahren und dies auszubauen. Auch der Bildungs- und Erziehungsplan, der Qualität in die frühkindliche Bildung bringen soll, war richtig.

Man muss aber auch immer schauen, wie diese Projekte konkret umgesetzt worden sind. Verehrte Kollegin, Frau Ministerin, gerade beim Bildungs- und Erziehungsplan müssen wir feststellen: Es ist völlig richtig, was dort schwarz auf weiß geschrieben steht. Fakt ist aber, dass die Umsetzung in der Praxis doch sehr, sehr schwerfällt.

(Beifall bei der FDP – Ministerin Silke Lautenschläger: Es fängt gerade an!)

– Frau Ministerin, die Umsetzung fängt gerade an. Das werden Sie auch machen, das weiß ich. Sie werden dann in den Gesprächen mit den Erzieherinnen und Erziehern vor Ort aber feststellen, dass zurzeit überhaupt keine Ressourcen vorhanden sind, um diesen Bildungs- und Erziehungsplan so einfach umzusetzen, wie wir uns das auf Landesebene immer gewünscht haben. Denn Erzieherinnen und Erzieher haben heutzutage vielfältige Probleme. Die Betreuung der Kinder, die Weiterbildung der Kinder bis hin zu familiären Problemen, die zu Hause nicht gelöst werden: All das findet heute in Kindertagesstätten statt. Deshalb sagen viele Erzieherinnen und Erzieher – das sind jedenfalls die Ergebnisse unserer Gespräche gewe-

sen –, dass ihre Ressourcen ausgelastet sind und dass sie keine Zeit und keine Möglichkeit mehr haben, noch frühkindliche Bildung obendrauf zu satteln. Darum muss es gehen. Wenn wir frühkindliche Bildung implementieren wollen, müssen wir auch die Ressourcen zur Verfügung stellen und das gemeinsam mit den Kommunen besprechen. Frau Ministerin, da hakt meines Erachtens die Umsetzung der Landesregierung ganz erheblich.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben in Ihrem Antrag einen Vorschlag gemacht, wie wir uns Familienzentren nähern können. Wir werden dem Antrag nach der Diskussion im Ausschuss mit Sicherheit zustimmen. Aber eine Sache möchte ich nicht: Punkt 4. Die FDP wird dem nicht zustimmen, dass die Landesregierung ein Konzept vorlegt, das der Landtag debattiert und diskutiert. Ich erwarte von dieser Landesregierung, dass sie die Fraktionen in diesem Haus im Ausschuss mit in die Beratung und Erstellung eines Konzepts einbindet,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

dass wir als Parlament in dem viel beschworenen Selbstbewusstsein, das wir jetzt hoffentlich haben und das viele schon vorher hatten, an diesem Konzept mitarbeiten. Deshalb haben wir auch vor einigen Tagen gesagt: Wir wollen auch die Einbeziehung von Experten in diesen Diskussionsprozess. Ich sage das deshalb, Frau Müller-Klepper, weil wir, wie gesagt, in Deutschland schon viele Modelle haben, die das umgesetzt haben. Da brauchen wir nicht sozusagen die Landesregierung. Diese Modelle sollten wir uns anschauen und mit einbinden. Wir sollten vor allem auch hören, wo die Probleme in diesem Bereich liegen – möglicherweise muss man nicht jeden Fehler doppelt machen –, und sollten dann als Parlament gemeinsam mit der Regierung dieses Konzept auf den Weg bringen und uns das nicht allein von der Regierung vorschreiben lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe auch, Frau Ministerin, dass das so passiert. Ich glaube, dass der Sozialpolitische Ausschuss des Landtags hier mit Sicherheit trotz seiner doch teilweise sehr kräftigen Debatten – das will ich nicht verschweigen – eine gute Möglichkeit hat, die Bearbeitung dieses Themas, bei dem es viel Übereinstimmung zwischen den Fraktionen gibt, gemeinsam fortzusetzen.

Ich will Ihnen sagen, was für die FDP von besonderer Bedeutung ist. Neben dem, sage ich einmal, Oberbegriff „Familienzentrum“, einer Bündelung von Angeboten – da sind wir uns einig –, muss es aus unserer Sicht darum gehen, vor allem die Erziehungskompetenzen von Eltern zu stärken. Sie haben das selber gesagt, Frau Müller-Klepper – Frau Schulz-Asche hat auf die Problematik in der letzten Legislaturperiode hingewiesen –: Wir müssen diese Erziehungskompetenzen deshalb stärken, weil wir eben vorne investieren müssen und nicht in der nachgelagerten Jugendhilfe, wo die Kosten wirklich immens werden und viele Eltern ratlos sind, was mit ihren Kindern passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in diesem Wahlkampf eine lange Debatte über die Kriminalität von Jugendlichen geführt, die aus meiner Sicht sehr unterschiedlich bewertet werden kann. Fest steht aber, meine Damen und Herren, dass die Kinder und Jugendlichen, die straffällig werden, irgendwann einmal angefangen haben müssen. Dieser Anfang ist vor allem in

vielen Elternhäusern zu suchen, wenn bei der Entwicklung eines Kindes Probleme aufgetreten sind, die die Eltern nicht kompensieren konnten, weil sie einfach in Erziehungskompetenzen nicht mehr so stark sind, wie es frühere Generationen waren. Als früher noch drei Generationen unter einem Dach gelebt haben, wurden auch Erziehungsregeln weitergegeben und kommuniziert. Das ist heute vielfach nicht mehr der Fall. Wir haben in unserem Bundesland viele Alleinerziehende. Wir haben viele Menschen, die weit weg von Familie wohnen und auch als Partner allein auf sich gestellt sind. Da werden eben keine Kompetenzen mehr so einfach übertragen. Diese Eltern sind in vielen Fällen einfach überfordert.

Wenn man sieht, welchen Reizen – in Führungsstrichen – Kinder heute ausgesetzt sind, angefangen von den neuen Medien bis zu anderen Sachen, muss man einfach feststellen, dass das für viele Eltern kaum zu kompensieren ist. Deshalb ist es wichtig, vor allem bei der Erziehungskompetenz anzusetzen, weil sich dann auf der anderen Seite viele Probleme und auch viele politische Debatten möglicherweise gar nicht mehr ergeben werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird die FDP ein besonderes Augenmerk darauf richten. Wir haben vorgeschlagen, jedes Elternpaar in Hessen mit einem Gutschein für ein Elternkompetenztraining auszustatten. – Die Kollegin Fuhrmann schaut begeistert. Das animiert mich immer, noch etwas weiter auf das Thema einzugehen, Frau Fuhrmann,

(Beifall bei der FDP)

und zwar allein deshalb, weil ich glaube, dass viele Eltern eben zunächst einmal nicht unbedingt mit staatlichen oder öffentlichen Institutionen in Kontakt treten möchten, die ihnen erklären, wie Erziehung funktioniert. Auf der anderen Seite muss man feststellen, dass Sendungen wie „Die Super Nanny“ eine hohe Einschaltquote haben. Irgendjemand muss diese Sendung anschauen. Anschließend gibt es eben einen großen Bedarf auch bei Eltern. Deshalb ist ein Gutschein, also eine Möglichkeit für eine Kontaktaufnahme in diesem Bereich, um einfach einmal kennenzulernen, was denn Träger – kirchliche und freie – in diesem Bereich anbieten, ein wichtiger Schritt. Das werden wir auf jeden Fall einbringen.

Zweiter Punkt. Wir erwarten, dass wir in dieser Debatte auch das einbringen, was es in Nordrhein-Westfalen schon gibt, nämlich die Kita-Qualitätsplakette. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag dazu eingebracht, der klar feststellt, dass wir ein Evaluierungsinstrument brauchen, das den Eltern klarmacht, was sich hinter einer Kindertagesstätte, hinter einem Familienzentrum verbirgt. Was ist das? Wie sollen denn Eltern heutzutage bewerten können, mit welcher Ausstattung, mit welchem Personalschlüssel, mit welchem pädagogischen Konzept dort gearbeitet wird? Wir brauchen dazu ein einfaches Instrument. Wir erwarten auch, dass wir, wenn wir schon über Modelle aus Nordrhein-Westfalen sprechen, alles übernehmen, was richtig ist. Da ist die Kita-Qualitätsplakette ein ganz wesentlicher Bereich, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP)

Wir erwarten auch, dass wir über die Frage diskutieren, was mit den Kindern passiert, die nicht in den Kindergarten gehen. Wir haben gerade bei diesen Kindern und diesen Familien erhebliche Probleme, wenn es um Sprachförderung geht, weil wir sie überhaupt nicht erfassen. Sie fallen eben nicht in das Netz. Wir sind der Auffassung, dass

die Familienzentren auch für solche Kinder offen sein müssen, die nicht in einen Kindergarten gehen, und dann auch für diese Kinder Sprach- und Förderangebote vorgehalten werden. Wir können uns nicht nur auf die Kinder konzentrieren, die sozusagen die Varianten und die Maßnahmen schon wahrnehmen, sondern wir müssen uns auf die konzentrieren, die nicht in den Kindergarten gehen.

Deshalb wollen wir, dass diese Familienzentren auch für Kinder offen sind, die keinen Kindergarten besuchen. Wir glauben, dass das ganz elementar ist, vor allem bei Menschen mit einem Migrationshintergrund, die in vielen Fällen nicht diese Institutionen nutzen, die wir haben. Wir erleben das auch in anderen Bereichen, Frau Kollegin. Wir erleben das beispielsweise im Bereich der Sprachförderung. Da wissen wir, wie schwer es ist – „Mama lernt Deutsch“, ein Instrument das in vielen Kommunen Hessens vorgehalten wird –, Familien, die bis jetzt keinen Kontakt zu diesen Institutionen hatten, überhaupt in öffentliche Angebote einzubinden. Deshalb müssen wir auf diese Familien in dem Bereich verstärkt zugehen.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte noch viel zum Thema Bildungs- und Erziehungsplan sagen. Da werden sicherlich unsere Bildungspolitiker auch noch in die Debatte eingreifen. Ich glaube auch, dass es Sinn macht, wenn wir darüber reden, eine verstärkte Verzahnung zwischen dem Kulturpolitischen Ausschuss und dem Sozialpolitischen Ausschuss vorzunehmen. Auch das macht Sinn, Frau Kollegin.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich erwarte, dass wir in der nächsten Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses, die bald stattfindet, darüber diskutieren, welches Verfahren wir für die Beratung dieses Antrags wollen. Für die FDP sage ich klar: Wir wollen an dieser Stelle die Einbindung des Parlaments. Wir wollen zweitens die Einbindung von Experten. Das heißt, wir wollen im Ausschuss wirklich die Beratung gemeinsam mit dem Ministerium und nicht einen Vorschlag, über den wir dann diskutieren dürfen. Das sollte nicht der Weg sein. Wir erarbeiten es gemeinsam und setzen es dann gemeinsam mit der geschäftsführenden Landesregierung um. Das ist der richtige Weg. Wenn wir schon so viel Einigkeit haben, wird das Verfahren, glaube ich, für Hessens Eltern und Kinder sehr erfolgreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ein kurzer Hinweis. Unsere Handys haben die gute Einrichtung, dass man auf „Vibrieren“ stellen kann.

(Stefan Grüttner (CDU): Wenn man ein gutes hat!)

– Herr Kollege Grüttner, ich rede nicht über Ihr Netz, sondern ich rede über die Störung durch Handyklingeleien. – Deswegen bitte ich Sie, auf „Vibrieren“ zu stellen. Dann gilt die Reihenfolge: Schauen, wer dran ist, annehmen, hinausgehen, telefonieren, zumachen, wieder hereinkommen und hinsetzen. Auf gut Deutsch: bitte hier nicht telefonieren. Okay. – Danke schön.

Ich erteile Frau Kollegin Fuhrmann für die Fraktion der SPD das Wort.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, Ihre Rede hat mir gut gefallen. Allerdings muss ich sagen: Ich hoffe, dass die FDP noch einen echten Überblick über ihr Daumenkino hat, also über ihre Gutscheinhefte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Für alles Mögliche gibt es neuerdings Gutscheine.

Meine Damen und Herren, wir erleben heute einen seltsam gewendeten Antrag der CDU-Fraktion. Ich bin über diesen Antrag wirklich erstaunt gewesen. Sie haben den neuen Wein in den alten Schläuchen gebracht oder vielmehr einen Wein, der vor der Wahl der CDU noch nicht geschmeckt hat. Ich kann mich erinnern, dass wir im vergangenen Jahr im Sozialpolitischen Ausschuss über das Thema Familienzentren aufgrund eines Antrags der GRÜNEN diskutiert haben. Dieser Antrag wurde von der CDU unisono abgelehnt. Ich bezweifle insofern heute schon noch, ob Sie hinter diesem Thema stehen. Bei Ihnen persönlich weiß ich es noch nicht, Frau Müller-Klepper. Wie es bei den Kolleginnen und Kollegen aussieht, werden wir sehen.

Die Vernetzung der Arbeit von Kindertagesstätten mit anderen Institutionen der Familienberatung und -unterstützung könnte im Prinzip längst Standard sein, wenn die CDU-Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht all dies verhindert hätte. Stichwort: „Operation düstere Zukunft“ – dazu komme ich noch. Es ist schon heuchlerisch, wenn jetzt in diesem Antrag eine Landesregierung, die das soziale Netz zerschlagen hat, die gerade die Unterstützungsangebote für Familien, die Familienbildungsstätten, die Erziehungsberatung und die Schuldnerberatung komplett auf null gesetzt hat bzw. sich komplett davon zurückgezogen hat, als geschäftsführende Landesregierung dazu ein Konzept vorlegen soll, liebe Frau Müller-Klepper.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Frau Müller-Klepper, das ist schon Chuzpe. Um ein Projekt Familienzentren aufzulegen, brauchten wir in Hessen erst einmal wieder ein soziales Netz, das geknüpft werden müsste, das von Ihnen zerstört wurde. Davon sind wir momentan noch meilenweit entfernt. Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Arbeit von Kindertagesstätten setzt voraus, dass diese Familienzentren auf inhaltliche und gesetzliche Grundlagen gestellt werden. Sie muss auch – das ist der Punkt, um den Sie sich in Ihrem Antrag komplett herummogeln – auf finanzielle Füße gestellt werden.

Es reicht nicht aus, wie es bei der Erprobung des Bildungs- und Erziehungsplans passiert ist, dass man ein schönes Modellprojekt macht und das Land ein bisschen finanziert und ein bisschen wissenschaftliche Begleitung und Fortbildung anbietet. Nein, hier braucht es eine klare finanzielle Ausstattung. Gute Familienzentren wird es nicht zum Nulltarif geben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Aufgabenzuwachs an den Kindertagesstätten, den wir alle beobachten, entsteht ganz unzweifelhaft. Wir brauchen aber, wenn Koordinierungs-, Informations- und Beratungsaufgaben wahrgenommen werden, auch Freistellung. Darüber müssen wir reden, d. h. über die personellen Ressourcen.

Die Erfahrung aus Nordrhein-Westfalen, wo es dieses Modell schon ein paar Jahre gibt, seit 2006 – Sie haben es ja nicht erfunden –, zeigt, dass mindestens eine Vollzeitstelle zusätzlich eingeplant werden muss. Ein Familienzentrum, das Begrüßungsbesuche bei Familien mit Neugeborenen organisiert, benötigt mindestens eine 75-%-Stelle für eine Hebamme und eine weitere Teilzeitstelle für die weiteren Gespräche und Beratungen. Insofern benötigt ein präventiv arbeitendes Familienzentrum, das auch Eltern-und-Kind-Beratung macht, auch medizinisches Personal. Frau Müller-Klepper, Sie können nicht alles Mögliche aufstellen und nichts, aber auch gar nichts zur Finanzierung sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es wird nicht so gehen, dass man ein Modell oder eine Idee in den Raum stellt, wie bei dem Bildungs- und Erziehungsplan, und es dann den Kommunen und den Einrichtungen einfach so aufs Auge drückt. So geht es nicht.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege hat in der letzten Woche mit ihrer Kampagne „Entdecker voraus“ ein deutliches Zeichen gesetzt, wo bei uns in Hessen der Hase liegt. Sie sagt, eine qualitative Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit brauche die richtigen Rahmenbedingungen. Als Beispiel hat sie das Land Rheinland-Pfalz herangezogen, das sich mit 30 % an den Kosten der Kindertagesstätten beteiligt, während es in Hessen gerade einmal peinliche 7 % sind. Da hilft uns so schön beschriebenes Papier überhaupt nicht weiter, hier muss über Kosten geredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen darüber sprechen, wie wir die Beratung und die Unterstützung von Familien besser organisieren, als das bisher gelungen ist. Man muss aber auch darüber sprechen, dass gerade diese CDU-Landesregierung in den vergangenen neun Jahren die vorhandenen Mittel zusammengestrichen hat, Stichwort: 50 Millionen € Verstärkungsmittel in den KFA, Stichwort: „Aktion düstere Zukunft“. Insofern möchte ich Ihnen nur sagen: Wir sind offen für eine Diskussion, aber wenn Sie uns solche Vorschläge auf den Tisch bringen, müssen Sie etwas zu den Kosten sagen, und Sie müssen etwas zur Konzeptentwicklung sagen. Dazu hat Herr Rentsch Gutes gesagt, wie ich finde. Dem kann ich mich in vielen Teilen anschließen.

Wir werden sehen, ob wir den schönen Worten der CDU auch Taten folgen lassen können. Uns fehlt der Glaube daran. Gerade diese Landesregierung hat die Mindestqualitätsstandards in den Kindertagesstätten abgeschafft, auch das gehört zur Wahrheit. Ich will aber gerne in der Ausschussberatung weiter darüber sprechen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Schott, Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute Morgen bei „Wünsch dir was“.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn ein solcher Antrag von uns eingereicht worden wäre, würden Sie ihn in der Luft zerreißen und sagen:

Keine Substanz darin, keine Finanzierung, wo soll das Geld herkommen? – Sie schreiben das alles auf das Papier, führen es nicht einmal differenziert aus,

(Unruhe bei der CDU)

sagen kein Wort, wie Sie das Ding finanzieren wollen und stellen sich hierhin wie die guten Menschen von Sezuan.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich finde das unglaublich.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben einen Betreuungsschlüssel von 1,5 Erzieherinnen auf 25 Kinder.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben Wartelisten für Jugendhelferstellen, die wir jetzt brauchen und nicht in einem halben Jahr und nicht in einem Dreivierteljahr. Wir haben die personelle Situation, dass die Erzieherinnen von Kindertagesstätten keinen Freiraum haben, um Planung zu machen, um Gestaltung zu machen, weil sie mit den Kindern arbeiten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): In der Ostzone war das alles besser organisiert!)

Ich wünsche mir, Sie gingen einmal nachmittags um 16 Uhr in eine Kindertagesstätte und guckten sich an, wie das Personal dort aussieht.

(Unruhe bei der CDU)

Ich wünsche mir, Sie guckten sich einmal die Situation an, wenn sich ein Kind verletzt und ein anderes gleichzeitig ein dringendes Bedürfnis hat. Dann wird es nämlich schon schwierig.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt bauen wir hier einen Overhead drüber, für den wir kein Geld haben. Wir haben an der Basis das Personal nicht, um vernünftige Arbeit zu leisten, aber wir machen einen wunderbaren Overhead. Nicht, dass ich gegen Vernetzung bin, um Himmels willen. Ich finde es klasse, ich finde es ausgesprochen gut, wenn Institutionen miteinander arbeiten, wenn Bedürfnisse abgesprochen werden, wenn Klienten, wenn Kinder und Familien vernünftig weitervermittelt werden, wenn niemand von Tür zu Tür geschickt wird und nicht weiß, wo er eigentlich hin soll mit seinen Problemen.

Wenn wir aber, das haben wir eben schon gehört, die Situation haben, dass ganze Beratungszweige schlichtweg weggeschlagen wurden, dann nutzt es uns an ganz vielen Stellen nicht. Wenn eine Familie existenzielle Sorgen hat, wenn sie überschuldet ist, dann ist das Problem, das das Kind gerade hat, manchmal ziemlich nachrangig. Das weiß eine Erzieherin häufig auch. Aber wo soll sie denn die Familie hinschicken? Sie haben es in den letzten Jahren doch kaputt gehauen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn wir die Situation haben, dass Kinder besondere Schwierigkeiten aufgrund besonderer Familienverhältnisse haben, dann müssen wir auch das Angebot vorhalten. Es nutzt überhaupt nichts, dass ich weiß, was ein Kind an irgendeiner Stelle braucht, wenn ich ihm dann nicht geben kann, was es braucht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das wissen die Kommunisten, was Kinder brauchen!)

Es nutzt überhaupt nichts, wenn ich das spezielle Angebot nicht habe, weil mir genau da das Geld wieder fehlt.

Wir sind ganz klar für Vernetzung. Wir finden Vernetzung sehr richtig. Ich frage mich aber auch, wie man das im ländlichen Raum gestalten will. Ich frage mich, ob es sich hierbei um ein Konzept für Städte handelt und der ländliche Raum weiter aushungert. Ich frage mich, ob es sich wieder um so eine Mogelpackung handelt wie bei dem BAMBINI-Programm.

(Zurufe von der CDU: Na, na, na!)

Auf der einen Seite brüstet man sich mit dem, was man gemacht hat, auf der anderen Seite wurde aber das Geld irgendwo weggezogen, wo es genauso nötig gewesen wäre.

(Zuruf von der CDU: Das war keine Mogelpackung!)

Ich bin sehr neugierig auf die Diskussion, die wir haben werden. Ich bin sehr neugierig auf die Details, die sich dahinter verbergen.

(Peter Beuth (CDU): Die Details interessieren Sie doch nicht!)

– Die Details interessieren mich sehr.

(Peter Beuth (CDU): An keiner einzigen Stelle, nur Freibier für alle! – Heiterkeit bei der CDU)

– Na ja, ich habe nichts gegen Freibier, aber ich glaube nicht, dass man das andauernd machen sollte, weil es ziemlich gesundheitsschädigend ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen doch nur Geld ausgeben! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das Einzige, was Sie können, ist doch Geld ausgeben!)

– Ich finde es sinnvoll, Geld auszugeben. Ich finde es insbesondere sinnvoll, Geld für Kinder und Familien auszugeben. Die Frage ist doch: Warum ist es richtig, wenn Sie es machen, und warum ist es falsch, wenn wir es machen? Die Frage ist: Warum sollen Sie es überlegen und wir nicht?

(Unruhe bei der CDU)

Warum messen Sie mit zweierlei Maß? Versuchen Sie es einmal mit einem Maß, dann kommen wir vielleicht auf einen gemeinsamen Nenner. Dann können wir vielleicht gucken, was wir daraus machen. Ich finde viele Ansätze bei diesem Thema spannend. Ich bin sehr, sehr gespannt auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Rentsch das Wort für eine Kurzintervention.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schott, nur ganz kurz: Sie haben hier das Thema „Wünsch dir was“ aufgerufen. Da Sie – um in der Fernsehsprache zu bleiben – quasi die Produzentin dieser Sendung sind, würde ich an Ihrer Stelle den Antrag einfach noch einmal lesen.

Dieser Antrag hat bis jetzt keine finanziellen Auswirkungen, weil er auffordert, ein Konzept zu erarbeiten, um genau diese Frage zu prüfen. Dann werden wir darüber diskutieren und auch sagen, woher das Geld kommt. Diesen Zwischenschritt müssen Sie einfach bedenken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber ich habe mich eigentlich wegen einer anderen Sache gemeldet. Ich möchte nicht, dass in diesem Parlament der Eindruck entsteht, dass die Freien Demokraten ein ähnliches Familienbild haben, wie es die LINKE in diesem Hause hat. Frau Kollegin Schott, wir wollen nicht, dass der Staat für alles und für jedes etwas vorsieht.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Es ist erstaunlich, dass die Sozialdemokraten an dieser Stelle nicht klatschen. Das zeigt, mit welcher Ideologie Sie Ihre Familienpolitik betreiben, Frau Kollegin Fuhrmann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir wollen nicht, dass in jedem Bereich für jedes Problem ein staatliches Angebot eine Lösung vorgibt. Die grundsätzliche Verantwortung haben zunächst einmal die Eltern, und das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir werden alles dafür tun, dass es so bleibt. Wenn es dann zu Problemen kommt, werden wir versuchen, Angebote zu schaffen, die die Eltern gemeinsam mit ihren Kindern wahrnehmen können. Aber wir werden nicht dazu beitragen, dass alles und jedes durch den Staat geregelt wird und dass wir eine Familienpolitik bekommen, die die Eltern komplett von ihrer Verantwortung freistellt, wie wir es in der ehemaligen DDR gehabt haben. Das wird es mit der FDP mit Sicherheit nicht geben.

(Beifall der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Rentsch hat eben noch einmal klargestellt, was Frau Kollegin Müller-Klepper am Anfang ihrer Ausführungen schon deutlich gemacht hat. Es geht darum, dass wir als Landesregierung gebeten werden, ein weiteres Konzept vorzulegen. Ich will klarstellen: Ich begrüße das ausdrücklich, weil es genau auf dem basiert, was wir in den letzten Jahren entwickelt und ausgebaut haben, nämlich die Verknüpfung der Kindergärten, der Kindertageseinrichtungen mit anderen Zentren.

Da standen als Allererstes unter dem Gesichtspunkt des Bildungs- und Erziehungsplans die ganz unterschiedlichen Lernorte von Kindern. Allen voran steht die Familie, die nicht irgendwo außen vor ist, sondern die der bestimmende Ort für Kinder schlechthin ist. Dazu kommen die verschiedenen Einrichtungen im Kleinkindalter; dazu gehört natürlich genauso der Übergang in die Schule.

Dieses Konzept des Bildungs- und Erziehungsplans, dieses konsistente Angebot und die Vernetzung von unterschiedlichen Angeboten haben wir in der vergangenen

Legislaturperiode vorangetrieben. Wir haben es ausgewertet und sind jetzt in einer Umsetzungsphase, in der rund 50.000 Fachkräfte genau unter dem Gesichtspunkt – das Kind im Mittelpunkt, die Eltern einbeziehen – weitergebildet werden. Damit wird der Schritt in Richtung Zentren gemacht.

Aber ich sage sehr deutlich, es war ein Schritt in die Richtung Zentren, weil wir die Kindertagesstätten nicht überfrachten können, sondern gemeinsam einen Weg gehen müssen, der die Kleinkindbetreuung einschließt, aber auch, dass bei schwierigen Problemen, die wir durchaus in prekären Familiensituationen sehen – Stichwort: Risikofamilien –, früher eingegriffen werden kann. Dabei wollen wir die Konzeption der letzten Legislaturperiode mit dem Thema Familienhebammen und vorgeburtliche Betreuung aufnehmen. Wir müssen schauen, wie wir an die entsprechenden Eltern weiter herankommen.

Ich will einen Hinweis geben. Frau Schott, wenn Sie sich die Dinge näher anschauen, die wir in den letzten Jahren entwickelt haben, dann würde Ihnen vielleicht bewusst werden, dass es sich bei den Bildungs- und Lernorten und auch bei den Tandems, mit denen wir erprobt haben, nicht allein um Tandems gehandelt hat, sondern dass an vielen Stellen weitere Institutionen eingebunden waren und ihre Erfahrungen so zurückgespiegelt haben, dass man nun ein Konzept draufsetzen kann.

Es mag sein, dass eine Seite des Hauses schon von Anfang an wusste, wie das alles in einer Kindertagesstätte abläuft. Wir hatten einen intensiven Diskussionsprozess, der natürlich nicht an jeder Stelle einfach war, wenn man alle einbezieht und gleichzeitig über Finanzfragen redet. Man muss zunächst einmal alle gemeinsam an einen Tisch bekommen. Man muss sich unterschiedliche Ausrichtungen anschauen, freie Träger genauso wie staatliche, kommunale Träger und Elternvereine genauso wie kirchliche Träger. Wir müssen uns gemeinsam hinsetzen und das Bild weiterentwickeln. Wir müssen schauen, wie wir die Familien dort hineinkriegen, welche Handlungsmaterialien wir z. B. aus den Erfahrungen der Early Excellence Centres in England haben, die wir frühzeitig an Eltern weitergeben können, um bestimmte Probleme erst gar nicht erst auftreten zu lassen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt nennen. Wir haben in diesem Bereich nicht nur die Mittel für den Bildungs- und Erziehungsplan ausgebaut, sondern wir haben selbstverständlich auch Prioritäten gesetzt. Deswegen haben wir die Mittel für die Kleinkindbetreuung deutlich aufgestockt und das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Wenn Sie sich im bundesweiten Vergleich die Zahlen anschauen, dann stellen Sie fest, dass Hessen beim Kindergartenbesuch über dem Durchschnitt der Bundesländer liegt. Das hat etwas damit zu tun, dass wir gemeinsam – darauf lege ich großen Wert – mit Städten und Gemeinden daran arbeiten, dass sie genau die Eltern, deren dreijährige Kinder nicht im Kindergarten sind, erreichen und überzeugen, dass sie Angebote annehmen und das als offene Einrichtung betrachten, und dass Ängste abgebaut werden.

Eines muss auch klar sein: Nicht jeder, dessen Kind den Kindergarten nicht besucht, ist in einer prekären Situation. Häufig kennt er die kulturellen Voraussetzungen noch nicht so weit, dass der Besuch des Kindergartens für ein dreijähriges Kind grundsätzlich sinnvoll ist. Er kommt vielleicht erst langsam zur Einrichtung hin, weil es gewisse Hemmschwellen gibt.

Wir haben Einrichtungen im Bildungs- und Erziehungsplan, die konkret Konzepte erprobt haben: Wie laden wir ein? Wie gehen wir auf Eltern zu? Wie werden wir zu offenen Einrichtungen? Wir haben einen weiteren Schritt eingeführt, der ein kleiner Ansatzpunkt für die Öffnung der Einrichtungen ist: die Sprachförderung nicht der Kinder, sondern der Eltern. „Mama und Papa lernen Deutsch“ findet im Kindergarten statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau dieses Deutschlernen im Kindergarten hat einen unglaublich großen Erfolg gehabt, weil Eltern gerne dorthin gegangen sind, weil es für sie keine fremde, staatliche Institution war, sondern ein Ort, der ihnen vertraut ist, wo sie sich gut aufgenommen fühlen. Das ist auch der Hintergedanke, den man hat, wenn man daraus Familienzentren machen will, dass man einfach vorbeischaut, dass man im Zweifel auch nur einen Kaffee dort trinkt und sich die Sache anschaut, auch wenn man sie gar nicht nutzt, dass man sich Informationen holt und die Entwicklung der Kinder dadurch positiv beeinflusst, dass es andere Rahmenbedingungen gibt, dass freiwillige Angebote wahrgenommen werden können, aber auch dass Informationen die Eltern überhaupt erst erreichen.

Wir sagen gerne: Dieses Konzept wollen wir weiter ausbauen, weil uns daran gelegen ist, die verschiedenen Bereiche, die Lernorte zu verknüpfen, die Familien zu stärken, aber vor allem auch Kinder zu stärken, Resilienzbildung zu stärken, damit Kinder mit schwierigen Lebenssituationen fertig werden, sodass kein vorgeprägter Lebensweg vorhanden ist, damit Kinder auf ihrem Lebensweg auch in schwierigen Situationen gut begleitet werden können und es nicht heißt, dass sie automatisch in eine prekäre Situation kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will deutlich machen, dass wir die Mittel in den letzten Jahren massiv ausgebaut haben. Wir haben das mit Konzepten untermauert, und diese Konzepte wollen wir fortschreiben und flächendeckend umsetzen. Dazu gehört, dass wir tatsächlich alle Orte einbeziehen, aber auch mit den Kommunen über einen Rahmen der Familienzentren und der Kindertagesbetreuung weiter diskutieren.

Ich freue mich über die hier angestoßene Diskussion. Aber da viele Damen und Herren der SPD-Fraktion gerade bei der Rede von Frau Schott Unterstützung markiert haben, als es um das Finanzielle ging, will ich deutlich machen: Es geht nicht einfach nur um das „Wünsch dir was“. Es geht darum, ein Konzept zu entwickeln, das gemeinsam mit den Kommunen die unterschiedlichen Aufgaben zusammenbringt. Man muss natürlich auch Finanzierungen zusammenbringen. Wir werden einen Vorschlag unterbreiten, aber ich bin gespannt, wie Ihrer aussieht.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Welche Mittel haben Sie denn vorgesehen? – Petra Fuhrmann (SPD): Wo sind denn die Mindeststandards? Die haben Sie ausgehebelt!)

– Sehr geehrte Frau Fuhrmann, ich bin sehr gerne bereit, auch darüber mit Ihnen zu diskutieren; denn genau das haben wir evaluiert. Es ist inzwischen Standard in der gesamten Landesregierung, dass die Gesetze und Verordnungen evaluiert werden. Sie wissen, die Verordnung läuft Ende des Jahres aus. Wir werden Vorschläge unterbreiten. Das passt auch genau in den Bereich Familienzentren und Vernetzung hinein. Aber das heißt auch, dass mehrere mit an den Tisch gehören.

Deswegen werden wir auch die kommunale Seite zu den weiteren Gesprächen einladen. Ich weiß, weil ich regelmäßig Einrichtungen vor Ort besuche, dass die geltende Verordnung an einigen Stellen noch nicht ausreichend umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber gleichzeitig empfehle ich Ihnen, sich die in anderen Ländern geltenden Verordnungen anzuschauen. Dann sehen Sie, wie gut die Ausbildungsstandards für Erzieherinnen in Hessen sind. Trotzdem sagen wir – ich hoffe, dies wird gemeinsame Überzeugung bleiben –, dass wir an der Weiterentwicklung des Erzieherinnenbildes und der Erzieherinnenausbildung gemeinsam arbeiten und auch die Anforderungen an diesen Beruf aufnehmen müssen, die die gesellschaftlichen Veränderungen mit sich bringen. Das ist eine sehr breite Palette.

Für mich bleibt es an dieser Stelle wichtig, dass wir die Kinder in den Mittelpunkt stellen, dass wir ein Konzept haben, auf dem die vielen verschiedenen Einrichtungen, die damit befasst sind, aufbauen können, ohne ihr eigenes Profil zu vernachlässigen, und dass wir gleichzeitig Angebote machen. Dabei will ich ausdrücklich sagen: Das Thema „Gesundheitsförderung und Kinderschutz“, das wir bereits in der letzten Legislaturperiode behandelt haben, ist mir ein besonders wichtiges Anliegen, weil die Prävention und das Lernen, wie man mit dem eigenen Gesundheitszustand umgeht oder welche Möglichkeiten es in diesem Lande gibt – –

(Dr. Thomas Spies (SPD): Meinen Sie das gestoppte Präventionsgesetz oder die gekürzten Mittel für die ARGE?)

– Herr Kollege Dr. Spies, wenden Sie sich an die Bundesgesundheitsministerin, wenn Sie über das Präventionsgesetz und über seine Ausgestaltung sprechen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Sie haben das Präventionsgesetz verhindert!)

– Ich verstehe Ihre Aufregung, da ich in den letzten Jahren keine vernünftigen Finanzierungsvorschläge von Ihnen gehört habe. Jetzt wird es in diesem Landtag noch spannender, wenn wir die Finanzierung gemeinsam sicherstellen wollen.

In den Parteiprogrammen hat das Thema Familienzentren einen großen Widerhall gefunden, der Versuch, deren Vernetzung voranzutreiben sowie die Eltern frühzeitig einzubinden und ihnen Chancen zu eröffnen. Gerade bei Eltern mit Migrationshintergrund halte ich es für eine außerordentlich große Chance, wenn die Kommunen und das Land gemeinsam weiter daran arbeiten, die Netze so dicht zu machen, dass zum Schluss tatsächlich keiner mehr durchfällt. Wir brauchen aber keinen alles regulierenden Staat. Wir müssen die Familien einbinden, denn die Eltern sind nach wie vor gefordert, und sie müssen entsprechende Möglichkeiten der Mitwirkung erhalten.

Das wird unserem Konzept zugrunde liegen, und damit werden wir in die weitere Diskussion – auch über unterschiedliche Standards – gehen. Frau Fuhrmann, wir sind gespannt, welche Finanzierungsvorschläge Sie vorlegen. Wir werden jedenfalls Finanzierungsvorschläge vorlegen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Verabredungsgemäß überweisen wir beide Anträge an den Sozialpolitischen Ausschuss zur weiteren Behandlung. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gesundheitsfonds stoppen – Beitragsautonomie der Krankenkassen bewahren – Drucks. 17/47 –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gesundheitsfonds stoppen – Krankenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger auf eine solidarische und nachhaltige Grundlage stellen – Bürgerversicherung jetzt – Drucks. 17/76 –

Vereinbarte Redezeit: 15 Minuten. Das Wort hat der Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Gesundheitspolitik hat dieses Parlament in den letzten Jahren relativ häufig beschäftigt. Dafür hat die FDP immer wieder gesorgt, weil wir der Auffassung sind, dass die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland eine wichtige Bedeutung auch für das Landesparlament hat.

(Beifall bei der FDP)

Die grundlegenden Reformen werden bei diesem Thema natürlich nicht in Hessen, sondern auf Bundesebene gemacht, aber hessische Landespolitiker in führenden Positionen, z. B. der Herr Ministerpräsident und die Gesundheitsministerin, Frau Kollegin Lautenschläger, haben bei den Reformen auf Bundesebene an zentraler Stelle mitgewirkt.

Ich will einmal in Erinnerung rufen, was hinter dem Gesundheitsfonds stand. Hinter dem Gesundheitsfonds stand die Tatsache, dass Sozialdemokraten und Christdemokraten zwei Wahlprogramme hatten und haben, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Man wusste nicht so recht, wie man beide Konzepte in Übereinstimmung bringen sollte, nachdem die Bundeskanzlerin ihre Amtszeit unter das Leitmotiv „Reformen“ gestellt hatte. Nach langen Verhandlungen hat man sich dafür entschieden, wenigstens irgendetwas zu machen, um auch nach draußen, den Menschen gegenüber, zu demonstrieren, dass diese Bundesregierung handlungsfähig ist.

Jetzt muss ich mich an die Kollegen der Union wenden. Die Kollegen der Union haben bei der Besetzung der Ministerien in Berlin den großen Fehler gemacht, Ulla Schmidt das Gesundheitsministerium zu überlassen. Sie haben sie – wie das auch viele andere Politikerinnen und Politiker getan haben – absolut unterschätzt.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Hervorragende Ministerin!)

Alle haben gedacht, dass Frau Schmidt eine Person ist, die sich möglicherweise nicht lange auf dem Ministerinnensessel halten werde, dass sie nicht stark genug sein werde, um sich gegen Argumente wirklich zur Wehr zu setzen.

Das Gegenteil ist der Fall. Frau Schmidt hält sich auf ihrem Sessel und zieht ihre ideologische Reform in Richtung Bürgerversicherung Stück für Stück durch. Das Erstaunliche am Status quo ist, dass die Union dabei mitmacht.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU)

Die Union sah sich bei den Verhandlungen über den sogenannten Gesundheitsfonds dem Problem gegenüber, dass das Ministerium unter der Leitung von Frau Schmidt alles schon vorbereitet hatte. Die Union hatte anscheinend nicht genügend Manpower – ich glaube nicht, dass es an mangelnder Kompetenz lag –, um sich gegen die Einführung des Gesundheitsfonds zu wehren.

Ich will Ihnen sagen, wie der Gesundheitsfonds eigentlich hieß, als er vom Wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums erarbeitet wurde. Er hieß „zentrale Inkassostelle“. Bei der Bezeichnung „zentrale Inkassostelle“ muss es doch auch jedem Christdemokraten, der sich noch ein Stück weit der Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, kalt den Rücken herunterlaufen. Dass so etwas gemeinsam mit der Union unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland eingeführt wird, ist unglaublich,

(Beifall bei der FDP)

denn das, was wir Anfang 2009 bekommen werden, ist reinster Kassensozialismus, und die Union hat dafür die Hand gehoben.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen auch sagen, dass einige Mitglieder der Unionsfraktion in dieser Frage anderer Meinung waren. Friedrich Merz hat z. B. klar gesagt, so einem Reformwerk kann er nicht zustimmen. – Friedrich Merz ist eine der Personen, die Marktwirtschaft und Christdemokratie wirklich vereinbaren können. Das ist nicht bei allen Kollegen von der Union der Fall.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Er hat das Vorhaben aus guten Gründen abgelehnt. Er hat gesagt: Wir brauchen mehr Wettbewerber in einem klaren ordnungspolitischen Rahmen, der vorgibt, welche Bedingungen die Kassen, die Leistungserbringer, in diesem System erfüllen müssen. – Wir wollen keinen Wettbewerb, wie ihn das PKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vorsieht, wo Wettbewerb draufsteht und Sozialismus drin ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist der Fonds aus unserer Sicht so problematisch? Der Fonds führt ein neues System ein, bei dem der Staat eine zentrale Stelle schafft. Ich nenne sie einmal „Bundesgesundheitsfondsagentur“ – nach dem erfolgreichen Beispiel der Bundesagentur für Arbeit, die mit über 100.000 Beschäftigten immerhin ein Drittel der Jobs in Deutschland vermittelt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Diese bestimmt hoch effiziente Agentur wird beim Bundesgesundheitsministerium angesiedelt. Sie wird die Finanzmittel der Kassen zentral einziehen. Das heißt, sie wird die Beitragssätze zentralisiert einziehen und dann die Mittel nach einem besonderen Schlüssel – dazu komme ich gleich – an die Krankenkassen in Deutschland verteilen, die damit ihre Kosten zu decken haben.

Die Bundeskanzlerin hat einen zweiten bemerkenswerten Satz gesagt. Sie hat gesagt, der Fonds werde nicht zu mehr Bürokratie führen, dafür werde sie Sorge tragen. Ich sage dazu: Das wäre das erste Mal, dass in Deutschland zwei Verwaltungen finanziell günstiger sind als eine Verwaltung.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Der Fonds wird ein Zweites bewirken, und deshalb bin ich froh, dass auch Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Ärzte in diesem Haus vertreten sind. Er wird dafür sorgen, dass die Mittel im Gesundheitssystem deutlich knapper werden. Das ist aber nicht mehr lustig, denn die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande werden spüren, dass sie aufgrund von Rationalisierungen eine schlechtere Gesundheitsversorgung bekommen werden. Dafür kann und darf niemand in diesem Parlament die Hand heben.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Grober Unfug!)

Das Erstaunliche an der Debatte ist, dass es immer die Kollegen Sozialdemokraten sind, die die Zwei-Klassen-Medizin anprangern, diese aber durch ihre Gesundheitsministerin manifestieren ließen.

(Beifall bei der FDP)

Seit Ulla Schmidt dieses Ministerium führt, hat sich die Gesundheitsversorgung in Deutschland drastisch verschlechtert – und Sie erzählen den Leuten etwas davon, es werde sich etwas verbessern.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Wovon reden Sie eigentlich? Das sind aberwitzige Ausführungen!)

Herr Dr. Spies, das ist so, als wenn die Bundesgesundheitsministerin eine Partnerschaftsanzeige aufgegeben hätte, die lautet: Brandstifterin sucht Feuerwehrmann.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Genau so ist es. Diejenige, die das Ganze zu verantworten hat, stiehlt sich davon und sagt: Auch ich wundere mich, dass alles so schlecht ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie uns zur Realität zurückkommen. Warum ist das so schlecht? Ich will Ihnen das anhand von zwei Punkten erklären. Das Erste, was aufgrund des Fonds geschehen wird, ist: Die Kassen werden durch ihn quasi die Beitragsautonomie verlieren. Das Stück Wettbewerb, das wir zurzeit noch zwischen den Krankenkassen in Deutschland haben, wird – um es genau zu sagen – komplett über die Wupper gehen.

(Beifall bei der FDP)

Es wird keinen Wettbewerb mehr geben. Es wird in Deutschland einen einheitlichen Beitragssatz geben, und dieser einheitliche Beitragssatz kann dann nur noch durch den sogenannten Zusatzbeitrag um 1 % aufgestockt oder gesenkt werden. Die Kassen werden alles tun, um diesen Zusatzbeitrag zu vermeiden. Daher werden sie bei den Versicherten Leistungen kürzen müssen.

Herr Kollege Dr. Spies, das wird ein weiteres Problem sein. Natürlich wird es aufgrund der Rationalisierung schlechter Gesundheitsleistungen geben, und dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Durch den Fonds erfolgt ein Zweites: Wie ich schon sagte, wird durch ihn der Beitragseinzug zentralisiert. Jetzt gibt es unter den Gesundheitspolitikern viele Diskussionen über das, was nicht funktioniert. Aber ich glaube, Sie haben noch nie gehört, dass der Beitragseinzug bei den deutschen Krankenkassen ein wirkliches Problem gewesen sei. Das funktioniert ganz hervorragend. Die Techniker Krankenkasse hat ihren Beitragseinzug für einen großen Teil der Bundesrepublik in Frankfurt zentralisiert – mit 400 Arbeitsplätzen –, und das funktioniert ganz hervorragend.

Da es so gut funktioniert – Herr Kollege Dr. Spies, Sie haben dem selbst einmal einen Besuch abgestattet –, wollen Sie es für den Aufbau einer staatlichen Behörde opfern, die das in Zukunft machen wird. Ich glaube, das ist illusorisch, und es wird auch teurer werden.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Wovon reden Sie denn? Sie sollten das Gesetz lesen, wenn Sie darüber reden, Herr Kollege Rentsch!)

Herr Kollege Dr. Spies, wir brauchen ein völlig anderes Modell, das sich nicht in Richtung Gesundheitsfonds oder Bürgerversicherung bewegt.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Doch!)

Das Erstaunliche an dieser ganzen Institution ist, dass der Fonds sehr viel mehr der Bürgerversicherung ähnelt als dem Modell der Union mit der sogenannten Kopfpauschale. Der Fonds wird nämlich dazu beitragen, dass die Kassen keine Unterschiede mehr geltend machen können. Es wird nur noch einen einheitlichen Beitragssatz geben, und irgendwann werden Sie dafür sorgen – das ist Ihr Ziel und das Ziel von Frau Schmidt –, dass alle Kassen in einer einzigen Kasse verschmelzen. Das ist Ihr großes Ziel, das Sie mit einem staatlich festgelegten Beitragssatz für ganz Deutschland erreichen wollen, nach dem sich die Menschen zu richten haben. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das wollen wir auch nicht!)

Wir wollen, dass die Patienten – die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land – Wahlfreiheit haben, dass sie sich ihre Versicherung und ihr Leistungspaket aussuchen können und dass sie sich nicht vom Staat vorschreiben lassen müssen, bei welchem Arzt zu welchen Kosten welche Behandlung erfolgen soll. Das darf es nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss sagen, ich finde es wirklich abstrus, dass wir ein funktionierendes Modell gegen ein Modell mit einer zentral gesteuerten und organisierten Gesundheitsverwaltung eintauschen, das wir in anderen Ländern oder in anderen Teilen der Bundesrepublik schon gesehen haben.

Herr Kollege Dr. Spies, wir haben doch gesehen, was diese Staatssysteme anrichten. Schauen Sie nach Großbritannien, oder denken Sie daran, wie die Leistungen der Gesundheitsversorgung in der ehemaligen DDR rationiert werden mussten, weil keiner mehr bereit war, in diesem System zu arbeiten.

Waren denn die Politiker die Leidtragenden? Wahrscheinlich waren sie nicht die Leidtragenden; denn diese Politiker hatten meistens gute Kontakte und hatten in irgendeiner Form die Möglichkeit, sich ihren Arzt zu wählen. Herr Kollege Dr. Spies, die Leidtragenden waren die normalen Bürgerinnen und Bürger, für die Sie sich immer

vermeintlich einsetzen. Ich glaube wirklich, Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie hier verursachen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, jetzt sind wir bei dem Thema Landesregierung. Ja, die Landesregierung hat einen großen Anteil daran. Das hängt mit dem zusammen, was Sie als Ministerin und der Herr Ministerpräsident in seiner unglaublichen Treue zu der Bundeskanzlerin machen. Es erstaunt immer wieder viele Menschen in diesem Land, dass Herr Koch – –

(Michael Boddenberg (CDU): Das halte ich für selbstverständlich!)

– Ja, das hätten auch wir für selbstverständlich gehalten. Aber ich habe die Zeitungsberichte dabei, in denen steht, was Herr Koch über Frau Merkel noch gesagt hat. Das ist allerdings ein paar Jahre her. Mittlerweile ist die Stimmung eine andere. Er stützt die Bundeskanzlerin, und er hat auch gesagt – Sie gemeinsam –, der Gesundheitsfonds müsse durchgesetzt werden.

Wenn man recherchiert und nachliest, stellt man fest, dass es kaum eine fachliche Begründung dafür gibt, warum der Gesundheitsfonds durchgesetzt werden muss.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die einzige fachliche Erklärung habe ich bei Herrn Laumann gefunden. Er sagte: Wenn der Gesundheitsfonds nicht kommt und nicht durchgehalten wird, ist der Fortbestand der schwarz-roten Koalition auf Bundesebene erheblich gefährdet. – Wenn das die einzige fachliche Begründung ist, die Sie in dieser Frage haben, muss ich sagen: Das kann wirklich nicht wahr sein.

Das, was Sie hier zurzeit realisieren, ist eine Koalitionspolitik auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Das darf es wirklich nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Laumann sagte in demselben Artikel, der Gesundheitsfonds müsse eigentlich verhindert werden, weil durch ihn eine Mammutbürokratie aufgebaut werde und die Krankenkassen quasi von ihrer eigentlichen Funktion enthoben würden, mit ihren Versicherten über die Beitragssätze zu verhandeln und sie selbst festzulegen. Es ist interessant, dass diese Kritik auch aus unionsregierten Ländern kommt.

Frau Ministerin, jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Problem: Hessen zahlt drauf. Hessen zahlt erheblich drauf.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das geht nicht!)

Beim Länderfinanzausgleich bringt dieses Land immerhin die Hälfte der Gelder auf, die an andere Länder abgeführt werden. Daneben ist der Gesundheitsfonds sozusagen der zweite Länderfinanzausgleich, bei dem Hessen dafür bestraft wird, dass es eine solide wirtschaftliche Basis hat.

(Beifall bei der FDP – Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Kollege Dr. Spies, das ist so. – Die Zahlen gehen sehr weit auseinander. Das Kieler Institut für Mikrodatenanalyse hat von einer Belastung Hessens in Höhe von ca. 890 Millionen € gesprochen. In dem neuen Gutachten, das jetzt die Grundlage der Diskussion ist, wird von einer deutlich geringeren Zahl ausgegangen. Jetzt sind es an-

geblich nur noch 64 Millionen €, die Hessen in den Fonds einzuzahlen hat.

Allein aus unserem egoistischen Interesse als Vertreter dieses Bundeslands heraus müssen wir doch dafür sorgen, dass dieser Fonds nicht kommt. Warum sollten wir weiteres Geld in einen Fonds geben, der es an andere Bundesländer verteilt? Frau Ministerin, wir brauchen das Geld nicht in anderen Bundesländern, sondern in Hessen, um die Gesundheitsversorgung zu garantieren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

Florian Rentsch (FDP):

Nein, zurzeit noch nicht. – Frau Ministerin, es ist Ihre originäre Aufgabe, sich darum zu kümmern, dass das Geld für die Gesundheitsversorgung der Bürger unseres Landes in unserem Bundesland bleibt und nicht in andere Länder abfließt. Deshalb können wir nicht nachvollziehen, dass die Union allein aus koalitionsstaktischen Gründen an diesem Fonds festhält.

Herr Kollege Dr. Spies, ich glaube, man kann in dieser Diskussion unterschiedliche Modelle vertreten. Das haben wir in den letzten Jahren leidenschaftlich gemacht. Wir sind an diesem Punkt nicht einer Meinung. Trotzdem glaube ich, dass – jedenfalls von unserer Seite aus – meistens eine faire Debatte stattgefunden hat.

Ich denke aber – das haben auch die GRÜNEN in ihrem Antrag aufgezeigt –, dass die Schaffung eines Fonds auf jeden Fall der völlig falsche Weg ist; denn der Fonds stellt ein staatliches Instrument dar, das überhaupt nicht mehr aufzulösen sein wird. Auf der Bundesebene finden Sie daher kaum noch einen Abgeordneten der Regierungsfractionen, der darauf wetten will, dass dieser Fonds wirklich kommt.

(Beifall bei der FDP)

Die letzten treuen Mohikaner sind beispielsweise die Hessen, die an diesem Fonds festhalten wollen, nach dem Motto: Wir wollen es nicht dazu kommen lassen, dass dieser Fonds einbricht, und wenn es so kommt, sind wir nicht schuld daran gewesen. – Das kann nicht die Politik der Hessinnen und Hessen sein.

Lassen Sie mich deshalb abschließend sagen: Der Fonds wird dazu führen, dass vor allem die Menschen in Hessen finanziell erheblich drauflegen werden. Ich sage Ihnen offen, es ist mir relativ gleich, ob es 890 oder 69 Millionen € sind. Jeder Cent, der in diesen Fonds fließt, ist für die Hessinnen und Hessen zu viel. Deshalb muss er verhindert werden.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem wollen wir ein völlig anderes Modell. Ich weiß, dass auch die Union an dieser Stelle ein völlig anderes Modell will, mit dem dafür Sorge getragen wird, dass die Menschen in Deutschland mehr Wahlfreiheit haben: dass sie ihren Arzt weiterhin frei aussuchen und sich für die Versicherung ihrer Wahl entscheiden können, statt sich das vom Staat oktroyieren lassen zu müssen.

Deshalb sollte die Union – gemeinsam mit den Freien Demokraten – ein großes Interesse daran haben, dass dieser

Fonds nicht kommt. Deshalb sollten Sie heute einmal Farbe bekennen, statt aus Treue zu Frau Merkel diesen Fonds zu unterstützen, an dem mittlerweile kein Mensch mehr festhält. Es wäre wirklich an der Zeit, zu sagen: Das war eine falsche Idee.

(Beifall bei der FDP)

Letzter Satz. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, welchen Arbeitstitel der Fonds im Gesundheitsministerium erhalten hat: „zentrale Inkassostelle“. Eine zentrale Inkassostelle braucht ein freies, wettbewerblich orientiertes Gesundheitssystem eigentlich nicht. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam gegen den Fonds kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lebhafter Beifall bei der CDU!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Schulz-Asche, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, Sie haben sicherlich an einem Punkt recht: Der Gesundheitsfonds ist unnötig, und er ist unsinnig. Aus ihm wird ein bürokratisches Monster und ein Kostentreiber. Er basiert weder auf gesundheitspolitischer noch auf versicherungstechnischer Vernunft.

Aber wenn Sie in dem Zusammenhang den Gesundheitsfonds mit Sozialismus gleichsetzen, empfehle ich Ihnen erstens verbale Abrüstung und zweitens Nachhilfe in politischer Bildung. Ich glaube, das würde Ihnen an dieser Stelle wirklich guttun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gesundheitsfonds ist tatsächlich der großkoalitionäre Versuch, die Unsinnigkeiten des derzeitigen Systems mit den konträren Vorstellungen von CDU und FDP einerseits und dem SPD-Modell einer Bürgerversicherung unter einen Hut zu bringen. Meine Damen und Herren, wenn man sich das Ergebnis anschaut, muss man sagen, der Versuch ist gescheitert. Mit Gerechtigkeit oder nachhaltiger Sicherung der Krankenversicherung hat der Fonds rein gar nichts zu tun.

Die Festsetzung eines einheitlichen Versicherungsbeitrages wird bereits jetzt zum Spielball von politischen Auseinandersetzungen. Man kann schon darauf warten, was im Bundestagswahlkampf 2009 passieren wird. Der Zusatzbeitrag für die Kassen, die den festgesetzten Beitrag überschreiten müssen, wird gerade die Kassen in Not bringen, die besonders viele Familien – ich erinnere an den Tagesordnungspunkt, den wir vorhin besprochen haben –, ältere und weniger verdienende Menschen zu ihren Versicherten zählen. Es kann nicht unser Interesse sein, dass wir diesen Kassen schaden und eher Probleme bereiten, als sie zu lösen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat auch nichts mit Unwirtschaftlichkeit einer Kasse zu tun, wenn der Anteil der Älteren oder Familienversicherten besonders hoch ist. Wir wollen ja gerade ein Versicherungssystem, das nicht länger die Konkurrenz von privaten und gesetzlichen Kassen um junge, gut verdienende, alleinstehende Männer schärft, sondern wir wollen eine

nachhaltige gerechte Versicherung, die allen Bürgerinnen und Bürgern und gerade auch Familien und älteren Menschen eine gute Krankenversorgung sichert. Das wird in der jetzigen Konstruktion des Gesundheitsfonds nicht geleistet.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Florian Rentsch (FDP): Das will auch keiner außer Ihnen!)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig ist mit dem Gesundheitsfonds auch vorgesehen, den sogenannten Morbi-RSA – ein etwas putziger Begriff, hinter dem sich viel verbirgt – einzuführen. Es ist vorgesehen, dass jede Kasse pro Versicherten eine pauschale Zuweisung sowie ergänzende Abschläge und Zuschläge je nach Alter, Geschlecht und Krankheitsbildern der Versicherten erhält. Durch die besondere Berücksichtigung von schwerwiegenden und chronischen Krankheiten trägt ein solcher morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich – ein sperriges Wort – dem unterschiedlichen Bedarf der Kassen Rechnung.

Deswegen begrüßen wir durchaus die Einführung eines solchen Morbi-RSA, weil er den gerechten Ausgleich zwischen den Kassen stärkt. Aber er ist nicht unbedingt an die Einführung eines Gesundheitsfonds gebunden. Von daher denken wir, dass der Gesundheitsfonds abgelehnt werden und der Morbi-RSA trotzdem kommen kann. Meine Damen und Herren, richtig ist es, den verzerrten Wettbewerb, den wir zwischen den Kassen haben, zu regeln. Wir brauchen diesen Morbi-RSA. Wir brauchen aber keinen Gesundheitsfonds.

Was jetzt zusätzlich passiert – der Kollege Rentsch hat es vom Feinsten vorgemacht –, ist die Debatte über die sogenannte Konvergenzklausele. Das ist wirklich ein Beispiel, wo in Ihrer Rede verschwiegen wird, worum es eigentlich geht. Wir haben eine Regelung in § 272 des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes – so heißt das Gesetz, über das wir hier reden, das vor allem auf den Druck von Baden-Württemberg und Bayern zustande gekommen ist und nach dem den in einem Land tätigen Kassen, wohlge-merkt: nicht dem Landeshaushalt, sondern den Kassen, eine zusätzliche Belastung von über 100 Millionen € pro Jahr nicht angelastet werden kann. Herr Kollege Rentsch, die saubere Trennung hätte ich eigentlich von Ihnen erwartet. Dass Sie das nicht tun, ist ein Zeichen, mit welchem populistischen Ansatz Sie da herangehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na, na, na – uralter Landtag!)

Ich würde Ihnen ganz stark empfehlen, das hier sauber zu diskutieren. Letztendlich geht es nicht um eine Belastung des Landeshaushalts. Ich würde Ihnen empfehlen, nicht diesen Eindruck zu erwecken, wie Sie es vorhin getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Weil es nicht um die Finanzierung aus dem Landeshaushalt, sondern um die Finanzierung der Kassen geht,

(Florian Rentsch (FDP): Und das ist dann besser, Frau Kollegin Schulz-Asche?)

halte ich es für besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Regionalisierung unserem Sozialversicherungssystem im Moment völlig fremd ist und dass die Solidarität zwischen den Bundesländern und der Finanzierung

der Kassen nicht davon abhängig sein kann, wie die Einnahmen und Ausgaben für Gesundheit in einem Land sind. Deswegen haben wir das im Moment auf Bundesebene geregelt. Ich denke, wir sollten uns hier nicht auf eine Diskussion einlassen, die anfängt, zwischen armen und reichen Bundesländern Unterschiede zu machen, und auf einer platten Ebene geführt wird, wie Sie es gerade getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Der Antrag, den wir heute eingebracht haben, ist im ersten Satz mit dem der FDP identisch. Er bezieht sich darauf, dass wir den Gesundheitsfonds ablehnen und die Landesregierung auffordern, entsprechend im Bundesrat aktiv zu werden. Das können wir durchaus unterstützen, weil wir diesen Gesundheitsfonds für Blödsinn halten. Entschuldigen Sie das strenge Wort Blödsinn.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man wird doch Blödsinn Blödsinn nennen dürfen! – Weitere Zurufe)

– Ich bekomme Zustimmung von allen Seiten des Hauses. Dann kann es so falsch nicht gewesen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aber hier enden auch unsere Gemeinsamkeiten mit der FDP. Ich hätte es übrigens aufgrund der Modelle, die Sie in der Krankenversicherung bevorzugen, ganz sinnvoll gefunden, wenn Sie vielleicht ein paar nachdenkliche Worte über die weltweite Finanzkrise verloren hätten. Wenn man der Meinung ist, dass man ein 80-Millionen-Volk über kapitalgedeckte Beiträge in Privatversicherungen versichern will, dann sollte man vielleicht in einer Situation, wo die Finanzmärkte in Unruhe sind, ab und zu einmal ein selbstkritisches Wort von der FDP erwarten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Deswegen haben wir einen zweiten Teil in unserem Antrag, der aufzeigt, in welche Richtung es gehen muss, wenn wir für Familien, für ältere Menschen, für alle Bürgerinnen und Bürger wirklich eine nachhaltige Versicherung gestalten wollen; denn aus unserer Sicht ist die Alternative zum Gesundheitsfonds nicht, die gesetzliche Krankenversicherung zu zerschlagen, wie es die FDP und Teile der CDU wollen. Unsere Alternative heißt Bürgerversicherung.

Unser Antrag enthält mitnichten alle Punkte der grünen Bürgerversicherung – das sage ich ganz offen –, weil es uns eher darum geht, im Haus eine Mehrheit zu finden. Deswegen möchte ich folgende Punkte betonen.

Wir wollen erstens, dass alle Bürgerinnen und Bürger versicherungspflichtig werden. Das heißt, wir wollen Privilegien abbauen, und wir wollen auch die bisher privat Versicherten in eine Bürgerversicherung überführen, wobei die Leistungsansprüche dabei durchaus erhalten bleiben können. Damit sorgt eine solche Bürgerversicherung für mehr soziale Gerechtigkeit, da sie davon ausgeht, dass alle die gleichen Rechte und Ansprüche haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das Einzige, was funktioniert, wollen Sie kaputt machen!)

Zweitens. Wir wollen, dass alle Einkunftsarten, d. h. auch Vermögen, Gewinne und Mieteinkünfte, bei der Berechnung der Beträge berücksichtigt werden. Das stärkt die Nachhaltigkeit der Finanzbasis vor allem deshalb, weil es die einseitige Anbindung der Krankenversicherung an die abhängige Beschäftigung endlich auflöst und auch an Gewinn und Vermögen koppelt, sodass auch Einkommensarten herangezogen werden, die einen Anteil am Wachstum des Sozialprodukts haben. Das ist eine ganz wesentliche Konstruktion für die Nachhaltigkeit einer Krankenversicherung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Dann können wir es gleich über die Steuer machen!)

Drittens. Die Parität muss aus unserer Sicht für die Einkommen erhalten bleiben, die sich aus abhängiger Beschäftigung ergeben. Auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die sich in unserem Land seit Langem entwickelt hat.

Der vierte Punkt, der für uns unabdingbar ist, ist die beitragsfreie Mitversicherung sowohl von Kindern als auch von nicht erwerbstätigen Ehegattinnen und Lebenspartnern, die sich der Kinderbetreuung oder der Pflege widmen.

Meine Damen und Herren, das sind ganz wesentliche Punkte, die wir für notwendig halten, um zu einem System zu kommen, das langfristig in der Lage ist, hier für soziale Gerechtigkeit, aber auch für eine gute und vielseitige Krankenversorgung zu sorgen. Mit anderen Worten: Wir wollen mehr Wettbewerb zwischen den Kassen, einen Wettbewerb um Qualität, einen Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit und einen Wettbewerb um Vielfalt der Angebote im Gesundheitswesen. Ich hoffe deswegen, dass wir für unseren Antrag im Hause eine Mehrheit bekommen werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Rentsch hat zwei Minuten zur Kurzintervention.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich will die Gelegenheit nutzen, ganz kurz zu ihrem Beitrag einige Anmerkungen zu machen.

Die erste Anmerkung: Das Steuersystem in Deutschland besteuert die Menschen nach ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb brauchen wir in anderen Bereichen keine Instrumente, die das nochmals tun.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

Deshalb kostet das Brot beim Bäcker für jeden Bürger das Gleiche, der Preis wird nicht nach Einkommenshöhe gestaffelt. Das ist der Unterschied.

Dieses Prinzip wollen wir auch nicht beim Gesundheitsfonds angewendet wissen, denn es ist systemfremd und unsinnig.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wir als FDP wollen – und das unterscheidet unseren Antrag von dem der GRÜNEN ganz elementar –, dass in

Deutschland endlich Gesundheits- und Arbeitskosten getrennt werden. Denn wir wollen, dass Arbeitsplätze entstehen und nicht das Entstehen von Arbeitsplätzen verhindert wird.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Da sind wir zu 100 % dabei: durch die Bürgerversicherung!)

Das ist ein grundlegender Unterschied. Die Union ist damit gestartet, leider dann aber völlig eingeknickt.

Frau Kollegin Schulz-Asche, drittens wollen wir natürlich eine Kapitaldeckung, weil sie generationengerecht und -resistent ist.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Schulz-Asche, das Problem, das wir jetzt haben, ist doch, dass wir das Geld sofort ausgeben, eigentlich aber für das Alter Geld zurücklegen müssten; denn wir wissen, dass Menschen im hohen Alter hohe Gesundheitskosten haben. Dort fehlt uns das Geld. Deshalb müssen wir in den Jahren, in denen Menschen gesund sind, einen Teil dieses Geldes für das Alter zurücklegen. Das tun wir nicht, und das ist verantwortungslos.

Mein letzter Punkt. Frau Schulz-Asche, wir sind uns an der Stelle einig, dass der Gesundheitsfonds – egal, für welches Modell man sich entscheidet – der falsche Weg ist. Das ist der erste Satz unserer beiden Anträge. Ich schlage ihnen hier vor – das können wir gerne im Ausschuss machen –, dass wir den restlichen Teil unserer Antragstexte streichen. Denn ich glaube, wir haben einen Riesenvorteil, wenn wir es schaffen, in Deutschland diesen Fonds erst einmal zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wenn der Fonds wirklich kommen sollte, wird er eine Bürokratie aufbauen, die wir nicht mehr stoppen können. Die wird unglaublich viel Geld verschlingen. Deshalb muss zuerst dieser Fonds gestoppt werden. Dann kann man darüber diskutieren, in welche Richtung es weitergehen soll. Dafür gibt es unterschiedliche Modelle.

Frau Kollegin Schulz-Asche, deshalb schlage ich Ihnen vor: Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Lassen Sie uns auch die Gesundheitsmodelle aus unseren Anträgen herausnehmen. Zuerst muss der Fonds gestoppt werden. Das muss das vordringliche Ziel sein. Sollten wir das erreichen, dann haben wir viel erreicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Schulz-Asche zur Antwort, bitte.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, wenn Sie den zweiten Satz Ihres Antrags weglassen hätten, dann hätten wir ihm problemlos zustimmen können.

Darüber können wir gerne im Ausschuss reden. Wenn wir im Hessischen Landtag einen Antrag zustande bekommen, der die Landesregierung auffordert, den Gesundheitsfonds zu stoppen, dann können wir uns darauf verständigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch schon etwas!)

Meine Damen und Herren, das hindert uns aber nicht daran – und dafür ist eine Kurzintervention mitnichten geeignet –, eine Grundsatzdebatte über unser Krankenversicherungssystem zu führen. Auch das sollten wir tun, und auch dazu sollten wir hier im Landtag eine gemeinsame Position entwickeln.

Ich fordere Sie aber nochmals auf, bei dieser Debatte tatsächlich seriös zu argumentieren. Das gilt zum einen im Hinblick auf die Finanzierungsbasis. Ich sage das hier nochmals: Ich finde selbstkritische Worte für eine Partei, die auch noch angesichts der Finanzkrise fordert, völlig auf kapitalgedeckte Versicherung umzusteigen, notwendig.

Zweitens fordere ich Sie auf, nicht immer nur einzelne Punkte aus dem Rürup-Wille-Gutachten zur finanziellen Belastung der Länder herauszugreifen, die Ihnen gerade in Ihr argumentatives Konzept passen.

(Florian Rentsch (FDP): Ich habe die negativen Punkte herausgegriffen!)

Sie wissen genau: Die hohen Belastungen, die im Rürup-Wille-Gutachten genannt werden, werden durch den Satz ergänzt – ich zitiere:

Das Regionalprinzip ist dem Sozialversicherungsrecht fremd. Jenseits der Tatsache, dass die gesetzlichen Krankenkassen keine Einrichtungen der Bundesländer sind, ist die hinter der Frage nach den länderspezifischen Verteilungswirkungen des Gesundheitsfonds liegende implizite Annahme, dass die Sozialversicherungsbeiträge, die in einem Land entstehen, auch dort wieder verausgabt werden sollten, abwegig.

Hier stimme ich völlig zu. Ich bitte Sie, damit wir ernsthaft diskutieren können, diese Voraussetzungen zur Kenntnis zu nehmen und nicht hier zu versuchen, Stimmung zu erzeugen, die jeglicher Grundlage entbehrt und sich gegen ein Sozialversicherungssystem wendet, das in seiner Grundstruktur noch immer recht sozial angelegt ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

So, jetzt haben Sie, Herr Dr. Bartelt, das Wort.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Koalition in Berlin hatte die schwierige Aufgabe, einen Kompromiss zwischen sehr unterschiedlichen Konzepten zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen zu finden.

Ein Element des bereits in Kraft getretenen Gesetzes ist die Einführung des Gesundheitsfonds zum 01.01.2009. Dieses Gesetz zeigt schon jetzt Erfolge. Aber es sind auch noch einige sehr wichtige kritische Fragen zu klären. Daher erfordert die Diskussion differenzierte Stellungnahmen – einerseits zum Gesetz, andererseits zu den vorliegenden Anträgen.

Ich möchte stichpunktartig vier positive Entwicklungen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes hervorheben.

Meine Damen und Herren, die gesetzlichen Krankenkassen sind weitgehend entschuldet. Im Jahr 2003 betrug der Schuldenstand aller gesetzlichen Krankenkassen bundesweit 6 Milliarden €. Heute bestehen Reserven in Höhe von 3,2 Milliarden €. Dies ist ein Erfolg an sich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch im System der GKV wurden von allen großen Krankenkassen zahlreiche Wahltarife eingeführt, die von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden. Sie müssen sich in sich in der Krankenkasse tragen – so schreibt es das Gesetz vor. Dies führt zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten für den Bürger.

Dritter Punkt. Herr Rentsch hat gesagt, dies führe zu einer Minderausstattung der Finanzmittel der Krankenkasse. Dies ist nicht der Fall. Denn gerade durch diese modifizierte Pauschale werden die Einnahmen der Krankenkassen kalkulierbar. Man kann darüber streiten, ob das zu viel oder zu wenig ist, aber letztendlich nutzt das dem Patienten.

Der vierte, der politische Punkt: Im Zuge des politischen Kompromisses zwischen CDU und SPD ist das Gespenst der einheitlichen Zwangsversicherung, beschönigend Bürgerversicherung genannt, vom Tisch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hättet ihr gern!)

Die dort vorgesehene faktische Abschaffung von privaten Versicherern hätte dazu geführt, dass alle Leistungsanbieter – ob Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Apotheken oder pharmazeutische Industrie – in erhebliche Schwierigkeiten gekommen wären. Das hätte zu Mangelversorgungen, erhöhten Beiträgen und Insolvenzen der Leistungsanbieter geführt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Dies zu verhindern ist ebenfalls ein politischer Erfolg.

Damit kann ich auch ganz kurz den Antrag der GRÜNEN – es tut mir leid, dass ich ihn hier so scharf bewerten muss – bearbeiten.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gehen Sie doch einmal von der Mär ab, dass sich die privat Versicherten nicht mit den Versicherten allgemein solidarisch zeigten.

(Michael Boddenberg (CDU): 7 Milliarden €!)

Alle Leistungsanbieter sind auf die betriebswirtschaftliche Quersubventionierung durch die Einnahmen aus den Privatversicherungen angewiesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Michael Boddenberg (CDU): 7 Milliarden €!)

Kein einziger Betrieb – ob ein niedergelassener Arzt oder ein Krankenhaus – wäre in der Lage, wirtschaftlich zu existieren, wenn er diese Einnahmen nicht hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich glaube, Sie haben diesen Antrag auch nur eingebracht, um die SPD hier etwas in Gewissenskonflikte zu bringen: ob sie diesem Antrag zustimmt oder zu dem hält, was in Berlin beschlossen wurde. Das ist legitim. Das ist in Ordnung. Auch die FDP hat hier versucht, uns ein bisschen zu ärgern. Auch das ist legitim. Das belebt die Debatte.

(Zurufe von der FDP und der CDU)

Während Sie von der FDP immer angeboten haben, zwischen CDU und GRÜNEN Brücken zu bauen, möchten wir Ihnen das herzliche Angebot unterbreiten, in dieser Frage mit unserem Antrag eine Brücke zwischen FDP und GRÜNEN zu bauen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sehr schön!)

Wir verstehen aber auch die Sorgen, die im vorliegenden Antrag der FDP, in Stellungnahmen von Landtagen und Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern zum Ausdruck gebracht werden. Bis November dieses Jahres muss vom Gesundheitsministerium geklärt werden, welche finanziellen Auswirkungen die Einführung des Gesundheitsfonds für die Kassen in einzelnen Bundesländern haben und wie die Belastungsobergrenze von 100 Millionen € im Jahr pro Bundesland eingehalten werden kann, und es muss der bundeseinheitliche Beitragssatz berechnet und genannt werden. Die Fortsetzung der Spekulationen über einen vergleichsweise hohen Beitragssatz verunsichert Arbeitnehmer und -geber in ihrer Funktion als Beitragszahler.

Wie Sie wissen, werden die vom Gesundheitsfonds eingezogenen Beiträge der Versicherten, ihrer Arbeitgeber, der Rentenversicherungsträger sowie die staatlichen Zuschüsse an die Krankenkassen verteilt. Das ist eine Pauschale von etwa 160 € pro Mitglied – modifiziert um Zu- und Abschläge, in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht sowie chronischen Erkrankungen der Mitglieder. Diese Gelder werden an die Kassen verteilt. Nach Gutachterberechnungen von Rürup und Wille – publiziert im Januar 2007 – zahlen die Hessen demnach 59 bis 64 Millionen € mehr ein, als ihre Krankenkassen im Land erhalten. Der Redner der FDP hat vorgetragen,

(Zuruf von der FDP: Das war Herr Rentsch!)

dass von einem Kieler Institut eine dreistellige Millionenzahl publiziert worden sei. Diese Differenz kommt dadurch zustande – das kann ich Ihnen erklären –, dass hierbei der bisherige RSA mit einbezogen worden ist. Die Zahlen von Rürup und Wille betreffen die neuen Zahlen, also diejenigen, die zusätzlich daraufgesattelt werden.

Nach der Konvergenzregelung wären die Belastungen begrenzt und durch Zahlungen des Gesundheitsfonds zu einem kleinen Teil vorübergehend gemildert. Gemäß dem aktuellen Gutachten von Wasem, Buchner und Wille würden die hessischen Krankenkassen einen kleinen Ausgleich erhalten. Es ist für uns trotzdem alarmierend, wenn der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse, Herr Klusen, in einem „FAZ“-Interview vom 23.02.2008 zu dem Schluss kommt: „Hessen wird zu den Verlierern zählen.“ Wenn dem so wäre – jedoch wäre hierbei schon der Eindruck gefährlich –, wäre das dem Bürger wirklich schwer zu vermitteln. Hessen ist im Länderfinanzausgleich nicht nur der größte Geber; Hessen würde zugleich zum Subventionierer der Krankenkassen der gesamten Nation.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies muss verhindert werden. Deshalb muss es begrenzt werden. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Am Ende darf es nicht eintreten, dass die Kassen der Nehmerländer den Patienten bessere Leistungen sowie den Leistungserbringern höhere Honorare zahlen können als die der Geberländer.

Es ist bei dieser Diskussion wenig hilfreich, wenn ein im Auftrag der Bundesregierung tätiger Gutachter sagt, dass

er von der Konvergenzregelung eigentlich nicht viel halte. Es ist auch nicht richtig, wenn der Vorsitzende der Bundes-AOK, Herr Ahrens, sagt, man könne den Gesundheitsfonds auch ohne Konvergenzregelung einführen. Dies widerspricht dem, was in Berlin beschlossen worden ist. Es widerspricht auch der Geschäftsgrundlage der Großen Koalition in Berlin. Wir vertrauen natürlich darauf, dass die Bundesgesundheitsministerin uneingeschränkt vertragstreue ist.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir hoffen es!)

Wir vertrauen auch darauf, dass die missverständlichen und zum Teil widersprüchlichen Eindrücke, die durch die Gutachten hervorgerufen worden sind, geklärt werden können. Hier müssen wir in den weiteren Ausschussberatungen gemeinsam aufpassen, Regierung und Parlament, dass die Interessen der Beitragszahler ausreichend berücksichtigt werden. Bei der Wahrung der Landesinteressen ist auch der Fortgang der Diskussion über eine länderübergreifende Haftung bei Insolvenzen von Krankenkassen zu beobachten.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Vorschlag der Bundesgesundheitsministerin sehr kritisch beachten, Teile der Umsatzsteuer, die den Ländern zustehen, dem Gesundheitsfonds zuzuführen, damit dieser dann allein für die Krankenhausfinanzierung, einschließlich der Investitionen, zuständig sein soll. Wir halten das von der Sache her für problematisch. Wir halten es aber auch deshalb für problematisch, weil dies zu einer neuen Umverteilung zulasten Hessens führen würde, da gerade das Bundesland Hessen in den letzten Jahren sehr viel mehr für die Krankenhausfinanzierung getan hat als der Durchschnitt der Bundesländer.

(Beifall bei der CDU)

Ein dringender Klärungsbedarf durch das Bundesgesundheitsministerium besteht bei der Berechnung des bundeseinheitlichen Beitragssatzes. Nach Berechnungen des Instituts für Gesundheitsökonomie in München, bestätigt durch die Berechnungen der großen Ersatzkrankenkassen TKK, KKH und BEK, würde der Beitragssatz 15,5 % betragen. Der derzeitige Durchschnittssatz beträgt 14,8 %. Das würde für 80 % der Bundesbürger eine Beitragserhöhung bedeuten.

Die Bundesregierung bezeichnet dies als unseriöse Spekulation. Das muss aber geklärt werden. Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass die Berechnungen Daten erfordern, die jetzt noch nicht vorliegen können. Das wissen wir – gerade aufgrund von externen Fachberatungen, wie etwa über die Einbeziehung chronischer Erkrankungen in den Morbiditätsausgleich. Im zuletzt erschienenen Ärzteblatt wurde unter Experten darüber gestritten, ob Decubitalgeschwüre hier einzubeziehen sind. Das erfordert jedoch Zeit. Letztlich muss die Spekulation beendet werden, damit auch die Unsicherheit beendet sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hoffen sehr, dass der heutige Durchschnittssatz nicht überschritten wird, denn nur dann können Wettbewerbselemente entwickelt werden. Ein niedriger Beitragssatz mit Zusatzprämien, Beitragsrückerstattungen sowie einem differenteren Leistungsspektrum führt zu einem Wettbewerb, der den jetzigen Wettbewerb durch unterschiedliche Beiträge ersetzen kann. Ein zu hoher Beitragssatz würde dies verhindern. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die folgenden Punkte müssen vom Bundesgesundheitsministerium unter Mithilfe von externem Sachverstand gelöst werden: keine ungerechtfertigten Belastungen für Hessen sowie die Beitragsstabilität. Erst wenn hierzu zuverlässige Aussagen aus Berlin vorliegen, können wir die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen bewerten. Die formulierte Bewertung des Gesundheitsfonds, wie sie uns aufgrund des Antrags der FDP vorliegt, ist für uns – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – nicht zustimmungsfähig, da sie zu pauschal und abschließend ist.

(Heinrich Heidel (FDP): Eieiei!)

Wir setzen auf sachliche Ausschussberatungen, damit die hessischen Beitragszahler – mit oder ohne Einführung des Gesundheitsfonds – nicht zu den Verlierern zählen werden. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Dr. Bartelt, vielen Dank. Meine herzliche Gratulation zu Ihrer ersten Rede in unserem Hause – und dies zu einem Thema, an das sich nicht jeder heranwagt.

(Beifall)

Herr Schaus, Sie dürfen trotzdem reden. Sie haben das Wort, bitte schön.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass langsam auch bundespolitische Themen Einzug in den Hessischen Landtag halten, weil sie letztlich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes genauso betreffen. Es ist sicherlich auch gut, dass ein so wichtiges Thema wie die Gesundheitspolitik hier einen entsprechenden Raum bekommt. Daher bin ich der FDP-Fraktion für ihren klaren sowie auch der Fraktion der GRÜNEN für ihren inhaltlichen Antrag durchaus dankbar.

Herr Rentsch, es ist mit Ihrem Beitrag sehr deutlich geworden, worum es hier geht. Sie haben davon gesprochen, dass die egoistischen Interessen eines Bundeslandes, nämlich Hessens, in besonderer Weise Berücksichtigung finden sollten. Sie haben damit die Gesundheitsreform, insbesondere den Gesundheitsfonds, kritisiert.

Auch wir kritisieren den Gesundheitsfonds. Damit sind wir nicht alleine, und wir schließen uns der Kritik, die insbesondere seitens der Gewerkschaften gekommen ist, an. Wir sehen das genauso wie Sie, dass nämlich ein bürokratischer Moloch aufgebaut wurde, bei dem es mit dieser entsprechenden Organisationsform letztendlich darum ging – Herr Dr. Bartelt, Sie haben dies bereits dargelegt –, die Bürgerversicherung vom Tisch zu bekommen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es notwendig und sinnvoll ist, eine Bürgerversicherung einzuführen, in die auch tatsächlich alle einzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch die einzige Gemeinsamkeit, die wir als LINKE mit dem Antrag der FDP haben, nämlich den ersten Satz.

Was Sie wollen, ist deutlich geworden. Herr Rentsch, wenn Sie von Kassensozialismus sprechen, geht es Ihnen in der Tat um die Schaffung einer Konkurrenzsituation bei

Krankheit. Das wollen wir nicht. Wir sehen die Kassen nach wie vor als eine Solidargemeinschaft an, in die alle – ich betone: alle – solidarisch einzubezahlen haben und in gleicher Weise die gleichen Leistungen erhalten – ich sage das ganz bewusst – und sowohl für die gesetzlich Versicherten als auch für die privat Versicherten daraus entsprechende Ansprüche entstehen. Nichts anderes sollte unsere Leitlinie sein; denn Krankheit oder, besser gesagt, Gesundheit ist nicht teilbar. Insofern ist es auch nach wie vor zu kritisieren, dass z. B. wie vor einiger Zeit der Bundesvorsitzende der Jungen Union dafür geworben hat, dass an Achtzigjährigen keine Hüftgelenkoperationen mehr durchgeführt werden sollen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): So ist das in England! Sozialistisches System! – Peter Beuth (CDU): Das stimmt doch gar nicht! Das ist falsch!)

– Ich diskutiere über Deutschland und über die Junge Union. Herr Hahn, ich würde das in England genauso kritisieren,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

wenn es wie in Deutschland nicht vorgenommen werden würde. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie das für Deutschland rechtfertigen, wenn Sie hier England ansprechen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein! Das sind die Folgen eines sozialistischen Systems! – Gegenruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD): Ha, ha, ha!)

– Das ist doch Unsinn. Herr Hahn, Gesundheit und Krankheit sind unteilbar. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso es in konkreten Krankheitsfällen ein Ein- oder Zwei- bzw. Dreiklassensystem geben soll, das dazu führt, dass unterschiedliche Behandlungen und unterschiedliche Gesundungen erfolgen bzw. die Krankheit fortbesteht.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist eine wichtige Grundlage unseres Solidarsystems. Sie muss solidarisch ausgebaut und weiterentwickelt werden. Aus unserer Sicht ist es auch nicht sinnvoll, dass die Krankenkassen in der Höhe ihres Beitrages konkurrieren, sondern die Kassen sollten über ihre Angebote, über ihren Service, über Präventionsmaßnahmen konkurrieren, um Krankheiten zu vermeiden und die Gesundheit zu erhalten. Da muss viel mehr investiert werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb sprechen wir uns auf der Grundlage dessen, was Sie, Frau Schulz-Asche, hier vorgetragen haben und was auch in dem Antrag der GRÜNEN steht, dafür aus: Wir wollen, dass die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in eine Solidarkasse erfolgt. Wir wollen auch die Berücksichtigung aller Einkommensarten bei der Beitragserhebung. Es ist nicht einzusehen, wieso diejenigen, die über Kapitalvermögen und Gewinne daraus verfügen, hier nicht einbezogen werden sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen an dem Grundprinzip einer paritätischen Finanzierung bei Einkommen von abhängig Beschäftigten festhalten. Aber – das sage ich auch ganz besonders an die Adresse der GRÜNEN – wir wollen auch, dass die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird, damit z. B. wir als Abgeordnete nach unseren Abgeordnetenentschädigungen in angemessener Weise, d. h. in höherer Art und Weise, in die gesetzliche Krankenkasse einbezahlen. Das alles muss genauso gewährleistet sein wie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehegatten und Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern.

Insofern stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN in dieser Tendenz auch zu und hoffen sehr, dass es uns gelingt, durch diese Debatte dazu beizutragen, dass die Situation des Gesundheitsfonds weiter diskutiert und verbessert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluss aber auch noch sagen: Es nützt nichts, Kritik an der jetzigen Regelung zu üben und sie zu verhindern, sondern erst muss die Bürgerversicherung eingeführt werden, und dann ist es notwendig, dass ein Kassenausgleich vorgenommen wird. Denn ich sehe es z. B. nicht ein, wieso ich als langjähriger Versicherter einer gesetzlichen Krankenkasse, nämlich der AOK – in der bin ich schon seit meiner Ausbildungszeit, und da bleibe ich auch;

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

ich bin nicht privat versichert, wie viele in diesem Hause –, die z. B. noch bis Ende der Sechzigerjahre verpflichtet war, alle „Risiken“ aufzunehmen, all diejenigen, die kein Einkommen hatten, Familien mit vielen Kindern usw., entsprechende Kassenbeiträge zahlen muss. Hier muss es einen Ausgleich geben. Das ist auch im Interesse anderer Kassen, z. B. der Innungskrankenkassen. Es muss eine solidarische Finanzierung geben. Ob die Kopfpauschale, wie sie jetzt vereinbart wurde, der Weg ist, mag ich bezweifeln. Aber für uns als LINKE ist klar: Wir wollen den Erhalt der Solidarkasse, weil Gesundheit nicht zur Ware werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat Herr Dr. Spies für die SPD-Fraktion.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach einer nun doch eine gewisse Zeit andauernden Debatte, in der so viele sehr, sehr unterschiedliche Positionen zu dem ohne Zweifel sehr umfassenden Problem der gesetzlichen Krankenversicherung konstatiert worden sind, ist es vielleicht sinnvoll, das ein bisschen systematisch abzuschichten.

Entgegen der Reihenfolge der Tagesordnung werde ich mit dem Dringlichen Antrag der GRÜNEN anfangen, weil das ganz einfach ist: Der Dringliche Antrag der GRÜNEN ist, wenn man auf den ersten Satz verzichtet, richtig. Was wir brauchen, ist eine solidarische Bürgerversicherung. Wenn ich mir an der Stelle die Bemerkung erlauben darf: Das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung ist Kernbestandteil der Sozialdemokratie seit 140 Jahren. Dass es überhaupt eine soziale Krankenversicherung in Deutschland gibt, ist unzweifelhaft dem Druck von Sozialdemokraten vor 120 Jahren zu verdanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir heute überhaupt ernsthaft über eine Bürgerversicherung diskutieren und dass es zeitgemäße Modelle für eine Bürgerversicherung gibt, ist völlig unzweifelhaft mit der hessischen Sozialdemokratie und insbesondere mit der Person Andrea Ypsilanti verbunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bürgerversicherung heißt: alle von allem den gleichen Anteil. – Das ist ein sehr einfaches, ein sehr konsequentes

und ein solidarisches Konzept. Wir haben das einmal in Ruhe ordentlich aufgeschrieben. Ich würde mich freuen, das nachher Herrn Bartelt und Herrn Schaus, die beide neu in diesem Hause sind, vorbeizubringen, damit sie nachlesen können, wie das funktioniert und warum das richtig ist. Dann brauchen wir das hier nicht alle paar Wochen wieder zu diskutieren. Es droht ja, dass die FDP die Bundesgesundheitspolitik wieder im Vierwochenabstand zum Setzpunktthema macht, was vielleicht doch den Aufgaben dieses Hauses nicht ganz angemessen wäre. – Bürgerversicherung bedeutet: alle von allem den gleichen Anteil.

Wenn Herr Hahn eben über den Tisch hinweg ausgerechnet angelsächsische Wohlfahrtsmodelle als „sozialistisch“ bezeichnet, dann würde ich empfehlen, ein bisschen zu gucken, wo das Wort sozialistisch herkommt. Ganz ehrlich: Beveridge hat mit Sozialismus nicht im Entferntesten etwas zu tun gehabt. Wahrlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist falsch!)

– Herr Kollege Hahn, richtig ist allerdings, dass der National Health Service in England in den Fünfziger- und Sechzigerjahren ein international beispielgebendes Modell war – so lange, bis eine Frau Thatcher, die geistig Ihrer Partei deutlich näher steht, an die Macht kam und das Ganze ruiniert hat. Denn man kann auch gute Modelle kaputt machen. Daran gibt es keinen Zweifel.

Herr Boddenberg hat dazwischengerufen: „Das wäre dann eine Steuer.“ Herr Boddenberg, wir können das gerne in Ruhe vertiefen; denn das ist eine spannende Frage. Steuern sind nicht zweckgebunden, Krankenversicherungsbeiträge sollten es sein. Deswegen macht eine Steuer an der Stelle keinen Sinn.

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn ich Sie nicht hätte!)

Das ist überhaupt der einzige markante Unterschied. Aber wir können auch das gerne einmal vertiefen.

Meine Damen und Herren, der Aufhänger, warum die FDP heute über den Gesundheitsfonds redet, ist in Wahrheit die Gesundheitsreform 2006. Jetzt lassen Sie mich klarstellen: Die Gesundheitsreform 2006 ist eine Erfolgsgeschichte. 115.000 Personen, die bislang keine Krankenversicherung hatten und die dem Risiko von Krankheit schutzlos ausgeliefert waren, sind in den Kreis der Versicherten zurückgekehrt. Im Jahre 2007 gab es bei den Impfungen eine Steigerung um 71 %, weil Impfungen Bestandteil gesetzlicher Krankenversicherungsleistungen sind.

15-prozentige Steigerung der Eltern-Kind-Kuren, weil Eltern-Kind-Kuren Bestandteil der gesetzlichen Krankenversicherung sind. 20 % weniger Zuzahlungen zu Medikamenten, weil durch Rabattverträge Zuzahlungsverpflichtungen weggefallen sind. 6 Millionen Menschen haben sich in Hausarztverträge eingeschrieben. Die Selbsthilfe wurde fundamental gestärkt, die Finanzierung von Hospizen verbessert, die Palliativversorgung zum Bestandteil der gesetzlichen Krankenversicherung und, meine Damen und Herren, Bürokratie abgebaut, gerade für Ihre Freunde auf der rechten Seite, nämlich im Bereich der Arbeitgeber, denen die Arbeit einfacher gemacht wurde. Im Bereich der Dienstleister im Gesundheitswesen, der Leistungserbringer, wird durch die Umstellung der Honorierung auf feste Eurobeträge einem jahrelangen Wunsch entsprochen, wodurch die Honorie-

rung für die Betroffenen vorhersehbarer und klarer ist. Also, meine Damen und Herren, in jeder Beziehung eine Erfolgsgeschichte.

Jetzt kommen wir zum Fonds. Was ist dieser Fonds? Dieser Fonds ist vor allen Dingen eines, nämlich maßlos überhöht, wenn ich mir vorhin angehört habe, was da alles für gefährliche Sachen drinstecken sollen. Herr Rentsch und Frau Schulz-Asche haben ausgeführt, auch Herr Schaus, wie das alles das Gesundheitswesen derangiert. Der Fonds ist doch eine ganz einfache Sache. Der Fonds ist der neue Name für den Risikostrukturausgleich, weil die CDU vor der Bundestagswahl 2005 im Programm stehen hatte: „Der Risikostrukturausgleich muss weg“, und hinterher begriffen hat, dass das nicht geht. Damit das nicht so peinlich ist, heißt der Risikostrukturausgleich jetzt Fonds, und dafür wird er endlich ordentlich gemacht, und das, meine Damen und Herren, ist auch gut so.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Der Risikostrukturausgleich – nichts anderes ist der Fonds – ist eine elementare Voraussetzung dafür, dass das, was gerade die FDP immer haben möchte, nämlich Wettbewerb im Gesundheitswesen, überhaupt sachgerecht möglich ist. Wettbewerb im Gesundheitswesen kann in keinem Fall ein Wettbewerb um die Gesunden sein. Jetzt wird eine Versicherung, die besonders viele schwer chronisch Kranke hat, z. B. Diabetiker, über kurz oder lang unglaublich teuer werden, wenn sie nur Kranke versichert. Krankenversicherungen sind im ökonomischen Wettbewerb gehalten, möglichst nur Gesunde zu haben. Dann haben sie nämlich keine Ausgaben. Das ist offenkundig unsinnig. Das ist offenkundig Blödsinn. Krankenversicherungen sind für eine ordentliche Versorgung der Menschen da. Deshalb muss man genau diese Motivation ausschalten. Deshalb gibt es den Risikostrukturausgleich. Deshalb wird er jetzt endlich vernünftig gelöst, was – auch das will ich gern zugeben – viel zu lange gedauert hat, weil sich die Union über lange Zeit der rot-grünen Bundesregierung verweigert hat, an dieser Stelle überhaupt konstruktiv mitzuarbeiten. Auch das ist ein Erfolg und ein Erfolg des Fonds.

Meine Damen und Herren, mehr steckt in diesem Fonds beim besten Willen nicht drin. Das kann man auch nicht größer machen, als es ist. Wenn jetzt jemand erzählt, dieser Fonds würde die Finanzierungsprobleme nicht lösen, ist dies richtig. Das tut er nicht. Dafür ist er auch nicht da, weil nämlich die Frage der Neugestaltung der Finanzierungssysteme in der Großen Koalition nicht geklärt wurde, weil zwei grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen einander gegenüberstehen. Das haben wir doch heute in epischer Breite hier schon gehört. Deshalb ist es völlig abwegig, zu beklagen, dass der Fonds – auf einmal eine plötzliche Erkenntnis – dies nicht leisten würde. Dafür war er niemals da.

Nein, meine Damen und Herren, wichtig ist ein guter, funktionstüchtiger Risikostrukturausgleich, der dafür sorgt, dass sich Krankenkassen um Kranke bemühen und nicht um Gesunde, dass sie sich um die Versorgung von Kranken bemühen und nicht darum, möglichst keine Kranken zu versichern. Genau das wird mit der gegenwärtigen Regelung jedenfalls deutlich besser erreicht als in der Vergangenheit. Dass das nicht hundertprozentig klappt, wusste jeder vorher und weiß heute jeder. Wer einen ökonomischen Wettbewerb der Krankenkassen haben will, muss einrechnen, dass dieser Faktor niemals hundertprozentig eliminiert werden kann. Aber wenigstens

kommen wir jetzt ein ganzes Stück weiter als in der Vergangenheit.

Dann kommen wir zu der aktuellen Debatte. Ich habe mit großem Interesse die zeitlichen Abläufe gesehen. Der Antrag, den die FDP-Fraktion heute gestellt hat, ist nicht ganz neu. Er stand nämlich am 17. Januar schon im Deutschen Bundestag zur Debatte, und am 15. April wurde er hier eingebracht, pikanterweise fünf Tage nach der Veröffentlichung des Wille-Gutachtens zum Fonds, interessanterweise unter völliger Missachtung genau dieses Gutachtens. Das ist das, was der aktuelle Streit ist: Wir Hessen werden angeblich gebeutelt.

Schauen wir uns jetzt noch einmal genau an, wovon da die Rede ist. Wir reden über § 272 SGB V. Der sieht vor, dass Länder, die besonders hohe Ausgaben haben und die deshalb mit der Einführung des Fonds einen Zusatzbeitrag erheben müssten, einen Ausgleich bekommen. Es ist die hessische Überteuerung, die Tatsache, dass die Ausgaben in Hessen höher sind als woanders – in Bayern und in Baden-Württemberg noch viel schlimmer –, die dazu führt, dass wir einen Ausgleich bekommen sollen, weil wir höhere Ausgaben haben, und die Sachsen, die es offenkundig so dicke haben, haben ein Gesundheitswesen, das deutlich preiswerter ist. Von denen würden jetzt 300 oder mehr Millionen zum Ausgleich in reiche Bundesländer fließen.

Meine Damen und Herren, da haben Herr Wille und Herr Wasem allerdings recht. Das ist wirklich ein Gedanke, der einer solidarischen Krankenversicherung zutiefst fremd ist, wie überhaupt die Vorstellung dieses Regionalausgleichs der solidarischen Krankenversicherungen zutiefst fremd ist. Tatsächlich findet nämlich die Verteilungskorrektur innerhalb der Regionen statt. Das, was in einer bestimmten Region mehr erwirtschaftet wird, führt dazu, dass dort das Gesundheitswesen schon seit Langem eher höhere Ausgaben hat. Jetzt schaffen wir einen völlig wesenfremden Kreuz- und Quertransfer, indem wir eine völlig abwegige Kategorie, nämlich diesen vermeintlichen Ausgleich zwischen Ländern, aber nur auf der Ausgaben- und nicht in der Gesamtkonstruktion, einführen.

Das Ganze ist, mit Verlaub, grober Unfug. Es ist nur deshalb drin, weil auf den letzten Drücker Herr Stoiber zu der Erkenntnis kam, er müsse dort irgendetwas tun, damit er etwas für Bayern getan hat; und weil in Bayern demnächst Landtagswahl ist, gibt es in Bayern eine große Aufregung über den Fonds, und alle plappern es nach. Das müssen wir hier nicht tun.

(Michael Boddenberg (CDU): Aha!)

An einer Stelle möchte ich allerdings Herrn Schaus entschieden widersprechen.

(Michael Boddenberg (CDU): Nein!)

Ich finde es überhaupt nicht begrüßenswert, dass wir in diesem Landtag so lange über bundespolitische Themen reden. Ich finde das im Gegenteil sehr bedauerlich. Herr Rentsch, die Tatsache, dass Sie den Setzpunkt zur Gesundheitspolitik allein mit einem Thema gefüllt haben, das kein landespolitisches ist, ist bedauerlich.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, Herr Rentsch, nach den Alternativmöglichkeiten zu schauen und nachzusehen, was eigentlich das FDP-Landtagswahlprogramm für die Landespolitik in den Gesundheitsfragen vorsieht. Wenn man den umfänglichen Teil zu bundespolitischen Themen, die uns hier nun einmal doch deutlich weniger betreffen, weil die an anderer Stelle zu diskutieren und zu

entscheiden sind, einmal weglässt, stellt man auf einmal fest, Herr Rentsch, dass sozialliberale Kooperation geradezu der Königsweg ist, um das Gleichgewicht zwischen Fürsorge und Freiheit in hessischer Gesundheitsversorgung hier bei uns zu erreichen.

(Florian Rentsch (FDP): Jetzt kriege ich aber Angst!)

Da steht drin, Sie wollten mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Ja, Herr Rentsch, das würde ich gern mit Ihnen gemeinsam machen, nämlich die Selbsthilfe stärken. Die SPD-Fraktion hat im letzten Jahr einen großen Selbsthilfetag gemacht, den Andrea Ypsilanti eröffnet hat. Sie sehen, das Thema hat bei uns eine große Bedeutung.

Dann kommt das Thema Prävention und Vorsorge, damit Menschen in der Lage sind, sich eigenverantwortlich um ihre Gesundheit zu kümmern. Auch da gäbe es viel zu tun. Es waren Frau Lautenschläger und Ihre Landesregierung, die das Präventionsgesetz zu Fall gebracht haben. Vielleicht würden wir für Hessen gemeinsam da eine Stärkung erreichen.

Dann sprechen Sie von der Stärkung der Palliativmedizin. Wenn ich an die Debatte vom letzten Jahr zurückdenke, wo wir genau das mehrfach diskutiert haben, kann ich mich entsinnen, dass es gerade auf der Ebene zwischen der FDP, den GRÜNEN und uns eine hohe Übereinstimmung in der Frage gab, wie der Bereich der Palliativmedizin verbessert werden kann.

Oder reden wir von der Stärkung der Familie, wenn sie Pflege übernimmt. Reden wir von der erweiterten Honorarverteilung. Meine Damen und Herren, da gab es das Phänomen – das hätte früher keiner geglaubt –, dass ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf insbesondere von der FDP an dieser Stelle Zustimmung erfuhr. Möglicherweise ist auch das ein Thema, das wir landespolitisch angehen können und müssen, an dem wir gemeinsam arbeiten können.

Sie beklagen die Regressforderung. Auch hier bin ich mit Ihnen in dieser Sorge einig, dass wir dafür sorgen müssen, dass unsinnige und falsche Regressforderungen keinesfalls eintreten dürfen, wie überhaupt das Thema Selbstverwaltung ein wichtiges ist, wir aber in der Frage der Selbstverwaltung wie in der Klärung der Budgetüberschreitungen deutlich mehr Effizienz brauchen. Da sind wir uns, glaube ich, völlig einig, dass im Umgang mit der KV und in der Frage der Berechnung der Arzthonorare diese Landesregierung vor eineinhalb Jahren ein geradezu katastrophales Bild abgegeben hat. Ich bin sicher, da hätten wir gemeinsam aus durchaus unterschiedlichen Blickwinkeln ein hervorragendes und deutlich besseres Ergebnis erreicht und viele der Sorgen, gerade der niedergelassenen Ärzte, um ihr Honorar, aber auch die Angst vor Bankrott und Pleiten ganz anders abwenden können, wenn man die landespolitische Aufgabe – ich rede nur von der landespolitischen Aufgabe, eine Selbstverwaltung einer vernünftigen Kontrolle zuzuführen – gemeinsam gestaltet hätte.

Wenn ich sehe, wie die Befürchtungen angesichts des EBM 2008 sind, dann sage ich Ihnen allerdings: Da sollten wir dringend etwas tun. Warum sollte es jetzt gleich funktionieren, wenn es in der Vergangenheit nicht funktioniert hat? Herr Rentsch, vielleicht wäre eine Ausrichtung auf landespolitische Fragestellungen viel sinnvoller. Sie stellen fest, da gibt es große Übereinstimmungen.

Ambulant vor stationär – ja, genau das. Flächendeckende Sicherung der ambulanten Versorgung, bessere Nachbetreuung und eine Weiterentwicklung der Krankenhauskonferenzen – Herr Rentsch, wir wollten schon in der vorletzten Legislaturperiode im Krankenhausgesetz eine Stärkung der regionalen Konferenzen als Vernetzungsinstitution auch über den Krankenhausesektor hinaus. Ich glaube, auch an der Stelle würden wir sehr schnell zusammenkommen, wenn es darum geht, die Kooperation ambulant/stationär im Dienste der Leistungserbringer, aber gleichermaßen im Sinne der Patienten zusammenzubringen.

Wenn Sie dann das Belegärztesystem stärken wollen: In meinem Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es ein hervorragendes Belegkrankenhaus. Das ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Situation, sondern eine Frage der Patientenzentriertheit der Medizin. Das ist der einzige Ort, an dem die Kooperation ambulant/stationär so gut funktioniert, dass der Patient tatsächlich im Mittelpunkt steht und nicht die Institution. Auch an der Stelle finden wir große Übereinstimmungen.

Das Gesundheitswesen ist eine Wachstumsbranche. Sie bietet für Hessen große Optionen in der Wirtschaftsentwicklung, aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat vor einigen Jahren einen Masterplan Gesundheitswirtschaft vorgelegt, um diesen Zukunftsbereich zu stärken. Herr Rentsch, lassen Sie mich das noch einmal sagen: Eine sozialliberale Kooperation in diesen Fragen – das sollten wir doch einmal in Ruhe miteinander besprechen – wäre der Königsweg zur Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz und zur Zusammenführung der Fürsorge wie der Wirtschaftlichkeitsforderung im Gesundheitswesen. Das ist eine landespolitische Perspektive, und die können und sollten wir gemeinsam angehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Amen!)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Spies. – Ich erteile Herrn Kollegen Rentsch das Wort für eine Kurzintervention.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Kollege Dr. Spies, erst einmal vielen Dank für Ihre sympathische Rede in diesem neuen Landtag. Die Umgangsformen haben sich unglaublich geändert. Zum Zweiten passen wir heute von den Krawattenfarben gut zusammen: ich als Liberaler mit einer roten Krawatte, und Sie mit einer gelben Krawatte.

Herr Kollege Dr. Spies, ich habe mich wegen zweier Punkte gemeldet, die mir sehr wichtig sind. Der erste Punkt ist das Thema England. In Großbritannien gibt es ein staatlich organisiertes System, das sich sehr ähnlich anhört wie die Überlegungen von Ulla Schmidt. So ein System wollen wir nicht. Ich bin froh, wenn Sie sagen, Sie wollen so etwas auch nicht: staatlich organisiert, ohne freie Berufe und mit Zuteilungsmedizin. Wenn wir uns hier einig sind, sind wir ein ganzes Stück weiter. Sie sollten das dann aber auch nach Berlin zu Ihrer Bundesgesundheitsministerin kommunizieren.

Zweitens. Ich freue mich, dass heute Frau Dr. Stüwe als Präsidentin der Landesärztekammer hier ist. Ich glaube,

dass für die Ärztinnen und Ärzte die bundespolitische Diskussion eine Auswirkung auf ihre Arbeit in Hessen hat.

(Beifall bei der FDP)

Es ist eben nicht nur eine bundespolitische Diskussion, die in Berlin geführt wird. Das muss uns gar nicht interessieren. Sie sind selber Mediziner, Sie sollten es selber wissen. Gehen Sie in hessische Praxen, schauen Sie, mit welcher Bürokratie und mit welchen Problemen sich die Ärzte in Hessen herumschlagen müssen. Gehen Sie in die Krankenhäuser. Schauen Sie sich die Auswirkungen des Krankenhaussonderopfers an, das die Bundesregierung verabschiedet hat und das die Krankenhäuser in schwierige Situationen bringt. Dort muss rationiert werden. Das ist doch nicht logisch, das ist doch nicht nachzuvollziehen.

Deshalb müssen wir hier feststellen: Natürlich hat das, was in Berlin gemacht wird, eine konkrete Auswirkung für hessische Ärztinnen und Ärzte, ob niedergelassen oder im Krankenhaus angestellt. Es ist ein Problem, dass die Gesundheitsversorgung durch die Reform von Frau Schmidt immer schlechter wird. Wenn wir gemeinsam etwas dagegen tun wollen, bin ich sehr begeistert. Sie haben recht, unser Wahlprogramm bietet eine ganze Reihe von Möglichkeiten, initiativ zu werden. Allerdings darf man dann nicht nur die Überschriften lesen. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Fließtext auch immer so gut gefällt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nichtsdestotrotz bin ich gerne bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Wir haben eine Menge an Problemen auf Landesebene zu klären. Wenn Sie dazu beitragen, dass es den Medizinern auf der einen Seite und den Patienten auf der anderen Seite in Hessen besser geht, freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herr Kollege Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Lieber Herr Kollege Rentsch, nicht dass wir uns missverstehen: So groß ist die Liebe denn doch noch nicht – auch wenn das Gelb heute ausdrücklich für Sie gewählt war und der blaue Hintergrund dazu auch;

(Heiterkeit – Florian Rentsch (FDP): Die rote Krawatte ist extra für Sie!)

ich habe die rote Krawatte bei Ihnen ähnlich verstanden –, dass wir die grundsätzlichen Positionen, die die Gesundheitspolitik auf Bundesebene angehen und bei denen wir durchaus unterschiedliche Auffassungen haben, deswegen negieren oder sie nicht zum Disput stellen.

Ich glaube allerdings, wir sind sehr nah beieinander, trotz der Kritikpunkte, die Sie eben noch einmal angebracht haben. Dass viele der niedergelassenen Kollegen sich über eine Fehlkonstruktion beklagen, die mehr Bürokratie bedeutet, darüber bin ich mit Ihnen einig. Man muss aber sehr genau gucken, welche Teile davon landespolitische Aufgaben sind, an welchen Stellen die landespolitische Aufgabe darin bestünde, hier Aufsicht auszuüben und dafür zu sorgen, dass die Effizienz der Selbstverwaltung steigt. An der Stelle wären wir gut beraten, zu-

sammenzuarbeiten, weil da die Übereinstimmung, die ich eben beschrieben habe, sehr hoch ist.

Deshalb mache ich noch einmal ausdrücklich das Angebot, dass wir in diesen Fragen, in denen wir landespolitisch über Gesundheitspolitik reden und in denen wir uns weit- aus näher sind, als wenn wir die große bundespolitische Klammer davor setzten, zusammenarbeiten. Wir müssen in den landespolitischen Fragestellungen sehr genau prüfen, wie viele gemeinsame Projekte unter den besonderen Bedingungen dieses Landtags anstehen und erreichbar sind. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir da in der Kooperation weiter kommen, als es in der Vergangenheit war oder als es die bundespolitischen Auseinandersetzungen immer wieder nahelegen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Spies. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Lautenschläger das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht liegt es an dem lichtdurchfluteten Landtag, dass so viele Gemeinsamkeiten aufgedeckt werden. Also formuliere ich es auch so, dass jeder auch einen Teil davon hat: Der Gesundheitsfonds hat Licht und Schatten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Es ist auch künstliches Licht dabei!)

Vielleicht kommt das dann jeder Fraktion ein wenig entgegen. Wir haben hier schon häufiger Licht und Schatten des Gesundheitsfonds diskutiert. Es geht darum, bestimmte Bereiche in der Gesundheitspolitik auf einen Weg zu bringen. Als Landesregierung haben wir immer klar dazu gesagt, dass wir uns an einigen Stellen, gerade was den wettbewerblichen Bereich angeht, ein wesentlich konsequenteres Vorgehen gewünscht hätten. Das war in der bundespolitischen Konstellation nicht machbar. Klar ist aber auch, mit dem GKV-WSG sind einige Dinge auf den Weg gebracht worden, die dringend notwendig waren. Das betrifft sowohl das Vertragsrecht der Ärzte bei der Frage von Wahlтарifen und von Hilfsmitteln als auch die ausdrückliche Verankerung des Wettbewerbsrechts im § 69 SGB V. Damit ist eine größere Transparenz hineingekommen, und es entstehen mit dem Wettbewerbsrecht neue Möglichkeiten.

Klar ist aber auch, durch das Festhalten an einem lohnbezogenen Beitragssystem wurden Wachstumsimpulse für den Arbeitsmarkt verhindert. Auf der anderen Seite schafft der Gesundheitsfonds aus unserer Sicht durch die Trennung von einkommensbezogenen Beitragseinnahmen und risikoorientierten Einnahmen der Krankenkassen einen Weg dorthin – der aus meiner Sicht durchaus nicht unterschätzt werden darf –, dass es eine gemeinsame Pauschale gibt, die Risikokomponenten beinhaltet. Zusätzlich wird Freiraum gelassen, sich darum zu bemühen, dass die eigenen Versicherten gesund bleiben oder möglichst schnell gesund werden.

Wenn ich mir persönlich auch weitere Anreize gewünscht hätte, damit der Patient, der Versicherte mehr mitsteuern kann – da sind wir sicherlich nur einen Schritt des Weges gegangen, das muss ausgebaut werden –, so denke ich, dazu werden wir neue Konstellationen brauchen. Herr Kollege Spies, bei Ihnen kann ich auch nach wie vor nur

den Ansatz finden, dass Sie überlegen, wie Sie in diesem System weiter regulieren und weitere Einschränkungen vornehmen können.

Da hoffe ich sehr, dass Sie, wenn wir im Landtag über das Land Hessen diskutieren, nicht auch noch die hessischen Kassen, die Krankenhäuser und die Ärzte mit Ihrer Regulierungswut treffen wollen, sondern dass wir Gestaltungsspielraum erhalten,

(Beifall bei der CDU)

den wir in den letzten Jahren für die Krankenhausesite ausgebaut haben, aber auch auf eine Finanzierungsgrundlage gestellt haben, die sich bundesweit sehen lassen kann. Denn wir waren das Land, das bei der Krankenhausfinanzierung ausgebaut und eben nicht abgebaut hat und das es gleichzeitig geschafft hat, festzuschreiben, dass gerade im ländlichen Bereich – darum geht es, wenn wir über Krankenhäuser reden – die Notfallversorgung gesichert bleibt. Das ist uns bundesweit als Ersten gelungen. Andere fangen jetzt an, das aufzunehmen. Aber das muss ohne Überregulierung, ohne neue Vorschriften geschehen, sondern so, dass vor Ort der Beruf überhaupt ausgeübt werden kann. Dort, wo das Land es mitregeln kann, werden wir es immer so halten, dass wir die Verantwortung vor Ort in die Selbstverwaltung hineingeben. Aber wir werden natürlich auch schauen, wie das mit dem Gesundheitsfonds auf der Bundesebene aussieht.

In der Debatte wurden einige der ganz schwierigen Punkte schon angesprochen. Dazu gehören der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich und auch der Rücktritt des Wissenschaftlichen Beirats. Dort ist nach wie vor eine ganze Reihe von Fragen offen, wenn es um die Umsetzung geht. Wenn wir jetzt in die Umsetzungsphase kommen bei der Ausgestaltung von Verordnungen, muss klar darauf geachtet werden, dass Fehlanreize verhindert werden. Dass ein Risikostrukturausgleich mit Morbiditätsorientierung eingeführt wird, halten wir grundsätzlich für richtig. Das muss aber so geschehen, dass nur ein Teilbereich abgedeckt wird, sodass es das Ziel einer Krankenkasse bleibt, möglichst nicht alle Patienten, die es noch nicht sind, krank zu machen, sondern weiterhin präventiv tätig zu werden und vernünftige Programme einzuführen.

Es wird noch eine ganze Menge Diskussionsbedarf geben. Als Landesregierung werden wir im Bundesrat, wenn Verordnungen vorgelegt werden – einige davon bedürfen der Zustimmung des Bundesrats –, sehr genau schauen, wie das in Zukunft geregelt wird. Die Gutachten liegen vor, aber es gibt noch eine ganze Menge Dissens auszuräumen, damit es zum Schluss auch funktionieren kann.

Auf der anderen Seite gibt es die Konvergenzregelung. Heute sind eine ganze Menge Zahlen in den Raum gestellt worden. Ich bin Dr. Bartelt ausgesprochen dankbar, dass er versucht hat, die Reihenfolge der Gutachten aufzugreifen; denn wir reden inzwischen über viele unterschiedliche Zahlen. Einig sind wir uns wahrscheinlich darüber, dass wir keine Verschlechterung der Situation der Patienten in Hessen wollen. Selbstverständlich gehört aber auch dazu, dass wir bei der Konvergenzregelung – Herr Dr. Spies, ich glaube, Sie müssen genauer hinschauen, warum sie eingeführt worden ist, wie es heute ist

--

(Dr. Thomas Spies (SPD): Damit der Stoiber einen dicken Max machen konnte!)

– Herr Dr. Spies, Sie können sich einmal mit den hessischen Ärztinnen und Ärzten zusammensetzen und darüber reden, wie es aussieht. Auf der einen Seite reden wir über einen Ausgleich im Gesundheitsfonds. Auf der anderen Seite haben wir bestehende Vergütungssysteme.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ja, Frau Ministerin, auch das haben Sie letztes Jahr nicht ordentlich gelöst!)

– Herr Dr. Spies, Sie werfen alles durcheinander. Aber wir können uns gerne am Rande des Plenums zusammensetzen. Dann kommen wir auch auf diese Frage.

Wir haben bestehende Vergütungssysteme, und zugegebenermaßen gibt es in Bayern andere als in Schleswig-Holstein oder Sachsen. Dadurch kommt jetzt das verrückte Ergebnis bei den Gutachten heraus, von dem Wille und Wasem deutlich sagen: So kann es nicht funktionieren, weil mit theoretischen Zahlen gerechnet wird. – Wir als Hessen würden, wenn das tatsächlich zuträfe, zu den Gewinnerländern zählen, weil dann Geld nach Hessen fließen würde. Ich schüttle dazu durchaus auch den Kopf, Herr Rentsch, aber selbstverständlich sagt das Gutachten aus, dass Geld aus Sachsen nach Hessen fließen würde. Hier entbehrt vieles einer gewissen Logik.

Das heißt aber auch, dass bisher im Grundsatz des Fonds oder in der Konvergenzklausel nicht Berücksichtigung gefunden hat, dass wir in den unterschiedlichen Landesteilen unterschiedliche Lebensverhältnisse haben, und zwar nicht nur deutschlandweit, sondern schon hessenweit.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Der ganze Paragraph ist falsch, den Stoiber gemacht hat! Es fehlen nur die Ähhs!)

Selbstverständlich muss das bei der Umstellung auf ein neues System eine Berücksichtigung finden. Deswegen werden wir uns mit diesen Gutachten, wenn sie Einfluss in die Verordnung finden, weiter intensiv auseinandersetzen. Denn wir werden selbstverständlich darauf achten, dass es keinen Nachteil für hessische Interessen gibt. Das ist unsere Aufgabe. So verstehen wir das, was wir als Landesregierung im Bundesrat begleiten werden. Deswegen wird es eine weitere Diskussion zu diesen Gutachten geben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie haben doch der Konvergenzklausel zugestimmt!)

Denn die Gutachter selbst haben deutlich gesagt, dass es im Moment nicht so funktioniert. Das wird aus meiner Sicht ganz klar aus den Gutachten. Deswegen wird das Bundesgesundheitsministerium gefordert sein, gemeinsam auf der Basis des Vereinbarung eine Lösungsmöglichkeit vorzulegen.

Als dritten Punkt, der beim Gesundheitsfonds noch nicht gelöst ist, nenne ich die Vorlage der Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen. Dort gibt es inzwischen Eckpunkte; denn auch dort ist klar, dass man nicht plötzlich zwischen unterschiedlichen Kassenarten umschichten kann. Es muss gewährleistet sein, dass Kassen, die bisher in einem anderen System gewirtschaftet haben, dadurch nicht in eine Schieflage kommen und gleichzeitig die Länder nicht weiter haften. Das heißt aber auch, dass wir selbstverständlich die Interessen des Landes Hessen im Bundesrat vertreten werden, wenn die Verordnung vorgelegt wird. Wir werden schauen, ob sie dem entspricht, was in den Eckpunkten jetzt vereinbart wurde, die aus meiner Sicht zumindest in diesem Punkt auf einem richtigen Weg sind.

Es gibt also nach wie vor eine ganze Menge offener Fragen auf dem Weg zur Umsetzung des Gesundheitsfonds, die auch daher kommen, dass gleichzeitig neue Vergütungsstrukturen im niedergelassenen Bereich umgesetzt werden sollen, die auch noch nicht vorliegen, aber gleichzeitig in Kraft treten sollen. Deswegen müssen wir gemeinsam abwarten, wie weit die Gespräche sowohl aufseiten der Selbstverwaltung als auch aufseiten des Bundesgesundheitsministeriums kommen, ob die Verordnungen rechtzeitig vorgelegt werden können und wie sich die Verordnungen auf den Gesundheitsfonds auswirken.

Das betrifft sowohl die Konvergenzregelung als auch die Frage: Wie wird ein vernünftiges System hergestellt, das nicht nur einen Finanzkraftausgleich bewirkt, sondern auch den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich an der richtigen Stelle einbezieht und gleichzeitig den Wettbewerb nicht verbaut? Es ist Ziel der Landesregierung, dass wir dort mehr Wettbewerb auf Dauer bekommen. In einigen Bereichen sehen wir schon klar die Auswirkung, dass es mehr Wettbewerb gibt. Aber in anderen Bereichen wird es künftig weiteren Nachbesserungsbedarf geben. Deswegen wird es dabei bleiben: Es hat Licht und Schatten, und es scheint für jeden in diesem Parlament etwas dabei zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. – Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Spies das Wort.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Böse Zungen sagen immer, der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat sei das erfolgreichste Instrument zur Verhinderung geordneter Gesetzgebung. Manchmal braucht es diesen Vermittlungsausschuss gar nicht. Manchmal gelingt das schon in Verhandlungen durch Zustimmung durch eine Landesregierung.

Frau Ministerin, wir wollen klarstellen: Diesem § 272 SGB V, von dem das Gutachten sagt, er sei inkonsistent, widersprüchlich und ganz und gar untauglich, das zu erreichen, was er erreichen soll, haben in diesem Haus lediglich Sie zugestimmt. Die Einzige, die Verantwortung für das Chaos trägt, das im Zusammenhang mit dem Gesundheitsfonds entstanden ist, nämlich mit dieser völlig unpraktikablen und völlig unsinnigen Konvergenzregelung, sind Sie in diesem Haus.

Tatsächlich ist diese Regelung überhaupt nur deshalb entstanden, weil Herr Stoiber auf den letzten Drücker einbringen wollte, dass er eine eigene Rolle spielt. Das Einzige, was an diesem Paragraphen fehlt, sind die Ähs, die Herr Stoiber sonst dazwischen gebracht hätte.

(Clemens Reif (CDU): Deshalb vergleichen Sie sich wohl gerne mit ihm?)

Meine Damen und Herren, diese Konvergenzklausel ist im Ansatz untauglich. Wenn Sie jetzt von der Verordnung reden, dann sage ich Ihnen: Die Verordnung über die Datengrundlage ist schon fertig. Die ist im Januar beschlossen worden. Wer hat der Datenberechnungsrechtsverordnung im Bundesrat zugestimmt? – Frau Lautenschläger; denn im Dezember wurde die Verordnung einstimmig angenommen.

Nein, meine Damen und Herren, wenn jemand für diese Konstruktion, die zu dem völlig aberwitzigen Ergebnis führt, dass Versicherte in Sachsen den Versicherten in Hessen einen mindestens zweistelligen Millionenbetrag überweisen müssen – das halte ich, Landesinteressen hin oder her, für zutiefst ungerecht, weil es den Leuten in Sachsen deutlich schlechter geht, da sie viel mehr Arbeitslosigkeit und auch sonst viel mehr Probleme haben –, in diesem Haus Verantwortung trägt, dann sind Sie es, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Posch:

Frau Staatsministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Dr. Spies, ich möchte noch einmal feststellen, dass die Verordnungen, die ich angesprochen habe, schon eine ganze Zeit auf dem Weg sind und dass deswegen auch die Ausgestaltung des Fonds noch nicht feststeht. Wir mussten leider erleben, dass ein Sachverständigenrat beim Bundesgesundheitsministerium seine Arbeit niedergelegt hat, weil die Zusammenarbeit nicht funktionierte.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Nein, weil er fertig war!)

Trotzdem versuchen wir immer wieder, diese Dinge in Zusammenarbeit in die richtige Richtung zu lenken.

Ich bin überrascht, dass Sie die hessischen Interessen an der Stelle nicht ernst nehmen. Ich sehe die Probleme mit der Konvergenzklausel durchaus. Ich sehe diese Klausel aber als einen Kompromiss innerhalb einer Großen Koalition an, und ich sehe unsere Aufgabe als Hessische Landesregierung darin, dass wir den Bund begleiten in der Frage, wie das umgesetzt werden kann, sodass keine Nachteile für hessische Bürgerinnen und Bürger entstehen. Natürlich stimme ich dem Gutachten von Wille und Wasem zu, in dem deutlich gemacht wird, dass die Umsetzung so nicht funktioniert. Gleichzeitig bleibt es dabei, dass es richtig ist, zuzusehen, dass daraus keine Nachteile für hessische Bürger entstehen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Warum haben Sie das dann mitbeschlossen?)

– An die Zustimmung Ihrer SPD-Bundestagsfraktion, Ihrer Bundesgesundheitsministerin und der Vertreter aus Ihren Reihen, die in den verschiedenen Gremien dabei waren, scheinen Sie sich nicht mehr zu erinnern.

Ich bleibe dabei: Es war ein sehr schwierig zu findender Kompromiss, der an vielen Stellen einiger weiterer Ausformulierungen bedurft hätte. Wir sind aber weiterhin zu vernünftigen Gesprächen bereit. Ihre Vorstellung, das Gesundheitssystem noch weiter und auf Dauer zu bürokratisieren, eine Einheitsversicherung zu schaffen, hat in allen Ländern, die das schon eingeführt haben, zu einer Verknappung der Leistungen und zu längeren Wartezeiten geführt, statt dazu, dass derjenige, der eine Krankenversorgung braucht und wenig Geld zur Verfügung hat, zu besseren Leistungen kommt. Das bleibt für uns der falsche Weg. Wir konnten mit den Kompromissen Schlimmeres verhindern. Deswegen wollen wir auch weiterhin dafür sorgen, dass Sie an der Stelle keine Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es war verabredet, den Antrag der FDP-Fraktion betreffend Gesundheitsfonds stoppen, Drucks. 17/47, und den Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/76, dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz) – Drucks. 17/55 –

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Kollegen Frankenberger für die SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die größte Gefahr für die Sparkassenorganisation ist die Stammkapitaloption im Hessischen Sparkassengesetz.“ Diese Aussage stammt nicht etwa von einem Sozialdemokraten, Herr Boddenberg,

(Michael Boddenberg (CDU): Sondern von einem Linken!)

sondern von Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, anlässlich des Sparkassenforums der Gewerkschaft ver.di im November 2007 in Potsdam. Meine Damen und Herren, Herr Haasis hat recht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Die Reihe derer, die das Hessische Sparkassengesetz ablehnen, ist lang. „Die Sparkassen sind ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, und diese muss als solche gesichert bleiben“, so der Hessische Städte- und Gemeindebund am 23. Januar 2006. Er forderte anlässlich der damals anstehenden Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes die Landesregierung auf, diese zu überdenken.

Die IHK Kassel formulierte am 26. September 2006: „Nachdrücklich sprechen wir uns dafür aus, den Status der regionalen Sparkassen in Hessen zu stärken und damit vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen auch zukünftig ein wichtiger Partner ihrer Unternehmensfinanzierung zu sein. Die von der Hessischen Landesregierung geplante Novellierung des Sparkassengesetzes stößt bei der IHK Kassel auf Ablehnung.“

(Günter Rudolph (SPD): Zu Recht! – Michael Boddenberg (CDU): Bei wem denn?)

Das sind Beispiele für viele ablehnende Stellungnahmen anlässlich der damaligen Diskussion um die Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes. Herr Boddenberg, hätten Sie doch damals zugehört, dann würde uns die heutige Debatte erspart bleiben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In der Anhörung wurde unsere Position klar bestätigt. Die überwältigende Mehrheit der Anzuhörenden lehnte die Novellierung, insbesondere die Möglichkeit der Stamm-

kapitalbildung, ab. Aber getreu der Devise „Mehrheit ist Wahrheit“ setzten sich die Landesregierung und die sie tragende CDU-Fraktion letztendlich gemeinsam mit der FDP über alle Bedenken hinweg und die Änderung des Sparkassengesetzes gegen die Kommunen, gegen die Arbeitnehmer, gegen die Verwaltungsräte und sogar gegen mahnende Stimmen aus der Wirtschaft durch.

Meine Damen und Herren, die Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes ist eine der vielen Fehlentscheidungen der CDU-geführten Landesregierung in den letzten fünf Jahren. Wir haben jetzt die Gelegenheit, eine dieser Fehlentscheidungen hier im Parlament zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Die Möglichkeit zur Bildung von Stammkapital macht die Tür einen Spalt weit auf zu einer Privatisierung der Sparkassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Quatsch!)

Wer aber die Privatisierung von Sparkassen riskiert, stellt die kommunale Daseinsvorsorge und die Orientierung der Sparkassen am Gemeinwohl zur Disposition.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wir wollen aber starke Sparkassen in und für die Regionen, die sich in erster Linie der Region und den Menschen verpflichtet fühlen und nicht der Gewinnmaximierung als oberstem Ziel verpflichtet sind.

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass wir an der Europatauglichkeit des Hessischen Sparkassengesetzes große Zweifel haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Das mag sein, aber Sie liegen völlig falsch, Herr Kollege! Das wissen Sie doch!)

Die Beschränkung auf die Sparkassen und die kommunale Familie bei der Veräußerung von Stammkapital wird nicht nur von Sozialdemokraten sehr kritisch gesehen. Sie von der CDU wollten uns zusammen mit dem Wirtschaftsminister weismachen, das Sparkassengesetz sei mit dem zuständigen EU-Kommissar abgestimmt und europafest.

(Michael Boddenberg (CDU): Stimmt bis heute, Herr Kollege!)

Das ist Ihnen schon in der damaligen Debatte widerlegt worden, und das trifft auch heute nicht zu.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Auch wenn Herr Wintermeyer das noch so oft in Pressemitteilungen behauptet, es wird nicht richtiger. – Die Sicherheit, die Sie uns hier vorgaukeln wollten, stand und steht auf unsicherem Boden, und wir werden die vorhandene Unsicherheit bezüglich der Europatauglichkeit beenden.

(Zurufe von der CDU)

Machen Sie sich doch nichts vor. Sollte sich eine Genossenschafts- oder eine Privatbank bei einer Sparkasse einkaufen wollen und vor dem Europäischen Gerichtshof klagen, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass das Sparkassengesetz kippt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Begründen

Sie Ihre Behauptung! – Michael Boddenberg (CDU): Was Sie so alles wissen!

Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf auch die Ausschüttungsregelungen vereinfachen. Nach unseren Vorstellungen sollen für alle kommunalen Sparkassen einheitliche Regelungen gelten. Mindestens die Hälfte des um den Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses muss den Rücklagen zugeführt werden. Auf Vorschlag des Vorstandes kann der Verwaltungsrat beschließen, dass der Restbetrag an den Träger abgeführt wird, sofern er nicht zur Stärkung des Eigenkapitals benötigt wird. Das sind klare Regelungen, die die Differenzierung von Sparkassen mit und ohne Stammkapital aufheben und bei den Sparkassen und den Trägern für Berechenbarkeit sorgen.

Unser Gesetzentwurf eröffnet eine weitere Option hinsichtlich einer Neuordnung der Sparkassenlandschaft auf freiwilliger Basis. Wir wollen, dass der Sparkassen- und Giroverband in Zukunft ein möglicher Träger von Sparkassen und damit auch der Frankfurter Sparkasse sein kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Aha, daher weht der Wind, Herr Kollege!)

Das ist eine Regelung, die in anderen Bundesländern schon gilt, und deswegen muss sie ja für Hessen nicht schlecht sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer hat Ihnen den Gesetzentwurf geschrieben? – Weitere Zurufe von der CDU)

Dadurch werden neue Perspektiven eröffnet, unter Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse im Rhein-Main-Gebiet neue Sparkassenstrukturen zu schaffen. Die beteiligten Sparkassen können fusionieren oder unter Wahrung ihres eingeführten Namens nebeneinander fortgeführt werden.

Wir sind überzeugt, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf genau das erreicht wird, was die überwiegende Zahl der Anzuhörenden bei den Beratungen über das jetzige Sparkassengesetz zum Ausdruck gebracht hat.

Wir brauchen in Hessen Sparkassen, die dem Anspruch der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung genügen. Wir brauchen in den Regionen – in der Fläche – starke Sparkassen, um gerade die Versorgung der kleinen und mittleren Unternehmen sicherstellen zu können. Wir brauchen Sparkassen, die sich der Region und den Menschen, die dort leben, verpflichtet fühlen. Um dies zu gewährleisten, brauchen die hessischen Sparkassen verlässliche Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Das jetzige Hessische Sparkassengesetz gibt ihnen diese verlässlichen Rahmenbedingungen nicht. Deshalb wollen wir es ändern.

Herr Dr. Lübcke, ich stelle fest, Ihre Lernfähigkeit ist im Vergleich zur letzten Legislaturperiode nicht gerade stark ausgeprägt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb wollen wir das Sparkassengesetz auch ändern.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir bitten um die wohlwollende Begleitung des Entwurfs im Gesetzgebungsverfahren. Wir freuen uns, dass es vonseiten der GRÜNEN schon positive Reaktionen auf die-

sen Gesetzentwurf gibt. Natürlich werden wir, was diesen Gesetzentwurf betrifft, im Laufe des Verfahrens auch kompromissbereit sein – allerdings nicht, was die Substanz anbelangt. Ich denke doch, es ist klar geworden, dass wir die Stammkapitaloptionen aus dem Gesetz streichen wollen. Ich freue mich auf eine interessante Anhörung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Frankenberger. – Das Wort hat Frau Hölldobler-Heumüller.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Zukunft der Sparkassen“ ist ein Zukunftsthema für Hessen. Es ist eine schwere und wichtige Aufgabe, bei der wir eine große Verantwortung haben, der sich jeder, der diese Diskussion beginnt, und jeder, der sich an dieser Diskussion beteiligt, bewusst sein muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich um eine weitreichende Grundsatzentscheidung, und dabei geht es um drei Themen, die nicht voneinander zu trennen sind.

Der erste Punkt betrifft das Thema „dritte Säule im Bankwesen in Deutschland“, wobei klar ist: Wir wollen diese dritte Säule. Wir wollen, dass die Sparkassen gemeinnützig bleiben. Wir wollen, dass Private und Mittelständler Ansprechpartner in den Regionen haben.

Die Sparkassen haben einen Auftrag in der Fläche. Sie brauchen eine regionale Anbindung. Als dritte Säule sind die Sparkassen deutlich anders aufgestellt als andere Banken, und das verschafft ihnen ihre besondere Bedeutung. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem zweiten Punkt geht es um die Frage: Brauchen wir im Rhein-Main-Gebiet eine starke Sparkasse? Über diese Frage müssen wir diskutieren. Wollen wir am Finanzplatz Frankfurt mit den Sparkassen anders aufgestellt sein? Wollen wir uns dort anders präsentieren? Brauchen wir, um die Lücke zwischen den sogenannten klassischen Sparkassenkunden und den Helaba-Kunden zu schließen, auch ein neues, anders aufgebautes Angebot? Das ist für uns – für das Land und auch für den Bankenstandort – eine der wichtigen Zukunftsfragen.

Bei dem dritten Punkt, der mindestens ebenso wichtig ist, geht es um die Neuordnung im Landesbankensektor. Die Landesbank Hessen-Thüringen steht in diesen kritischen Zeiten gut da, und wir sind sehr dankbar dafür, dass es so ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bankenkrise hat die Gespräche stocken lassen; aber natürlich bleibt das Thema auf dem Tisch. Für uns ist klar, dass über diese drei Punkte gemeinsam diskutiert werden muss.

Zur Gefährdung der dritten Säule haben wir in der letzten Legislaturperiode viel gesagt. Die Kritikpunkte, die wir nach wie vor sehen – Herr Frankenberger hat angesprochen, dass diese Punkte auch in der Anhörung sehr kri-

tisch beleuchtet worden sind –, sind folgende. Wir wollen das Regionalprinzip nicht gefährdet sehen. Wir wollen die Gemeinwohlorientierung nicht zugunsten der Renditeorientierung preisgeben. Wenn diese Punkte gefährdet sind, ist auch die Europafestigkeit der Sparkassen gefährdet, und das könnte ein Türöffner für die Privatisierung von Banken sein. Das wollen wir nicht. Das brauchen wir nicht. Dafür stehen wir GRÜNE nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das Vorhandensein einer starken Bank im Rhein-Main-Gebiet betrifft, so stellt sich die Frage: Wie soll dann deren Stellung im Helaba-Konzern aussehen? Wie ist die Stellung der Fraspa? Das sind Fragen, über die wir diskutieren müssen. Sie gehören zu diesem Gesamtkomplex untrennbar dazu.

Im Rhein-Main-Gebiet gibt es, wie auch bei anderen Themen, das Problem, dass sich die dort Verantwortlichen nur sehr schlecht selbst einigen können. Deswegen lautet die Frage: Haben wir als Vertreter des Landes nicht den politischen Auftrag, und müssen wir nicht den Mut haben, Rahmenbedingungen zu schaffen und zu gestalten? Wir GRÜNE wollen das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei müssen wir Folgendes deutlich im Auge haben. Wir wollen keine Konzentration, für die die schwächeren Banken die Zeche zahlen. Es ist nicht so, dass sich diese schwächeren Banken unbedingt immer im ländlichen Raum befinden. Uns geht es darum, dass die schwächeren Banken nicht die Zeche dafür zahlen, dass wir einen größeren Zusammenschluss brauchen. Das müssen wir im Auge haben. Von daher müssen wir als Vertreter des Landes wissen, dass eine solche Lösung wahrscheinlich nicht zum Nulltarif zu haben ist. Darüber müssen wir diskutieren.

Die SPD-Fraktion hat in ihren Gesetzentwurf die Rücknahme der Ausschüttungsregel eingefügt. Auch dazu hatten wir uns in der letzten Legislaturperiode deutlich geäußert. Das war ein Lockmittel der CDU, um die Stammkapitalbildung zu begünstigen. Diese Ungerechtigkeit in der Behandlung war für uns nie nachvollziehbar. An diesem Punkt können wir mitgehen.

Bei dem Entwurf der SPD-Fraktion ist mir allerdings nicht klar – Herr Frankenberger, dazu haben Sie auch nicht sehr viel gesagt –, warum Sie zwar, worin wir uns durchaus einig sind, bei der Stammkapitalbildung und beim Verkauf die Werte gefährdet sehen, Sie aber bei einem Wechsel der Trägerschaft, der zudem noch in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegt ist, nicht die gleichen Bedenken haben. Ich glaube, das sind Punkte, die wir in einer Anhörung sehr sorgfältig prüfen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dieser Weitergabe aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrags frage ich mich auch: Geben wir nicht als Land unsere politischen Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Bankenlandschaft auf? Wollen wir das wirklich? Wollen Sie das wirklich? Ich glaube, das müssen wir noch klären.

Angesichts der geschilderten Komplexität denke ich, der SPD-Gesetzentwurf stößt eine wichtige Diskussion an. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass Sie diese Diskussion so frühzeitig anstoßen; denn ich glaube, es ist gut, jetzt darüber zu diskutieren. Ich meine, dass wir etwas breiter über das Ganze diskutieren müssen.

Einen Punkt habe ich allerdings nicht verstanden. Warum haben Sie, da Sie sich durchaus Einzelaspekten des Sparkassengesetzes gewidmet haben, in Ihren Gesetzentwurf nicht die Sicherung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten des Helaba-Konzerns aufgenommen? Dazu haben Sie in der letzten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorgelegt, den wir auch positiv gesehen haben. Das fehlt an dieser Stelle völlig.

Ich glaube, die Gelegenheit ist günstig, um über dieses Thema zu diskutieren. Die nicht immer ganz einfachen Mehrheitsverhältnisse sehe ich eher als eine Chance: Wir können größere Gesprächsmöglichkeiten nutzen, ohne, wie es in der letzten Legislaturperiode der Fall war, gleich mit der Brechstange zu arbeiten und ideologische Scheuklappen aufzusetzen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war eine absolute Mehrheit, Frau Kollegin!)

– Eben. Auch wenn man die absolute Mehrheit hat, muss man nicht unbedingt mit der Brechstange arbeiten. Das wäre mir neu, und es wäre mir auch neu, dass dabei gute Lösungen herauskommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten uns darüber klar sein, dass wir ein demokratisches Parlament sind und die Bürger in ihrer Breite vertreten, nicht nur eine bestimmte Prozentzahl.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns also darin einig, dass es ohne den Einsatz der Brechstange, ohne ideologische Scheuklappen, und auch ohne einseitig Verbandsinteressen in den Vordergrund zu stellen, gehen sollte. Arbeiten wir daher gemeinsam daran, dass die Sparkassen zukunftsfähig aufgestellt sind. Das braucht das Land, das braucht die Wirtschaft, und das brauchen auch die Bürger unseres Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller. – Das Wort hat der Abg. Reif für die Fraktion der CDU.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns im Hessischen Landtag darüber einig, dass das deutsche Bankenwesen in den vergangenen 100 Jahren aus seiner Dreigliedrigkeit heraus gelebt hat, nämlich aus dem öffentlichen Bankenwesen, verankert in den Sparkassen und in den Kommunen mit politischem Einfluss, aus dem genossenschaftlichen ohne politischen Einfluss, aber im Einfluss der kleingliedrigen, meist sehr potenten mittelständischen Wirtschaft vor Ort, und aus dem privaten Bankenwesen, beeinflusst von wenigen oder auch von vielen Aktionären, wie immer man das will.

Ich denke, das Thema taugt nicht zum politischen Kleinkrieg und darf nicht zum Spielball politischer Ranküne werden. Dafür ist es zu wichtig. Dafür ist es zu sensibel, und dafür haben wir im Hessischen Landtag überhaupt keinen Anlass.

Man muss bei der erneuten Eröffnung der Diskussion über das Sparkassengesetz einige Dinge klarstellen. Die

hessischen und die thüringischen Sparkassen befinden sich heute, etwa ein Jahr nach der Verabschiedung der Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes, in einer einzigartig guten Situation. Sie sind dank des umsichtigen Verhaltens der Helaba von der Krise der Banken und der Finanzmärkte überhaupt nicht betroffen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen bekennen und schätzen, dass andere Sparkassen – seien sie nun in Bayern, in Baden-Württemberg oder gar in Sachsen oder in Nordrhein-Westfalen – gerne unsere Probleme hier in Hessen hätten. Wer heute Morgen die Zeitungen aufgeschlagen hat, der weiß, dass in Bayern darüber diskutiert wird, wie beispielsweise 4 Milliarden € als Sicherung für die BayernLB aufgebracht werden sollen.

All dies ist in Hessen nicht notwendig geworden, weil wir hier im Gegensatz zu anderen Landesbanken unternehmerische Risiken nicht eingegangen sind, die andere durch Asset Backed Securities oder Subprimepakete eingegangen waren, die im Markt heute nicht mehr zu verkaufen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen in diesem Zusammenhang im Rhein-Main-Gebiet eine Sparkassenorganisation, die anders aufgestellt sein muss als beispielsweise die Sparkassen in und um Hannover, in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen oder wegen mir auch in Baden-Württemberg und in Bayern. Der Banken- und Finanzplatz Frankfurt bedeutet eben eine andere Herausforderung als der Bankenplatz Stuttgart, München, Hannover oder Düsseldorf.

(Beifall des Abg. Dieter Posch (FDP))

Von daher müssen wir einsehen, dass das gegliederte Sparkassenwesen im Rhein-Main-Gebiet durchaus einer Bereinigung und einer Konzentration bedarf, um in einer Welt der Herausforderungen, die sich anders als beispielsweise in Köln oder in Düsseldorf stellen, Schritt halten zu können. Ich denke, dass dies auch vor Ort durchaus gesehen wurde.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die beiden Landkreise – der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis – in ihrem Bereich der Main-Taunus-Sparkasse der Stammkapitalbildung zugestimmt haben. „Das war von der CDU“, würden Sie sagen. Aber ich darf auch darauf verweisen, dass wir noch eine andere Sparkasse haben, nämlich die Stadtparkasse in Offenbach, die unter sozialdemokratischer Stadtführung ebenfalls einer Stammkapitalbildung zugestimmt hat.

Herr Kollege Frankenberger, ich kann nicht verstehen, wieso das alles so schlecht gewesen sein soll, wenn Ihre Kollegin, die Frau Habermann, der Bildung von Stammkapital im Offenbacher Stadtparlament zugestimmt hat.

(Zurufe von der CDU)

Sehr verehrte Damen und Herren, offenbar gibt es eine Notwendigkeit, dieses Instrument, das wir im vergangenen Jahr im Hessischen Landtag beschlossen haben, auch schnell wahrzunehmen. Wir wissen, wieso das so ist. Wir wissen, dass nicht jede Bank gleichermaßen zu beurteilen ist. Von daher ist das, was in Offenbach, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis beschlossen wurde, eine vernünftige Angelegenheit.

Wir wissen auf der anderen Seite, dass Sie vonseiten der Sozialdemokraten uns die Frage beantworten müssen, wie

das denn dann, wenn Ihr Gesetzentwurf Wirklichkeit werden würde, juristisch rückgängig gemacht werden soll – eine interessante juristische Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man über die Struktur der öffentlich-rechtlichen Banken spricht, muss man auch darüber sprechen, was wir in Zukunft benötigen. Herr Frankenberger, Sie haben den Herrn Haasis angesprochen – zugegebenermaßen Sparkassenpräsident, ehemals Abgeordneter der CDU in Baden-Württemberg, dort Präsident des baden-württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes. Alles richtig, nur hat Herr Haasis in Baden-Württemberg mit der LBBW alles das gemacht, was er meinte, uns hier in Hessen nicht erlauben zu dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Fakt. Schauen Sie sich diese Bank einmal an. Sie hat sich die benachbarte Landesbank Rheinland-Pfalz einverleibt. Da sitzt kein Vorstand mehr, nur noch der Vorstandsvorsitzende. Der ist eingepflegt in den Vorstand der großen LBBW. Die haben die Sachsen LB einverleibt. Die haben eine baden-württembergische Staatsbank, ehemals eine auch staatlich geführte Bank, die bundesweit tätig ist.

Schauen Sie einmal auf der Website der LBBW in der Übersicht über die Tochterunternehmen nach, wo die alle in Deutschland tätig sind. Die haben nicht nur eine bundesweit tätige Unternehmensbank, die Unternehmen und Unternehmer betreut, sondern sie haben auch klassische Privatbanken, nämlich das Internationale Bankhaus Bodensee AG, eine Verbindung mit dem Herrn Würth aus Künzelsau, dem Schraubenkönig. Sie haben eine zweite klassische Privatbank in Koblenz, nämlich die Mittelrheinische Bank GmbH.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das wird bei der LBBW gemacht, und zwar sowohl horizontal wie auch vertikal. Das heißt, die betreiben Retail- und Wholesale-Geschäfte. Und alles das soll hier in Hessen nicht möglich sein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind gerade am Banken- und Finanzplatz Frankfurt die, die die sogenannte Horizontalität wie auch die Vertikalität benötigen. Das heißt Retail- und Wholesale-Geschäfte. Das ist die Zukunft. Und die müssen wir unseren Sparkassen auch hier eröffnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe anfangs gesagt, dass sich das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen in Hessen in einem sehr ordentlichen Zustand befindet. Wer hätte eigentlich vor zwölf Monaten daran gedacht, dass eine Verbindung zwischen WestLB und Helaba als Zusammenschluss unter Gleichen überhaupt denkbar ist? Man stelle sich einmal vor, dass das möglich gewesen ist: die große WestLB mit ihrer wahnsinnigen Dominanz im Großgeschäft der Konzerne im Rhein-Ruhr-Gebiet und in Nordrhein-Westfalen auf einmal in solchen Schwierigkeiten, dass man ernsthaft überlegt, sich unter die Fittiche der Helaba zu stellen, und zwar unter Gleichen, wobei man in Wirklichkeit meinte, dass die Helaba zum Schluss die Führung übernimmt, weil sie in dieser Beziehung offenbar eine bessere und saubere Biografie hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daran kann man sehen, dass die Landesregierung und der Sparkassen- und Giroverband in Hessen eine ordentliche und weit-

sichtige Politik betrieben haben. Dass es nicht zur Verbindung gekommen ist, ist meines Erachtens gut. Aber allein die Diskussion hat etwas über die Güte und den hervorragenden Zustand gesagt, in dem wir uns befinden.

Ein letztes Wort zu dem, was Sie über den Sparkassen- und Giroverband als Holding gesagt haben. Aus unserer Sicht ist es höchst problematisch, dass ein Verband gleichzeitig eine Holdingfunktion übernehmen kann.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings bin ich der Auffassung, das muss geprüft werden. Gesellschaftsrechtlich sehe ich es als hoch problematisch an. Auch europarechtlich sehe ich es als problematisch an: Ich halte das nicht für europatauglich.

Lassen Sie uns zu diesem Thema eine vernünftige, offene und kritische Diskussion beginnen. Lassen Sie uns dieses Thema so besprechen, dass wir keinen Schaden im öffentlich-rechtlichen Bankenwesen anrichten. Wir müssen das vernünftig abwägen im Interesse derer, die heute die Sparkassen als Kunden nutzen und von Sparkassen betreut werden, aber auch im Interesse der vielen Tausend Mitarbeiter, die von uns verlangen, die Zukunftsfähigkeit der Sparkassen auch in Zukunft zu gewährleisten, damit die Sparkassen im globalen Netzwerk eine Rolle spielen. Sparkassen bedeuten nicht nur Regionalität, sondern Sparkassen sind für die mittelständische Wirtschaft in den Regionen das Tor zur Welt.

Die mittelständischen Unternehmer der Siebziger- und Achtzigerjahre, die ihre Geschäfte um den Kirchturm herum betrieben haben, gibt es nahezu nicht mehr. All diese mittelständischen Unternehmen haben begonnen, sich in der globalen Welt zurechtzufinden, in Amerika, Indien und Australien Kunden zu suchen. Für die brauchen sie einen starken, leistungsfähigen und überzeugenden Partner, der sie an die Hand nimmt und begleitet, der weiß, worum es geht und welche Anforderungen das Sparkassenwesen und die Kunden haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Kollege Reif. – Das Wort hat Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat im letzten Jahr die Bildung von handelbarem Stammkapital durch die Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes ermöglicht, obwohl der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, die Sparkassenverbände, der Deutsche Städtetag, der Hessische Städtetag, der Hessische Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, der Hessische Landkreistag, der DGB, die Gewerkschaft ver.di, die Arbeitsgemeinschaft der Sparkassenpersonal- und -betriebsräte, der Hessische Handwerkstag und viele Beschäftigte und Bürger, dokumentiert durch 80.000 Unterschriften, das abgelehnt haben.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Steht das auch im „Kapital“ von Marx?)

– Ach, Herr Irmer, legen Sie doch einmal eine andere Platte auf, die hängt langsam.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daher bin ich froh, dass es heute bei anderen Mehrheiten die Möglichkeit gibt, sich ernsthaft mit den Bedenken dieser 80.000 Menschen auseinanderzusetzen.

DIE LINKE tritt ein für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Im Gegensatz zu den privaten Banken sollen die Sparkassen dem Gemeinwohl und nicht der Gewinnerwirtschaftung dienen. Ich will drei Gründe nennen, warum wir für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind.

Erstens. Die Versorgung mit Finanzdienstleistungen muss auch in den strukturschwachen Regionen gewährleistet sein.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind in allen Landkreisen präsent, während in jedem zehnten Landkreis keine Niederlassung einer privaten Großbank existiert.

Zweitens. Das öffentliche Bankensystem hat eine gesamtwirtschaftliche Funktion: die Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen, für das Handwerk und für Selbstständige. DIE LINKE will keine Diskriminierung einkommensschwacher Haushalte bei der Kreditvergabe. Menschen sollen nicht in „rentabel“ und „nicht rentabel“ eingeteilt werden.

(Clemens Reif (CDU): Sie sagen doch immer: „Diskriminierung“!)

Drittens. Sparkassen und Landesbanken sind potenziell ein Instrument für eine regionale Wirtschaftspolitik. Der Einfluss der Kommunalparlamente bei der Besetzung der Entscheidungsorgane sollte genutzt werden, um Schwerpunkte bei der Kreditvergabe zugunsten regional beschäftigungs- oder sozialpolitisch erwünschter Investitionen umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Es gibt keinen Sachzwang und erst recht keine guten Gründe, die diese Liberalisierungsvorhaben sinnvoll und vermittelbar erscheinen lassen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die öffentlichen Kreditinstitute haben im bundesdeutschen Spar- und Kreditgeschäft einen Marktanteil von gut einem Drittel. Damit haben sie eine starke Position inne. Die privaten Großbanken hingegen kommen nur auf einen Marktanteil von rund einem Viertel.

Daher ist es überhaupt nicht überraschend, dass jetzt immer öfter gefordert wird, gesetzliche Privatisierungshürden zu Sparkassen niederzureißen. Akteure hierbei sind neben dem Internationalen Währungsfonds und der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft vor allem die privaten Großbanken.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das Großkapital, genau!)

Gerade die haben ein handfestes ökonomisches Interesse an der Abschaffung ihres Hauptkonkurrenten – nämlich den öffentlichen Kreditinstituten. Für sie stellen öffentliche und genossenschaftliche Institute eine Gewinngrenze dar.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollen verstaatlichen!)

Schützenhilfe kommt von der EU-Kommission, die den öffentlichen Bankensektor schwächen will. Das hat der Streit um den Sparkassenbezeichnungsschutz oder die Drohung mit einem wettbewerbsrechtlichen Verfahren gegen die Sparkassen gezeigt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollen die doch sowieso vergesellschaften!)

Die Schwächung der öffentlich-rechtlichen Banken wird aber nicht nur von Brüssel vorangetrieben, sondern eben auch von Wiesbaden. Das Siebte Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes ermöglicht die Bildung von Sparkassenstammkapital.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Für DIE LINKE ist die Bildung und Handelbarkeit von Stammkapital der erste Schritt zur Privatisierung von Sparkassen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Den Staatssozialismus hatten wir schon! Diese Zeiten sind vorbei!)

– Herr Irmer, Hessen war doch bis zum letzten Jahr auch nicht sozialistisch, nur weil es dieses Gesetz noch nicht gab, oder?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist der Staatssozialismus, den gab es in der Ostzone! Das ist Geschichte! Dort wollen Sie wieder hin!)

Auch wenn die Handelbarkeit zunächst auf Verkäufe innerhalb des öffentlichen Bankensektors beschränkt wird, kann uns das keinesfalls beruhigen. Denn – das hat der Kollege von der SPD bereits angesprochen – es gibt die Gefahr, dass Privatbanken bzw. deren Verbände beim Europäischen Gerichtshof wegen Wettbewerbsbenachteiligung klagen, und bei einer entsprechenden Gerichtsentscheidung können sich dann auch private Geschäftsbanken in Sparkassen einkaufen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist die Stamokap-Theorie der Jusos!)

Damit würde auch bei den Sparkassen das reine Gewinnstreben um sich greifen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ein Blödsinn! Wer hat Ihnen die Rede aufgeschrieben?)

In diesem Gesetz wird der EU-Kommission die Vorlage geliefert, die sie zum weiteren Aufbrechen des öffentlichen Bankensektors braucht. Es droht indirekt doch eine Privatisierung, die der Landesregierung auf dem direkten Weg nicht durchsetzbar erschien. Es handelt sich um eine Arbeitsteilung zwischen Wiesbaden und Brüssel.

Daher lehnt DIE LINKE die Regelung zur Bildung und Handelbarkeit von Stammkapital bei Sparkassen ab, denn wir befürchten hier längerfristig eine Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir wollen nicht, dass sich die Ausrichtung der Träger weg vom öffentlichen Auftrag hin zum Renditedenken entwickelt. Die negativen Folgen wären der Verlust der Gemeinwohlorientierung, der regionalen Verwurzelung und der Präsenz vor Ort, der Grundversorgung der Bevölkerung, der Wirtschafts- und Kulturförderung, aber auch der Verlust von Arbeitsplätzen in der Region.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mannomannomann!)

Im Kern geht es Ihnen um eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. Der öffentlich-rechtliche Bankensektor stellt ein Hindernis für alle da, die einen noch unregulierten Kapitalismus

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

und noch weniger regulierte Finanzmärkte wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist staatsmonopolistischer Kapitalismus, Stamokap-Theorie, linkssozialistische Altkommunisten! Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Das ist ja unglaublich! Mannomannomann!)

Wohin das führt, das kann man derzeit an den Finanzmärkten beobachten. Die weltweit zu befürchtenden Verluste dieser Krise beziffert der IWF – mir nicht als sozialistisches Institut oder Vereinigung bekannt – in seinem jüngsten Finanzstabilitätsreport auf fast 1.000 Milliarden US-Dollar.

Herr Irmer, wenn sogar Herr Ackermann das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes verloren hat, wie er erklärte,

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

dann sollte auch die Hessische Landesregierung einmal darüber nachdenken, ob man an diesem Vertrauen noch festhalten sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach, die Bildung und Übertragung von Stammkapital bei der Sparkasse Offenbach zu ermöglichen, hat das nun begonnen. Mit 64 : 5 Stimmen haben sich die Stadtverordneten dafür ausgesprochen. Eingebracht wurde dieser Antrag vom rot-grünen Magistrat. Frau Habermann, Herr Al-Wazir, anders als mein Vorredner hoffe ich sehr, dass Sie hier im Landtag anders entscheiden werden, als Sie das in der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung getan haben.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

DIE LINKE teilt die Bedenken vonseiten des DGB, ver.di und der Personalräte und befürwortet daher die betreffenden Teile des vorliegenden Gesetzentwurfs der SPD. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Trägerschaft für die Sparkassen bei den Kommunen bleibt und damit unter der Kontrolle der kommunalen Parlamente. Eine Übertragung der Trägerschaft auf den Verband lehnen wir ab. Wir stehen für eine Stärkung der regionalen Verankerung der Sparkassen. Wir wollen keine Konzentration, die Arbeitsplätze gefährdet. Das Regionalprinzip muss erhalten bleiben. Das Filialnetz darf nicht ausgedünnt werden.

Auch hier sind wir uns mit den Personalräten einig: Wir wehren uns dagegen, ohne politische Diskussion, quasi im Kleingedruckten, Grundsatzentscheidungen zu treffen. Daher lehnen wir diese Teile im Gesetzentwurf der SPD ab.

DIE LINKE will eine breite Debatte und keine übereilte Weichenstellung, die zu einem Konzentrationsprozess in der Sparkassenlandschaft führen würde.

Wir wissen, dass die öffentliche Trägerschaft kein Garant für eine gemeinwohlorientierte Geschäftspolitik ist. Sie ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür. Nur mit dieser Rechts- bzw. Eigentumsform kann eine effiziente gemeinwohlorientierte Kreditvergabe sichergestellt werden. Nur bei öffentlichen Banken kann das Spar- und Kreditge-

schäft in einem gewissen Ausmaß von den Renditeerwartungen der Finanzmärkte abgekoppelt werden. Private gewinnmaximierende Kreditinstitute können dies nicht. Es ist uns zwar wichtig, den öffentlichen Bankensektor zu verteidigen, dennoch wollen wir darüber hinaus eine Weiterentwicklung. Dazu gehört, die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten für die demokratisch bestimmten Vertreter in den Verwaltungsräten zu vergrößern. Es ist ganz wichtig, dass wir eine Einbeziehung der Beschäftigten haben. Dafür wird sich DIE LINKE stark machen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Frau Abg. Wissler, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat Herr Abg. Lortz für die Fraktion der CDU das Wort.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Kollegin Wissler, wie kommen Sie eigentlich darauf, hier zu behaupten, dass im Hessischen Landtag irgendjemand bei der Debatte über die Einführung des Stammkapitals in der letzten Legislaturperiode die Zielsetzung gehabt hätte, Private in die Ägide der Sparkassen eindringen zu lassen? Das war in diesem Hause nicht der Fall.

(Zuruf von der LINKEN: Was?)

Wir haben hierüber sehr lange und ausführlich diskutiert. Ich bitte Sie herzlich darum, zu akzeptieren – das gehört zur Redlichkeit der Diskussion –, dass die große Mehrheit dieses Hauses ausdrücklich bestätigt hat, dass ein Eintritt Privater in den Bereich der Sparkassen abgelehnt wird. Ich habe für Ihre Ausführungen überhaupt kein Verständnis. Ich sage Ihnen Folgendes: Als einer der Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkassen in Hessen und Thüringen müsste man es mit der Angst bekommen, wenn Sie in Hessen in irgendeiner Form das Sagen bekämen. Dann müsste man um die Strukturen und die Aufgabenerfüllung der Sparkassen in Hessen wirklich Angst haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte ganz herzlich darum – ich konstatiere, man kann zum Stammkapital diese oder jene Position vertreten; es gibt im Sparkassenverband sowie in der Verbandsversammlung Vertreter, die die eine oder andere Position vertreten –, dass wir hieraus keine ideologische Diskussion in Richtung staatsmonopolistischer Kapitalismus machen, sondern dass wir eine ernsthafte Debatte darüber führen, wie wir dafür Sorge tragen können, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Sparkassen in Hessen und Thüringen im gemeinsamen Verband auch zukünftig vernünftig gesichert ist. – Vielen Dank.

Vizepräsident Hermann Schaus:

Herr Kollege Lortz, danke schön. – Die nächste Worterteilung geht an Herrn Abg. Posch für die Fraktion der FDP.

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, dass wir nicht über irgendein

Problem diskutieren, sondern darüber, ob die Sparkassen in Hessen und Thüringen auch zukünftig in der Lage sein werden, unsere mittelständischen Unternehmen in Hessen mit Krediten zu versorgen. Das ist ganz ohne Zweifel der Fall.

Herr Kollege Frankenberger, wenn Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass es auf der einen Seite die Institute seien, die sich der Gewinnerwirtschaftung widmen, und dass es auf der anderen Seite Institute gebe, die lediglich eine Allgemeinwohlverpflichtung verwirklichten, dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben die sparkassenpolitische Realität in Hessen wirklich noch nicht zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das sind Dinge, die einander nicht ausschließen, sondern ergänzen. Ich sage Ihnen das einmal sehr deutlich: Wenn in den Sparkassen keine Gewinne erwirtschaftet werden, dann werden sie keine Gemeinwohlverpflichtung erfüllen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bitte tun Sie daher nicht so – hierbei sind Sie sehr nahe bei der Argumentation der Kollegin Wissler –, als ob dies zwei Dinge wären, die völlig voneinander zu trennen sind. Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, als wir seinerzeit über die Einführung des Stammkapitals diskutiert haben, ging es genau darum, die Ertragsfähigkeit einiger hessischer Sparkassen zu verbessern. Denn es entspricht der Realität, dass die Ertragskraft einiger Sparkassen nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wissen doch, dass wir in der Rhein-Main-Region seit über zehn Jahren über eine unglückselige Gemengelage, die historisch erklärbar ist, diskutieren. Ich muss feststellen, dass der Sparkassen- und Giroverband – aus welchen Gründen auch immer – in der Vergangenheit in Kooperation mit den Sparkassen nicht in der Lage war, eine Konsolidierung bzw. eine Auflösung dieser Gemengelage im Rhein-Main-Gebiet hinzubekommen. Das war der Grund, weshalb wir einen anderen Weg gesucht haben. Dieser bestand darin, die Option zu eröffnen, Stammkapital zu bilden. Sie tun mit Ihrer Argumentation gerade so, als sei dies den Sparkassen zwangsweise auferlegt worden. Das war nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Diskussionen in den genannten Sparkassen – Herr Kollege Reif hat dies ausgeführt – beweisen, dass man sich insbesondere im Rhein-Main-Gebiet der Chance sehr wohl bewusst wird, diesen Konsolidierungsprozess, der nach meiner Einschätzung seit zehn Jahren überfällig ist, tatsächlich einzuleiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf etwas zurück, da ich auf einen Aspekt hinweisen möchte, den Herr Kollege Reif bereits angesprochen hat. – Herr Kahl, Sie haben in Ihrer Begründung gesagt, es werde dem Sparkassen- und Giroverband zusätzlich der Weg eröffnet, die Trägerschaft im Rahmen einer Verbandsparkasse zu übertragen. Durch eine Änderung des Fraspasgesetzes könne auch die Frankfurter Sparkasse einbezogen werden.

Zunächst möchte ich feststellen, dass sich dies nicht nur auf die Fraspa bezieht. Dies bezieht sich auf sämtliche Sparkassen im Lande Hessen. Ich erwarte eigentlich einen Aufschrei vieler Verwaltungsratsvorsitzender, denn ich frage mich, ob diese mit Ihnen wirklich einverstanden sind, dass der Sparkassen- und Giroverband künftig der Träger aller Sparkassen in Hessen sein kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wo steht das denn schon wieder drin?)

– Das steht in Ihrem Gesetzentwurf. Es bezieht sich nicht nur auf die Fraspa, sondern auf alle Sparkassen.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker haben sich dafür eingesetzt, das Stammkapital aufzuheben. Sie haben sich nicht dafür eingesetzt, dass der Sparkassen- und Giroverband zum Träger der Sparkassen in Hessen wird. Das ist ein gravierender Unterschied.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie ist das in Niedersachsen?)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang – Herr Kollege Reif hat dies bereits angesprochen – noch etwas zu Frankfurt sagen. Die Tatsache, dass wir die vertikale Lösung realisiert haben und dass die Frankfurter Sparkasse gemeinsam mit der Helaba diese Kooperation bzw. diese gesellschaftsrechtliche Konstruktion gefunden hat, hat mit dazu beigetragen, dass die Hessische Landesbank so dasteht, wie sie es heute tut. Dies ist die Realität.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kahl, die Hessische Landesbank ist die einzige Landesbank, die in Deutschland ein Geschäftsmodell entwickelt hat, das dazu beigetragen hat, dass die Landesbank heute so dasteht. Wenn Sie die Trägerschaft dem Verband übergeben wollen, dann legen Sie in Wahrheit die Axt an die Wurzel des Erfolgs der Hessischen Landesbank. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kahl, ich werde nicht müde, das auch mit sozialdemokratischen Kommunalpolitikern vor Ort zu diskutieren, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass Sie wollen, dass Sparkassen in die Trägerschaft des Verbandes kommen. Daher fragt man sich in der Tat, wer Ihren Gesetzentwurf geschrieben hat, um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie dies innerhalb der SPD-Fraktion intensiv diskutiert haben und ob Sie darüber nachgedacht haben, was dies bedeutet. Der hessische Sparkassen- und Giroverband ist ein Verband, der die Sparkassen in Hessen gegenüber allen anderen Institutionen, unter anderem auch gegenüber dem Land, zu vertreten hat. Diese Interessen der Sparkassen sind völlig verschieden. Die Stadtsparkasse in Grebenstein hat andere Interessen als die Kreissparkasse in Offenbach.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Sie nun aus diesem Sparkassen- und Giroverband einen Träger machen, dann wird er nach meiner Einschätzung selbst gewerblich tätig; er wird ein eigenständiges Finanzinstitut. Das hat mit der bisherigen Konstruktion nichts zu tun. Daher sollten Sie nicht mehr von regionaler Identität sowie Stärken der Region sprechen, denn Sie würden damit die Voraussetzung für eine Verbundsparkasse in Hessen – in der Trägerschaft des Sparkassen- und

Giroverbandes – schaffen, wobei Sie die Landesbank nicht mehr interessiert.

Die FDP-Fraktion ist an einer sehr intensiven Diskussion dieser Frage interessiert. Wir haben zu der Frage, inwieweit Private in den Verwaltungsräten von Sparkassen sitzen sollten, unterschiedliche Auffassungen. Uns geht es aber auch darum, gerade die Sparkassen als Wettbewerber gegenüber den Privat- und Genossenschaftsbanken zu stärken. Hierfür ist das Stammkapital eine Möglichkeit. Deswegen meine ich, dass wir hierüber noch einmal ernsthaft nachdenken sollten – gerade vor dem Hintergrund des Konsolidierungsprozesses in der Rhein-Main-Region.

Herr Reif hat auch gesagt, wir haben eine andere Entwicklung in Frankfurt, als das in anderen, insbesondere ländlich strukturierten Regionen innerhalb Deutschlands der Fall ist. Deswegen brauchen wir diese Stärkung. Sie haben darauf hingewiesen: In Offenbach wird diese Frage diskutiert.

Lassen Sie mich deswegen noch einen letzten Aspekt in diese Diskussion einbringen. Ich habe eingangs gesagt: Da wird so merkwürdig differenziert zwischen dem Gemeinwohl einerseits und der Gewinnmaximierung andererseits. Merken wir denn nicht, wie sich die Situation für die Finanzwirtschaft und auch für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in den letzten 15 Jahren grundlegend geändert hat? Es ist eben nicht mehr selbstverständlich, dass mein Sohn oder meine Enkelin automatisch Kunde der Sparkasse wird. Das ist vorbei. Wir haben es mit Direktbanking zu tun. Wir haben es damit zu tun, dass die Privatbanken wieder in die Finanzierung der mittelständischen Unternehmen zurückkehren. Sie haben mittlerweile eingesehen, welchen Unsinn sie in der Vergangenheit verzapft haben. Deswegen haben wir die Situation, dass sich die Kreissparkassen in ganz unterschiedlichen Problemlagen befinden. Das war der Ausgangspunkt, um diesen Sparkassen zu helfen.

Lassen Sie uns das bitte in einer Anhörung auch mit den Kommunen sehr intensiv diskutieren. Ich appelliere an die Sozialdemokraten, die Frage der Trägerschaft noch einmal ernsthaft zu überprüfen. Denn auch diese Fragen haben – Herr Kahl, um auch das zu sagen – damals in der Diskussion seitens der SPD gar keine Rolle gespielt. Ich kann mich an keinen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung entsinnen, in dem Sie die Trägerschaft des Sparkassen- und Giroverbandes gefordert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben in Ihrer Presseerklärung, als Sie das dargestellt haben, gesagt: „Wir wollen ein Wahlversprechen einhalten.“ Dafür habe ich Verständnis. Darüber kann man diskutieren. Aber es ist nicht die Einlösung eines Wahlversprechens, wenn Sie die Trägerschaft des Sparkassen- und Giroverbandes in dem Gesetz vorsehen wollen. Deswegen noch einmal: Lassen Sie uns das sehr sachlich diskutieren. Ich glaube, die Sozialdemokraten würden vielen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern einen Bären dienst erweisen, wenn Sie dies so machen.

Meine Damen und Herren, ich erkläre für die FDP noch einmal – das habe ich im Landtag schon häufiger gemacht –: Wir sind für die drei Säulen. Gerade weil wir um die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens in Hessen wissen, möchten wir, dass sie wettbewerbsfähig bleiben. Wir sollten auch über andere Modelle in diesem Zusammenhang nachdenken. In der Diskussion sind auch

Stiftungssparkassen und Ähnliches mehr, um diese Ausgangssituation der Sparkassen nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern. Dabei lege ich sehr großen Wert darauf: Wir haben kein Interesse daran, einen Dissens zwischen Landesbanken und Sparkassen zu intensivieren. Sparkassen und Landesbanken gehören nach unserer Auffassung zusammen, weil sie beide in unterschiedlichen Funktionen wichtige Aufgaben wahrnehmen, um die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten und sonstigen Dienstleistungen sicherzustellen. Darum geht es uns. Ich wäre dankbar, wenn wir in diesem Sinne in den Dialog über diesen Gesetzentwurf der SPD eintreten könnten. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Das Wort zu einer Kurzintervention erhält Herr Kollege Frankenberger für die SPD-Fraktion.

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Posch, dass wir in der Sache unterschiedlicher Auffassung sind, das liegt in der Natur der Sache. Das ist in Ordnung. Herr Kollege Posch, was aber nicht geht, ist, dass Sie Sozialdemokraten bewusst falsch verstehen

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

und so tun, als wäre das die Meinung der Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Posch, ich habe in meiner Begründung kein einziges Mal gesagt, dass sich Gewinnmaximierung und Gemeinwohlorientierung ausschließen. Wenn Sie das hier so hinstellen, dann ist das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Posch, wir wollen sehr wohl, dass Sparkassen auch Gewinne machen. Warum hätten wir sonst in unserem Gesetzentwurf auf eine Veränderung der Ausschüttungsregelungen gedrängt? Was wir aber nicht wollen – das ist offenbar der Unterschied zwischen Ihnen und uns –, ist, dass allein die Renditeerwartung über die anschließende Verwendung des Gewinns entscheidet, dass wir die Rendite allein an den Erwartungen der Aktionäre ausrichten, sondern wir wollen, dass der Gewinn auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in Form von Stiftungen, von Kultursponsoring usw. zugute kommt. Das ist der Unterschied. Meine Damen und Herren, damit die Sparkassen auch in Zukunft vor Ort weitermachen können, wollen wir starke Sparkassen in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie recht herzlich: Lassen Sie uns in der Sache um unterschiedliche Positionen ringen.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Das ist in Ordnung. Aber stellen Sie uns nicht so hin, als würden wir sagen, dass sich Gewinnmaximierung und Gemeinwohlorientierung ausschließen. Das, was Sie hier gemacht haben, war nicht fair.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Kollege Frankenberger. – Das Wort erhält Herr Staatsminister Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Zielsetzung sind wir uns offenbar alle einig: dass es auch in Zukunft starke Sparkassen geben muss, die leistungsfähig und zukunftsfähig sind. Bei der Frage, wie das zu erreichen ist und wozu, gibt es schon hier und da bemerkenswerte Unterschiede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns deutlich klarmachen, dass wir die Frage nach der Funktion von Sparkassen, nach der Funktion von Privatbanken und von Genossenschaftsbanken nicht sozusagen aus sich heraus begründen können, sondern dass ihre Aufgabe und Berechtigung daraus erwächst, für die Bürger, für die Wirtschaft, bezogen auf die Sparkassen insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, Dienstleister zu sein und damit einen Beitrag zu leisten, dass wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und damit insgesamt die soziale Sicherung in unserem Land dauerhaft ermöglicht werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Kontext der Aufgaben des Finanzwesens insgesamt spielen die Sparkassen eine besondere Rolle aufgrund ihrer Tradition, vor allem aber wegen der Tatsache, dass ihre Trägerinnen und Träger kommunale Körperschaften sind und damit eine unmittelbare Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern in den jeweiligen Regionen hergestellt ist. Es ist wichtig, dies zu betonen und noch einmal herauszustreichen. Aber noch wichtiger ist es, die Frage zu stellen und auch zu beantworten, wie es den Sparkassen gelingen kann, dass sie in dieser spezifische Funktion in dem Dreisäulen-Prinzip von Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen auch in Zukunft ihre Leistung erbringen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man nicht erreichen, indem man hier bestimmte Thesen aufstellt, indem man den öffentlichen Auftrag beschwört, sondern dies ist nur zu erreichen für und durch die Sparkassen, wenn sie im Wettbewerbsmarkt dauerhaft ihre Überlebensfähigkeit sichern können. Dieser Wettbewerb ist härter geworden. Er ist enger geworden. Ein harter Wettbewerb ist allemal zum Vorteil aller Kunden. Denn damit wird das erreicht, was wir eigentlich wollen: einen zunehmenden Käufermarkt und weg vom Verkäufermarkt. So weit, so gut für die Kunden.

Aber die Frage für die Sparkassen lautet: Wie können sie in Anbetracht engerer Zinsmargen, zunehmender Herausforderungen hinsichtlich des Ertrages bei Kosten, die sich nicht von selbst reduzieren lassen, auf die Ertragsziele bezogen, die richtigen Weichenstellungen vornehmen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sie bei den Konditionen über Zinsen am Markt nicht aussteigen und verlieren wollen – dort können sie nicht nachgeben –, muss ihr Fokus auf Optimierungsmöglichkeiten gerichtet sein, um im Kostendegressionsprozess entscheidend voranzukommen.

Dafür haben wir als Hessische Landesregierung durch den Landtag in der letzten Legislaturperiode durch die Novellierung des Sparkassengesetzes, das heute im Zusammenhang mit dem Änderungsgesetzentwurf disku-

tiert und resümiert wird, die entscheidenden Konsequenzen gezogen, indem wir für die Sparkassenträger, also für die Kommunen, eine weitere Option eröffnet haben, um die Zusammenarbeit auf eine tragfähige Kapitalvereinbarungsbasis zu stellen – nicht mehr und nicht weniger.

Wer sich heute hierhin stellt und gegen das Stammkapital redet, also diese Frage negativ bewertet, vor allem die Übertragbarkeit dieses Stammkapitals als eine Möglichkeit der Kommunen, der spricht den Kommunen von diesem Platz aus ein großes Misstrauen aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Frankenberger, insofern ist Ihr Antrag in höchstem Maße kommunalfeindlich. Das muss hier auch deutlich formuliert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Sparkassengesetz, wie es jetzt gilt, hat drei oder vier klare Bekenntnisse der Landesregierung und der Mehrheit im letzten Landtag zum Inhalt gehabt: erstens das klare Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft, zweitens das klare Bekenntnis zum Regionalprinzip, drittens das klare Bekenntnis zu der zunehmend auch eigentumsmäßigen Verantwortung der Kommunen, und in diesem Gesetz hat – davon sprechen Sie nicht – die Integration des bewährten und erfolgreichen Verbundkonzepts des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen mit Einzug gehalten.

(Reinhard Kahl (SPD): Das gab es schon vorher!)

– Das steht neu im Gesetz, Herr Kahl, deswegen müssen Sie es mit beurteilen.

Heute können wir also bereits Bilanz ziehen, und heute können wir feststellen – das ist hier schon gesagt worden, aber ich möchte es noch einmal auch zur Zufriedenheit der Hessischen Landesregierung betonen –, dass die hessischen Sparkassen und insbesondere die Verbundbank Hessische Landesbank im Vergleich mit allen anderen Landesbanken in Deutschland – ich muss das nicht im Einzelnen dokumentieren – hervorragend dastehen. Meine Damen und Herren, unser Dank sollte den Verantwortlichen gelten, weil diese hervorragende Position letztlich auch Konsequenz dessen ist, was wir im Hessischen Landtag in der letzten Legislaturperiode gemeinsam erreicht haben, nämlich den Sanierungs- und Stützungsfall Frankfurter Sparkasse mit den Möglichkeiten des Fraspasgesetzes zu handeln und zu einem guten Ende zu bringen. Die Frankfurter Sparkasse, die bei den G 8 – diesen Begriff gibt es an anderer Stelle auch noch einmal –, nämlich bei den größten acht Sparkassen in Deutschland, die rote Laterne hatte, konnte sich inzwischen wieder auf einen guten Mittelplatz nach vorne arbeiten. Dies ist das Ergebnis der Möglichkeiten, die wir im Landtag geschaffen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ist die Entwicklung nicht zu Ende – ganz im Gegenteil. Die Herausforderungen für die Sparkassen nehmen zu. Es freut mich, dass wir derzeit keinen Stützungsfall haben, und es soll einen solchen Sanierungs- und Stützungsfall auch nicht geben. Aber wir haben mit diesem neuen Sparkassengesetz Vorsorge getroffen, damit das, was wir bei der Frankfurter Sparkasse durch dieses spezielle Gesetz, also Lex specialis, erreichen konnten, an dieser Stelle nun mit Stammkapitalbildung und Übertragbarkeit, nicht Handelbarkeit, wie Sie sagen, sondern in definierten Grenzen mögliche Übertragbarkeit, für einen solchen Fall eines Falles durch

schnelles Handeln zum Wohl der Sparkassen auch ermöglicht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie wirklich diese Möglichkeit nehmen? Wollen Sie wirklich in einer solchen Situation die Gefahr heraufbeschwören, dass mit der Schwächung einer Sparkasse ein ganzer Dominoeffekt zustande kommt? Es kommt nicht von ungefähr, dass sowohl beim Rating als auch besonders bei der Verbundbank Hessische Landesbank Spitzenwerte erzielt werden, und das soll so bleiben.

Allerdings lehnen Sie, Herr Frankenberger, nicht nur das ab, sondern wollen das sozusagen rückabwickeln. Ihre Rede, die Sie gehalten haben, war deshalb eine Rede von gestern. Das war eine Rede rückwärts. Und wenn Stillstand schon Rückschritt ist, Herr Frankenberger, ist eine rückwärtsgewandte Rede und eine rückwärtige Position ein Gehen in die Sackgasse, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb möchte ich noch einmal Ihr Angebot sondieren. Sie haben in Ihrem einleitenden Satz – ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist – Ihre Begründung und Motivation und die Autorenschaft für Ihren Gesetzentwurf hier wirklich öffentlich verraten. Sie haben einleitend gesagt – es ist im Protokoll nachzulesen –, dass das Sparkassengesetz der letzten Legislaturperiode die Sparkassenorganisation geschwächt habe. Geht es Ihnen um die Sparkassenorganisation und ihren Einfluss, oder geht es Ihnen wirklich wie uns um die Leistungsfähigkeit der Sparkassen?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Offenkundig wird dies nun auch, Herr Frankenberger, in Ihrem Gesetzentwurf selbst, in dem Sie die Möglichkeit einer Verbandsträgerschaft für eine Sparkasse vorschlagen. Ich halte das schon für ökonomisch falsch. Warum sollte ein Institut, ein Verband sozusagen aus einer indirekten Position, aus einer marktfernen Position Handel und Sanierungsarbeit im Unterschied zu einem Institut leisten können, das tagtäglich unmittelbar am Markt herausgefordert ist und seine Leistungsfähigkeit beweist, wie beispielsweise im Fall der Fraspas oder der Helaba?

Das ist die ökonomische Betrachtung. Allein schon von daher ist es aus meiner Sicht nicht sinnvoll. Noch weniger sinnvoll ist es aber aus der Frage heraus: Was bedeutet dies für die Risikoträgerschaft, für die Leistungsfähigkeit unter der Frage des Eigenkapitals für eine künftige Sparkassenorganisation insgesamt? Da lohnt ein Blick in das Kreditwesengesetz, das eindeutig vorschreibt, dass dann, wenn ein Verband nicht nur Vermögensverwalter ist wie in unserer Situation, also mittelbar Träger einer Sparkasse, sondern wenn er direkt in die Trägerschaft einschreitet, dieser nicht mehr nur Vermögenshalter ist, sondern unternehmerisch tätig.

Vizepräsident Hermann Schaus:

Herr Minister, die Redezeit ist zu Ende.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich komme zum Ende. – Das hat eine wesentliche Konsequenz für die Steuerlast der Sparkassen. Damit würden Sie die Sparkassen insgesamt in ihrem Potenzial schwächen, ihren Auftrag wahrzunehmen.

Ich komme zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Genauso wie es richtig ist, dass das Sparkassengesetz, wie es bisher besteht und wie es beschlossen worden ist, den Sparkassen eine Perspektive, Verlässlichkeit und auch EU-Tauglichkeit gibt, so falsch ist es, diesem Gesetzentwurf der SPD zuzustimmen, weil er genau in die falsche Richtung, nämlich in die Sackgasse, führen würde. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort in der zweiten Runde erhält Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Rhiel, ich glaube, es gibt genügend verantwortliche CDU-Kommunalpolitiker, die bei dem Schritt, Stammkapital abzuschaffen, auf unserer Seite sind. Das wissen Sie sehr genau, und Sie wissen auch sehr genau, dass Ihr Gesetzentwurf, den Sie in der letzten Legislaturperiode mit der absoluten Mehrheit hier durchgesetzt haben, ganz klar gegen den großen Teil der Verantwortlichen vor Ort, sowohl in den Sparkassen als auch bei den kommunalen Trägern, durchgesetzt worden ist. Das war ein Gesetz gegen die Sparkassen und nicht für die Sparkassen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir hier rückabwickeln, weil es notwendig ist, die Sparkassen zu stärken und sie nicht zu gefährden. Wir sind klar für regional verankerte Sparkassen und für die öffentlich-rechtliche Trägerschaft und gegen jede Schwächung von Sparkassen.

Es ist schon eine interessante Geschichte, dass Sie von dem Verbundkonzept als Ihrer Position reden. Dabei wissen Sie sehr genau, dass das Verbundkonzept eine originäre Geschichte ist, die die Sparkassen zusammen mit der Helaba und dem Verband gemeinsam aufgestellt haben. Meine Damen und Herren, das hat mit Ihrem Gesetz relativ wenig, wenn nicht sogar überhaupt nichts zu tun. Das ist eine Freiwilligkeit zwischen den Betroffenen.

Wir haben gegenüber den kommunalen Trägern der Sparkassen kein Misstrauen. Im Gegenteil, wir reden mit den kommunalen Trägern und wissen sehr genau, dass unser Gesetzentwurf, wie wir ihn vorlegen, die Zustimmung der kommunalen Träger findet. Wir sind der Auffassung, dass Stammkapital wieder abgeschafft werden muss.

Sie reden so wunderbar von der Übertragbarkeit des Stammkapitals. Sprache ist sehr verräterisch. Übertragbarkeit von Stammkapital heißt weiter nichts, als dass Stammkapital im Rahmen von Sparkassenträgern oder der Helaba verkauft wird. Es ist ein Verkauf, und dies schwächt die Sparkassenfamilie insgesamt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Warum?)

Wenn Geld aus dem System herausfließt, dann können Sie sich nicht hierhin stellen und sagen, es handele sich um eine Stärkung der Sparkassen.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund sind wir für die Abschaffung des Stammkapitals.

Jetzt noch eine kurze Bemerkung zur Frankfurter Sparkasse. Dass die Landesbank – übrigens mit Zustimmung des ganzen Hauses – die Frankfurter Sparkasse übernommen hat, war in der Situation die richtige Antwort. Es hat dazu geführt, dass die Frankfurter Sparkasse jetzt wieder auf einem Weg ist, von dem wir sagen können, es handelt sich um eine Sparkasse, die zumindest den Weg der Gesundung beschritten hat. Das bestreitet an der Stelle niemand. Was wollen wir aber mit unserer weiteren Option? Wir wissen, dass die Sparkassen im Rhein-Main-Gebiet einer hohen Konkurrenz ausgesetzt sind. Aus diesem Grund wollen wir die Sparkassen im Rhein-Main-Gebiet stärken.

Herr Minister, Sie haben im Moment zwei Möglichkeiten. Die erste ist die Fusion von Sparkassen. Die zweite Möglichkeit ist, einen Zweckverband zu gründen, um zu größeren Einheiten zu kommen. Das, was wir als dritte Möglichkeit vorschlagen, ist, auf freiwilliger Basis unter der Regie des Sparkassen- und Giroverbands zu anderen, größeren Einheiten zu kommen.

(Clemens Reif (CDU): Was nicht geht!)

Deswegen ist das, was hier drinsteht, eine weitere Möglichkeit, um im Rhein-Main-Gebiet zu größeren wettbewerbsfähigen Einheiten zu kommen. Wer das in welcher Form in Anspruch nimmt, entscheiden die Gremien ganz allein, die regionalen Sparkassen und die Gremien des Verbands. Der Verband ist doch nicht irgendwer. Er ist doch genau der Interessensvertreter sowohl der kommunalen Träger als auch der Sparkassen selbst.

Herr Posch, deswegen sagen wir selbstverständlich nicht, dass der Verband jetzt Träger sein soll. Im Übrigen gibt es dies in anderen Bundesländern auch, das wissen Sie sehr genau. Dabei handelt es sich nicht unbedingt um sozialdemokratisch geführte Länder.

Wir sorgen dafür, dass neben Fusionsmöglichkeiten und neben der Frage des Zweckverbands eine dritte Möglichkeit gegeben ist, um im Rhein-Main-Gebiet zu leistungsfähigeren Einheiten zu kommen. Es ist wichtig, das System nicht durch den Verkauf von Anteilen zu schwächen. Das ist das, was wir an dieser Stelle wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen, und wir freuen uns ganz besonders auf die Diskussion mit den kommunalen Trägern und den kommunalen Sparkassen.

Herr Minister, ein klein bisschen Bescheidenheit in dieser Frage wäre auch angebracht. In erster Linie geht es um die kommunalen Sparkassen und nicht um Landesinteressen. Deswegen sind wir dafür, die Sparkassen und ihre Einheiten zu stärken und sie nicht durch den Verkauf von Stammkapital zu schwächen. Dies ist außerdem europarechtlich bis heute nicht geklärt.

Unser Angebot an die Sparkassen und kommunalen Träger ist mit diesem Gesetzentwurf ein Schritt in die richtige Richtung. Die Sparkassen werden gestärkt und nicht geschwächt, wie Sie im Grunde die Sparkassen schwächen, indem Sie Stammkapital ausweisen lassen wollen und dazu die Möglichkeit schaffen, dass Privatbanken sich beim Europäischen Gerichtshof einklagen können. Unser Angebot dieses Gesetzentwurfs ist richtig.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Wie bei Herrn Beck in Rheinland-Pfalz!)

– Wissen Sie, jetzt kommt wieder Herr Beck.

Vizepräsident Hermann Schaus:

Herr Kahl, ich darf Sie daran erinnern, dass die Redezeit beendet ist.

(Unruhe bei der CDU)

Reinhard Kahl (SPD):

Mir wäre es lieber, wenn Sie sich öfter auf Herrn Beck beziehen würden; da können Sie ein ganzes Stück lernen.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU):
Wie es falsch gemacht wird! – Weitere Zurufe von der CDU)

Kurt Beck und das Gesetz in Rheinland-Pfalz sehen keine Übernahme von Sparkassen durch die Landesbank vor. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Herr Minister, wir freuen uns auf die Diskussion. Wir stehen an der Seite der Sparkassen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Kollege Kahl. – Das Wort erhält die Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich habe von der Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, noch einmal Gebrauch gemacht. Ich möchte bei Herrn Kollegen Lortz und seiner Kurzintervention beginnen. Herr Lortz, bei allem Respekt, ich möchte mir keine Unredlichkeit unterstellen lassen,

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

vor allem nicht von Ihrer Fraktion, die derzeit ein 100-seitiges Pamphlet über meine Fraktion verbreiten lässt, das voll ist von Unwahrheiten, Mutmaßungen und Verdächtigungen, die der Realität überhaupt nicht standhalten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist kein Pamphlet! Das ist nachweisbar, das ist die Wahrheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Darüber werden wir an anderer Stelle noch einmal reden; dass es nachweisbar ist, sehe ich so nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Unruhe bei der CDU)

Zur Sache. Es geht hier nicht um irgendeine Neuerung. Es geht um die Wiederherstellung des Zustands, wie er bis zum letzten Jahr war. Es geht hier mitnichten um die Einführung des Sozialismus in Hessen. Das müssen Sie hier gar nicht so hinstellen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das wollen Sie aber doch! – Unruhe bei der CDU)

– Auch das will ich, Herr Wagner, dafür lasse ich mir ein bisschen mehr Zeit.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! Das wollte ich hören!)

– Sie machen jeden Tag Pressemitteilungen, dass DIE LINKE ihr wahres Gesicht zeigt. Das tun wir ja, ich zeige Ihnen ja auch mein wahres Gesicht.

(Unruhe bei der CDU)

Im Übrigen freut es mich sehr, wenn Sie sagen, dass Sie mitnichten beabsichtigen, durch die Stammkapitalbildung Privatisierungen einzuleiten. Herr Lortz, das freut mich. Ich freue mich über jede Gemeinsamkeit, die ich mit Ihnen habe, vor allem an Stellen, wo ich es gar nicht vermutet hätte. Wenn Sie es auch nicht wollen, so müssen Sie trotzdem wahrnehmen, dass es eine Gefahr gibt. Die Vorstöße aus Brüssel haben immer wieder den öffentlichen Bankensektor geschwächt. Da geht es um den Sparkassenbezeichnungsschutz. Da sah die EU-Kommission einen Verstoß gegen die Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit. Es gab die Drohung wettbewerbsrechtlicher Verfahren gegen die Sparkassen- und Genossenschaftsverbände. Das ist das Agieren der EU im Fall der LBB und der Berliner Sparkasse. Das ist das Regionalprinzip der Sparkassen. Es geht darum, den Eintritt neuer Marktteilnehmer zu verhindern, und stellt daher eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung dar. Es wird gerade geprüft, ob es dazu ein Verfahren geben wird. Alle diese Punkte sprechen doch eine ganz deutliche Sprache, da kann man doch nicht einfach drüber hinwegsehen.

Grundsätzlich hat die EU-Kommission in der Wettbewerbspolitik umfassende Befugnisse. Dazu gehört auch das Nichtigkeitserkennen von wettbewerbsbeeinträchtigenden Absprachen. Die Bildung und Handelbarkeit von Stammkapital ist eine Einladung an die Privatbanken, in Brüssel zu klagen. Es ist eine Einladung, und das nehmen Sie in Kauf.

Sie nehmen die rechtlichen Bedenken nicht ernst. Diese Bedenken werden nicht nur von der LINKEN geäußert, sondern auch von ganz vielen anderen Stellen, sogar aus der EU selbst. Wenn Sie das einfach wegwischen und die Risiken in Kauf nehmen, muss ich Ihnen – auch wenn es mir, ganz ehrlich gesagt, schwerfällt bei der Rechtsanwaltsdichte in Ihren beiden Fraktionen – juristische Blauäugigkeit unterstellen. Wenn ich Ihnen das nicht unterstelle, glaube ich, dass eine Absicht dahinter steht. Wenn das nicht der Fall ist, gehen Sie doch bitte in das Verfahren, lassen Sie uns eine Anhörung durchführen, und hören Sie sich in Ruhe die juristischen Bedenken, die es gibt, an, dass das Gesetz eben vor dem Europäische Gerichtshof nicht standhält. Hören Sie sich die Bedenken an, und wischen Sie sie nicht einfach vom Tisch. Nehmen Sie bitte auch die 80.000 Menschen ernst, die für den Erhalt und gegen die Stammkapitalbildung bei den Sparkassen Unterschriften geleistet haben. Nehmen Sie diese 80.000 Menschen ernst. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort erhält der Kollege Reif von der CDU-Fraktion.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zu einigen kleinen Bemerkungen, die Herr Kahl hier gemacht hat, noch einmal Stellung zu beziehen. Herr Kollege Kahl, Sie haben in Rheinland-

Pfalz zunächst einmal die Möglichkeit des Stammkapitals und der Übernahme von Sparkassen beschlossen.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich war nicht dabei!)

– Das war Ihre Partei, und das war Herr Beck. Sie haben eben das Hohelied von Herrn Beck gesungen.

Die Rheinland-Pfälzer können aber froh sein, dass Sie die Verbindung zwischen ihren Sparkassen und ihrer eigenen Landesbank nicht hergestellt haben. Sie sind nämlich nicht mehr Herr ihrer eigenen Landesbank. Das Zentrum der rheinland-pfälzischen Landesbank hat sich von Mainz nach Stuttgart bewegt.

(Zuruf von der CDU: Ei, ei, ei!)

Da ist zwar noch ein Vorstand, er nennt sich Vorstandsvorsitzender, er ist aber eingepflegt in das System der LBBW. Ich empfehle Ihnen einmal auf der Website der LBBW nachzuschauen. Sie werden neben der Sachsen Bank auch die Landesbank von Rheinland-Pfalz finden. So weit ist das bei Ihrem Kollegen Beck mittlerweile, er ist nicht mehr Herr im eigenen Hause.

(Beifall bei der CDU)

Das ist bei uns vollkommen anders. Herr Posch hat es eben deutlich und sehr eindrucksvoll geschildert. Wir haben z. B. bei der Übernahme der Fraspa bewiesen, welche Sinnhaftigkeit die Möglichkeit hat, unter das Dach der Helaba zu schlüpfen. Diese Fraspa hat sich innerhalb kürzester Zeit in eine gute Richtung entwickelt, wobei wir überhaupt nicht annähernd annehmen konnten, dass das so schnell geht – mit allen Möglichkeiten der Gesundung bis hin zur Etablierung einer Direktbank, die natürlich bundesweit im Wettbewerb tätig sein kann. Das ist eine hervorragende Situation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Drittes erwähnen. Herr Kahl, wovor haben die Sparkassen in Hessen Angst? Etwa vor der Hessischen Landesbank? Ihnen gehört doch die Hessische Landesbank zu 85 %.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich bin seit 38 Jahren Geschäftsmann. Ich habe noch nie Angst gehabt vor Gesellschaften, in denen ich selbst Gesellschafter gewesen bin.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das muss mir einer erklären, wie das funktionieren soll. Insofern sage ich: Die hessischen Sparkassen sind Herr im Haus der Hessischen Landesbank.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

Was wollen wir eigentlich mit unseren 10 % in Hessen und 5 % in Thüringen? Die Sparkassen bestimmen in der Hessischen Landesbank, was gemacht wird und was nicht gemacht wird. Wenn sie nicht wollen, dass die einzelne Sparkasse unter das Dach der Helaba schlüpft, dann wollen sie es nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

Aber schauen Sie es sich an: Vielleicht wäre es in Offenbach geradezu ein Himmels Geschenk, wenn die Offenbacher Stadtparkasse endlich unter das Dach der Helaba schlüpfen könnte und eine ähnliche Entwicklung durchmachen könnte wie beispielsweise die Fraspa in den vergangenen zwei Jahren. Das wäre doch ein Segen für die Helaba, für die Stadtparkasse in Offenbach und für das

gesamte Rhein-Main-Gebiet. Das ist doch nicht zum Schaden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Schauen wir auf die andere Seite. Wie haben wir es hier in Wiesbaden? Schauen wir uns die Naspa mit ihrer komplizierten Eignerstruktur an. Hier sind wir Hessen gar nicht mehr alleine. Da sind die Altenkirchener, die Diezer und die Lahnsteiner. Ich habe meinen Wahlkreis in der Nähe zu Rheinland-Pfalz, direkt an der Grenze. Wenn ich mich mit dem Bürgermeister von Rennerod unterhalte, der einmal in meinem Wahlkreis wohnte und der Verbandsvorsitzer der Naspa ist, dann sagt der mir: Wir erwirtschaften in Rheinland-Pfalz, in Altenkirchen, in Lahnstein und in Diez, das Geld, das ihr in Wiesbaden verwirtschaftet. – So kompliziert ist die Angelegenheit.

Wenn die aus diesem Bankhaus herausgehen, dann würden wir uns wundern. Dann hätten wir das nächste Problem, das wir lösen müssten. Ich glaube nicht, dass der Verband mit den Sparkassen insgesamt das lösen kann, weil diese dann in Anspruch genommen würden, sondern das kann nur durch ein starkes Haus, nämlich eine starke international ausgerichtete Bank wie die Helaba, geschehen. Seien wir froh, dass wir dieses Haus in diesem Zustand haben. Stärken wir dieses Haus im Interesse der hessischen Sparkassen. Es ist das Tor zur globalen Welt, das die Sparkassen benötigen. Sorgen wir dafür, dass die Gesundung in diesem Bereich sowohl der Helaba wie auch des gesamten Sparkassenwesens in der Zukunft eine Voraussetzung für den Erfolg des Sparkassenwesens in Hessen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Hermann Schaus:

Vielen Dank, Herr Kollege Reif. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts abgeschlossen.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse, darf ich darauf hinweisen, dass sich der Ältestenrat um 14.45 Uhr in Raum 103 A trifft. – Ich wünsche Ihnen guten Appetit. Die Beratung geht um 15 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 13.04 bis 15.01 Uhr)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur Nachmittagssitzung ganz herzlich.

Ich freue mich, einen ehemaligen Kollegen auf der Zuschauertribüne begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen, Harald Polster.

(Allgemeiner Beifall)

Wie ich sehe, geht es Ihnen gut. Schön, dass Sie da sind.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Plätzen finden Sie einen weiteren Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Stümperei der geschäftsführenden Landesregierung bei der Mittagessenversorgung für Kinder aus finanzschwachen Familien in Schulen, Drucks. 17/87. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Kein Widerspruch. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 42. Redezeit: fünf Minuten? – Dann ist das so verabredet.

Weiterhin eingegangen und auf den Plätzen vorliegend ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vertrag von Lissabon – transparentere, demokratischere und handlungsfähigere EU verwirklichen, Drucks. 17/88. Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 43, und er wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 30 aufgerufen. – Kein Widerspruch, dann können wir so verfahren.

Verabredungsgemäß darf ich den Setzpunkt der SPD-Fraktion aufrufen, **Tagesordnungspunkt 14:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ja zum neuen Entwicklungsmodell der sozialen Moderne für Rhein-Main: Nachhaltige Metropolita 2020 – die Region braucht die Internationale Bauausstellung – Drucks. 17/28 –

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 38** aufgerufen:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend die IBA – eine Chance; der IBA eine Chance – Drucks. 17/82 –

Zur Begründung des Antrags der SPD-Fraktion darf ich Herrn Schäfer-Gümbel das Wort erteilen. Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich zu Beginn der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, dass die Zeit der Selbstblockade bei einem der größten Infrastrukturprojekte für das Rhein-Main-Gebiet offensichtlich beendet ist.

(Beifall bei der SPD)

Anders kann man den Dringlichen Entschließungsantrag der Union und der FDP nicht verstehen, wobei ich sagen muss, dass die Position der Liberalen schon in der letzten Periode sehr eindeutig und klar war.

Ich will zunächst an die Entstehungsgeschichte der Debatte über die Internationale Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet erinnern. Wir erinnern uns: Als im vergangenen Jahr die Machbarkeitsstudie von Prof. Jourdan vorlag, haben wir, nachdem in den verschiedensten kommunalen und Wirtschaftskreisen im Rhein-Main-Gebiet über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dieses Ansatzes diskutiert wurde, ein eigenes Programmpapier formuliert, in dem wir als Sozialdemokraten betont haben, dass wir ein solches Projekt für notwendig und für sinnvoll halten. Wir halten das Projekt deswegen für sinnvoll, weil eine Internationale Bauausstellung modellhaft Antworten auf die besonderen städteplanerischen und regionalplanerischen Herausforderungen der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main geben kann.

Wir waren hochgradig darüber verwundert, dass die Union zu diesem Zeitpunkt nicht bereit und nicht willens war, diesen Weg mitzugehen, obwohl Teile der Union in der kommunalen Familie und auch das Land selbst an diesem Prozess beteiligt waren. Wir haben das deswegen nicht verstanden, weil eine IBA sowohl die Integrationsfähigkeit der Region beweisen als auch ein Identifikationsprojekt für die Region werden könnte, mit dem wesentliche Blockaden in der Region überwindbar wären.

Ich will dabei gar nicht verniedlichen, dass in der Debatte um die Machbarkeitsstudie und bei dem, was innerhalb und außerhalb der Landesregierung diskutiert wurde, unterschiedliche Interessen eine gewisse Rolle gespielt haben. Wir werden über das wesentliche Thema morgen diskutieren, nämlich über die Frage: Erlaubt sich diese Landesregierung, neben dem Thema Kulturregion, wo sie sich selbst in Schwierigkeiten gebracht hat, eine zweite Baustelle in der Region aufzumachen? Über diesen Punkt werden wir morgen diskutieren, auch wenn die Entscheidungen des heutigen Tages, die zu parlamentarischen Initiativen getroffen werden, die ganz offensichtlich im Lichte gewisser Anträge entstanden sind und in den letzten Tagen in großer Hektik mit den kommunalen Christdemokraten verabredet wurden, morgen sicherlich separat zu würdigen sind.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was wollen Sie alles wissen?)

– Wissen wollen wir ganz viel, aber heute wollen wir erst einmal entscheiden.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich will von Ihnen wissen, worüber Sie hier reden, Herr Kollege!)

– Es ist ganz einfach, Herr Boddenberg. Wir reden über die Frage, warum zwei Ihrer Leute kurzfristig berufen werden, obwohl der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung von einem „neuen Stil“ und „neuer Kooperation“ gesprochen hat, warum Sie jetzt, nachdem Sie ein Dreivierteljahr nicht in der Lage waren, Personalentscheidungen zu treffen, diese jetzt im Schweinsgalopp auf schnellstem Weg durchsetzen, nachdem ein Antrag aus dem Parlament eingereicht worden ist, der die Frage der Kulturregion in diesem Hause noch einmal thematisieren will. Sie tun dies, damit Fakten gesetzt werden, damit Sie nicht mehr in die Lage kommen, mit uns über politische Positionen diskutieren zu müssen. Genau das wird Gegenstand der morgigen Debatte sein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

So viel zu der Frage, wie ernst das Angebot zur Kooperation in Wirklichkeit gemeint war.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, das war der eigentliche Grund dafür. Sie waren wegen dieser Großbaustelle offensichtlich nicht in der Lage, im vergangenen Jahr einen zweiten Entscheidungsprozess durchzuführen. Jetzt Sie sind in der Tat offensichtlich weitergekommen, und das ist gut so.

Jetzt kommen wir wieder zur Internationalen Bauausstellung. Die Selbstblockade ist beendet, und das ist gut so. Was kann eine Internationale Bauausstellung für die Region leisten? Ich will seitens meiner Fraktion ausdrücklich sagen, dass es bei einer Internationalen Bauausstellung nicht nur um schönes Bauen geht, sondern um konzeptionelle Lösungen für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen der Region. Es geht eben nicht nur um die Verbindung von Architektur, Stadt- und

Regionalentwicklung, sondern auch um die Auseinandersetzung mit lebens- und sozialreformerischen Ansätzen und Anforderungen. Das wird den einen oder anderen überraschen, aber wer sich mit dem Konzeptansatz der IBA beschäftigt hat, wird das wissen.

Deshalb ist die Internationale Bauausstellung aus unserer Sicht das Integrations- und Identifikationsprojekt in und für die Region Rhein-Main. Das ist die Chance, die eine Internationale Bauausstellung aus unserer Sicht bietet. Ich will ausdrücklich hinzufügen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Man sollte allerdings nicht den Eindruck vermitteln, dass eine Internationale Bauausstellung bei aller Wichtigkeit dieses Projektes eine universelle Antwort auf alle Probleme des Raumes geben könnte. Es wäre vielmehr ein Teilbeitrag.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Gut, dass auch die CDU das verstanden hat. – Deswegen ist das eine Frage, in der es nicht um eine nahezu religiöse Überhöhung des konzeptionellen Ansatzes geht, aber sehr wohl um eine ernsthafte Auseinandersetzung.

Ich will etwas zu den Bedingungen sagen, die nötig sind, damit die Internationale Bauausstellung aus unserer Sicht so funktionieren kann. Es geht in der Tat um die Verbindung von Leben, Arbeit, Umwelt und Verkehr in einer auf das höchste Maß belasteten, gleichzeitig aber prosperierenden Region. Diese Widersprüchlichkeit bietet Chancen und Gefahren. Genau an dieser Stelle will die Internationale Bauausstellung eine Antwort bieten. Deswegen kann die Internationale Bauausstellung weit über den Horizont einzelner Projekte hinaus konzeptionelle Anregungen gerade im Hinblick auf den Stadt-Umland-Konflikt geben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dazu ist es aber absolut notwendig, dass dieser Prozess anders als in den letzten Monaten organisiert wird. Was heißt das? Für mich ist völlig klar, auch nach den in Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes mit vielen Kolleginnen und Kollegen geführten Gesprächen, dass die Internationale Bauausstellung der Region vom Land keinesfalls aufoktroyiert werden darf.

Eine Internationale Bauausstellung kann nur funktionieren, wenn sie von der Region getragen wird. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger, für die Politiker und für die Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur. Letztlich geht es nämlich um eine Verbindung dieser Fragen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen geht es letztendlich nicht um die Entscheidung, dass das Land Hessen eine Internationale Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet organisiert, sondern darum, dass wir einen Prozess – einen Meinungsbildungsprozess – in der Region und mit der Region organisieren. Das Land kann hierbei Moderator, Mediator und Initiator sein. Aber es kann ganz sicherlich nicht die Ersatzmaßnahmen durchführen, die es hier an anderer Stelle – das Thema Kultur habe ich eben schon angesprochen – immer wieder vorgenommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber ausdrücklich sagen, dass genau diese Bedingung erfüllt ist. Wenn Sie die Zeitungen der letzten Tage aufmerksam gelesen und verfolgt haben, was dort im Zusammenhang mit der Wirtschaftinitiative Frankfurt Rhein-Main, der IHK Frankfurt und mit vielen anderen

Akteuren steht, die sich immer wieder positiv auf die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung bezogen haben, konnten Sie feststellen, dass es eine Grundsympathie für ein solches Projekt gibt.

Alle Entscheidungsträgerinnen und -träger wissen nämlich, dass wir diesen Herausforderungen eigentlich nicht länger ausweichen dürfen. Vor allem müssen wir endlich weg von isolierten Teilentscheidungen hin zu einem gemeinsamen Konzept zur Bewältigung dieser Herausforderung. Das ist eben die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung.

Ich will aber auch ein paar Bemerkungen zu der vorliegenden Machbarkeitsstudie machen. Wir hatten dazu eine Anhörung im Ausschuss, in der die Machbarkeitsstudie in aller Breite vorgestellt wurde. Ich will hier ausdrücklich sagen, dass die Machbarkeitsstudie ein paar interessante Ideen enthält. Aber ich glaube, dass wir uns darin einig sind: Die jetzt vorliegende Machbarkeitsstudie ist sicherlich kein Masterplan zur Umsetzung der Ideen für eine Internationale Bauausstellung. Sie ist nicht mehr als eine erste Hinführung auf dieses Thema.

Der Inhalt ist aber ganz sicherlich nicht umsetzungsfähig. Viele Aspekte, die uns im Sinne von Herausforderungen wichtig sind – Demografie, Mobilität, Integration und Klimaneutralität –, werden in der Machbarkeitsstudie von Herrn Prof. Jourdan überhaupt nicht behandelt. Das Landschaftsstadtbild ist sicherlich interessant. Aber es ist, sowohl städteplanerisch als auch regionalpolitisch, aus unserer Sicht eine völlig unzureichende Antwort.

Ich sage das auch deswegen, weil wir nicht wollen, dass die Internationale Bauausstellung zu einem Sammelsurium aus aneinandergereihten Einzelprojekten wird. Es geht eben nicht nur um schönes Bauen, sondern vor allem um ein nachhaltiges Entwicklungsmodell, das auf die drängenden Fragen der Region – Stichwort: Soziales, Ökonomie und Ökologie – Antworten findet.

Deswegen sage ich hier noch einmal sehr deutlich: Die Machbarkeitsstudie ist eine erste Hinführung. Sie ist sicherlich kein Handlungskonzept. Das muss erst entwickelt werden. Aber nach den Gesprächen, die in den letzten 48 Stunden geführt worden sind, habe ich den Eindruck, dass darüber Einigkeit besteht.

Der vorletzte Punkt betrifft die Organisation. Wir sind davon überzeugt – die Beispiele der vergangenen Internationalen Bauausstellungen zeigen das deutlich –, dass wir, wenn wir dahin gelangen, dass die Region sie trägt, letztlich nicht umhinkommen werden, eine eigenständige Trägergesellschaft zu bilden, die die Internationale Bauausstellung umsetzt. Dabei wird das Land sicherlich einen Finanzierungsanteil erbringen müssen.

Aber auch hier sage ich ganz klar, dass nicht das Land Hessen die Ersatzmaßnahme für die Region formuliert und dass deswegen auch die Region adäquat an der Umsetzung der Internationalen Bauausstellung zu beteiligen ist. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es dabei einerseits um die Finanzierung der Gesellschaft geht, die all das konzeptionell entwickeln und anschließend umsetzen muss. Es geht andererseits sicherlich auch um die Mittel, die notwendig sind, um IBA-Exzellenzprojekte umzusetzen.

Der Punkt, an dem das Land sicherlich am meisten in die Verantwortung genommen wird, betrifft die Grundfinanzierung und Bündelung von Förderwegen, so, wie das beispielsweise in NRW, aber auch in Hamburg derzeit pas-

siert. Wir sagen sehr deutlich: Wir werden sicherlich nicht einen eigenen Projekttopf bilden können – das ist unsere Auffassung –, aus dem dann große Verkehrsprojekte separat finanziert werden, sondern das muss aus den bestehenden Töpfen kommen. Dazu werden wir die Fördermittel bündeln müssen. Wir werden auch neue Fördermittel heben müssen. Beides halte ich für möglich, und ich weiß, dass das Haus daran arbeitet. Insofern bin ich an dieser Stelle sehr zuversichtlich, dass wir am Ende zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen.

Das ist meine abschließende Bemerkung: Ich glaube, es ist notwendig, dass wir auf der Grundlage der beiden jetzt vorliegenden Entschließungsanträge und unter Umständen auch aufgrund der Entschließungsanträge, die aus anderen Fraktionen kommen, in den Ausschussberatungen zu einer gemeinsamen Beschlussfassung gelangen; denn Projekte von einer solchen Dimension sind letztlich keine Projekte, die in einem großen politischen Streit zu entscheiden und anschließend umzusetzen sind. Das heißt aber auch – das will ich einschränkend sagen –, es muss erkennbar sein, dass es sich um einen wirklich neuen Entwicklungspfad handelt.

Sie können am Beispiel der großen Bauausstellungen, die hochgradig umstritten waren – etwa in Berlin –, sehen, dass das anschließend nicht funktioniert. Aber dort, wo es einen politischen Grundkonsens gab, waren die Internationalen Bauausstellungen ein wirklicher Gewinn für die jeweils betroffenen Regionen.

Deswegen sollten wir im Ausschuss alles dafür tun, dass wir zu einer gemeinsamen Entscheidungsbasis finden, mit der aus unserer Sicht zunächst der Prozess beschrieben wird, durch den wir zu einer gemeinsamen Entschließung kommen. Heute kann es ganz sicherlich noch keine Entschließung zu dem geben, was wir konkret machen. Ich habe schließlich bereits auf die Defizite der Machbarkeitsstudie hingewiesen.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir unter dem Strich inzwischen auf einem guten Weg sind. Wenn das die Rednerinnen und Redner der anderen Fraktionen auch so sehen, ist das heute, glaube ich, ein guter Tag für die Region Frankfurt/Rhein-Main. Wenn wir das konsequent weiter entwickeln, wird es für die Region viele weitere gute Tage geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als nächste Rednerin hat Frau Beer für die Fraktion der FDP das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wir werden eine gemeinsame Willensbildung in der Region hinbekommen, wenn wir an den etwas nachdenklicheren Ton anknüpfen, den Sie zum Schluss Ihrer Ausführungen angesprochen haben. Ich glaube, der Anfang Ihrer Rede hat gezeigt, warum wir im Rhein-Main-Gebiet bislang noch nicht vorangekommen sind.

Ich denke nämlich, es ist wichtig, dass gerade das Thema „Internationale Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet“ nicht politisiert wird, sondern dass wir dazu kommen, die Chancen gemeinsam mit einer Metropolregion zu nutzen, mit der wir im Wettbewerb stehen, nicht nur national, son-

dern auch international. Das betrifft alle Akteure, sowohl die kommunalen als auch die regionalen, und sollte über die Fraktions- und Parteigrenzen hinweg erfolgen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dass es diese Chancen gibt, hat die FDP-Fraktion schon in der letzten Legislaturperiode zum Ausdruck gebracht. Wir sehen in einer Internationalen Bauausstellung eine sehr große Chance für die Entwicklung der Rhein-Main-Region. Das hat unserer Meinung nach etwas damit zu tun, dass wir über das Instrument – das Vehikel – Internationale Bauausstellung die Chance hätten, uns sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa im Standortwettbewerb der Regionen besser zu positionieren.

Die Internationale Bauausstellung würde uns nämlich die Möglichkeit eröffnen, die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Entwicklung von Infrastruktur und Verkehrswegen koordiniert anzugehen – Sie hatten das Stichwort Mobilität genannt –, aber auch die Fragen nach den neuen Verhältnissen, unter denen Wohnen und Arbeiten stattfinden, anzupacken und uns auf diese Weise im Wettbewerb der Ballungsräume neu und besser zu positionieren.

Ich glaube aber auch, dass eine Internationale Bauausstellung mit dem notwendigen kommunikativen Prozess, der mit ihr in der Konzeptionierung zusammenhängt, die Chance bietet, eine gemeinsame Identität im Rhein-Main-Gebiet, ein Wirgefühl, eine Identifikation der Akteure, sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch von Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft im Rhein-Main-Gebiet zu erzeugen. Wir haben – da seien wir einmal ehrlich, das hat der Anfang der Debatte bildhaft gezeigt – Wettbewerbsnachteile,

(Beifall bei der FDP)

denn nur solch einige Regionen können sich optimal positionieren. Für uns als FDP-Fraktion ist allerdings – da knüpfe ich gern an Ihre Ausführungen an, Herr Schäfer-Gümbel – extrem wichtig, dass dies ein freiwilliger Prozess in der Region, aus der Region und mit der Region ist. Da konnte man beim Durchsehen Ihres Antrages zu gewissen Passagen Zweifel bekommen. Wir möchten auf gar keinen Fall einen von der Landesebene – dem Landtag oder der Landesregierung – implementierten Prozess haben.

Mir gefällt Ihre jetzt gefundene Formulierung des Moderators, vielleicht auch des Katalysators eines solchen Prozesses in der Region sehr gut. Aber es ist auch wichtig, dass es in der Region erste entsprechende Ansätze gibt, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl im Rhein-Main-Gebiet, in dieser polyzentrischen Region mit ihren vielen, teilweise auch sehr unterschiedlich großen Kommunen und Städten, durch sichtbare Projekte sowohl für die Bevölkerung als auch für die Akteure in Politik, Wirtschaft und Kultur erlebbar zu machen und dies entsprechend zu entwickeln.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ehrlich gesagt, glaube ich etwas stärker als Sie, dass die Machbarkeitsstudie von Herrn Prof. Jourdan mit dieser Grundidee der Landschaftsstadt eigentlich eine ganz gute Grundlage bietet. Sie haben völlig recht, und da bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass die Machbarkeitsstudie eine erste Skizze darstellt, dass wir das weiterentwickeln müssen, sofern dieser Übergedanke, diese Leitidee der Landschaftsstadt in der

Region auf Widerhall bei den anstehenden Gesprächen treffen sollte.

Aber ich glaube, dass gerade diese Frage der Netze und Aktivitäten, die Herr Jourdan aufwirft, sehr gut an die tatsächliche Struktur im Rhein-Main-Gebiet anknüpft und über die „Dachmarke“ – das sage ich als Begriff einmal in Anführungszeichen – Landschaftsstadt einen roten Faden, eine zusammenhaltende Klammer, die man auch ein sichtbares Profil nach außen benennen könnte, entwickelt und dieses Gebiet unter einen Begriff, unter eine Entwicklungsidee zusammenfügt.

(Beifall bei der FDP)

Dass dies ein tragbarer Ansatz sein könnte, sieht man, wenn man sich einmal in der Historie rückblickend die verschiedenen Internationalen Bauausstellungen anschaut, die es schon gegeben hat oder die momentan in der Konzeptionierung und Durchführung sind. Das fängt z. B. im frühen 20. Jahrhundert an – 1927 die Entwicklung der Weißenhofsiedlung in Stuttgart oder auch 1957 in Berlin der Wiederaufbau des Hansaviertels.

Damals hat man sich noch mehr auf Stadtplanung und Stadtentwicklung konzentriert. Mittlerweile sind wir weiter, nämlich übergegangen in den Bereich der Regionalentwicklung, wenn man sich etwa – Sie haben sie angesprochen – die Internationale Bauausstellung Emscher Park in Nordrhein-Westfalen oder die Bauausstellung Fürst-Pückler-Land anschaut, und jetzt besonders aktuell und sehr attraktiv, das muss man zugestehen, die Frage Sprung über die Elbe, was die Internationale Bauausstellung in Hamburg betrifft. Das sind also ganz klar Projekte, die diese Entwicklung der Metropole in den Wettbewerb mit anderen Metropolen und Regionen setzen und die genau dieses Wirgefühl für eine gemeinsame Idee, mit welchem Gefühl sich diese Metropolregion dem Wettbewerb stellen will, zu entwickeln versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Dafür ist es wichtig, mit der Region und in der Region genau die Frage der zu uns passenden Leitidee zu diskutieren. Dafür ist es wichtig, darüber zu diskutieren, ob die Landschaftsstadt etwas sein könnte, was aus dem gemeinsamen Willen der Region heraus eine solche Internationale Bauausstellung tragen könnte. Herr Minister Rhiel, ich denke, dazu gehört, dass Sie in kürzester Zeit in die Hand nehmen, dass wir wenigstens diese Machbarkeitsstudie bekommen, was bislang noch nicht geschehen ist.

Wenn dies geschehen ist, dann können wir uns in der Region mit den Betroffenen auch darüber unterhalten, in welcher Art und Weise wir eventuell eine solche Internationale Bauausstellung in die Tat umsetzen. Gerade aufgrund der Tatsache, dass Prof. Jourdan in seiner Machbarkeitsstudie eine Vielzahl von Projekten aufgezeigt hat, die bereits entweder angefangen oder in der Planung befindlich sind und die sich unter einer solchen Dachmarke der Landschaftsstadt nicht nur versammeln, sondern veredeln ließen, ließe sich dies sozusagen von unten nach oben ausgesprochen einfach organisieren. Ich glaube, dass auch den Handelnden in den Kommunen und in der Region bewusst wird, dass sie letztendlich dazugewinnen können, wenn sie ihre vor Ort anstehenden Fragen und Probleme mit in einen regionalen Lösungskontext stellen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Schäfer-Gümbel, aber da habe ich bis jetzt wenig von Ihnen gehört, insbesondere liest man in Ihrem Antrag sehr wenig

dazu: Solch eine Internationale Bauausstellung muss seriös finanziert sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Nicht nur das Konzept!)

Auch über diese Frage muss man offen und ehrlich mit der Region in der Region diskutieren. Es wird nicht so gehen, dass das Land – es klang eben bei Ihnen so ein bisschen durch – einfach hier ein paar Hundert Millionen Euro auf den Tisch des Hauses legt. Wir werden auch mehr finanzieren müssen – das haben Sie angedeutet – als nur die Frage, wie wir die Prozesssteuerung organisieren. Das heißt, es ist eindeutig, dass wir mit den Kommunen, mit der Region, mit den Gremien, die es dort gibt, diskutieren müssen, erstens wie wir eine entsprechende Projektsteuerung finanzieren, aber auch zweitens, welches die geeigneten Projekte sind und welcher Anteil kommunal/regional und welches – in Anführungszeichen – eine Art „Veredlungsprämie“ des Landes wäre.

Da wird man gegebenenfalls nach den verschiedenen Fördermöglichkeiten, die das Land hat, schauen müssen. Das sind nicht nur die Fördermöglichkeiten des Wirtschaftsministeriums, auch wenn ich die zuvörderst sehe, denn es geht um regionale Entwicklung, es geht um Verkehrswege, es geht um Infrastruktur, es geht um Baumaßnahmen. Aber es sind auch kulturelle Fragen, es sind auch soziale Fragen, es sind auch ökologische Fragen, die sich in diese Zukunft bringende Entwicklung der Metropolregion Rhein-Main einbringen lassen müssen.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich sage an dieser Stelle auch, weil Sie gleich wieder von einer weiteren Projektgesellschaft gesprochen haben, ich möchte gerne, dass wir darüber diskutieren, inwiefern sich schon bestehende Strukturen nutzen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich möchte, dass gerade die Frage der Projektsteuerung so schmal wie möglich gefahren wird. Ich möchte, dass das Geld in die einzelnen Projekte, in die Entwicklung und in die Veredlung gesteckt wird und nicht schon wieder als Allererstes darüber nachgedacht wird, wo man irgendeine Träger-GmbH mit irgendwelchen Geschäftsführern und sonst irgendetwas nutzen kann. Die Region hat sich schon aufgemacht. Da widerspreche ich Ihnen ganz vehement, wenn Sie sagen, die Internationale Bauausstellung sei neben der Frage der Kulturmediation und des Kulturfonds eine zweite Baustelle.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aus Sicht der Landesregierung!)

Die Region hat gerade in diesem Bereich falsch angefangen, aber sich mit einem zum Besseren wendenden Prozess schon auf den Weg gemacht. Im Kulturfonds sind z. B. Strukturen und mittlerweile vor allem auch Finanzmittel eingesetzt, wozu man einfach als Angebot oder Idee mit der Region einmal darüber reden muss, inwiefern diese Strukturen hier mit eingebracht werden können.

Frau Kollegin Ypsilanti, wenn ich in meiner Arbeit in der Region sehe, dass der Planungsverband in bestimmten Bereichen gewisse Überbestände an Personal und Administration hat, so ist das eine Idee, über die wir mit der Region diskutieren müssen, inwiefern wir hier Synergien schaffen können. Ich möchte nicht, dass wir einfach nur neue Strukturen danebensetzen. Ich möchte auf dem aufsetzen, was in der Region vorhanden ist. Ich möchte hier

verschlanken. Ich glaube, dann können wir gemeinsam mit den Kommunen und den Landkreisen, mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur hier zu einer Lösung kommen, die solide und realistisch erreichbar finanziert ist.

(Beifall bei der FDP)

Summa summarum: Vor uns liegt sehr viel Arbeit, sicher auch ein gutes Stück Überzeugungsarbeit.

Ich für meine Person finde, die Ergebnisse der Internationalen Bauausstellungen, die in diesem Land stattgefunden haben, zeigen, dass es wert ist, sich in diese Arbeit hineinzuwickeln. Gerade die Entwicklung und die sich daraus ergebenden Vorteile z. B. in der Ruhr-Region beim Emischer Park sowie die Tatsache, dass diese Region sicherlich nicht Kulturhauptstadt Europa 2010 geworden wäre, wenn es nicht zuvor diese gemeinsame Bewegung, diese gemeinsame Entwicklung in der Region gegeben hätte, zeigen, dass so etwas möglich ist.

Wir müssen jetzt mit der Region diskutieren, ob sie das auch will und bereit ist, dies angemessen mitzufinanzieren. Ich meine, es gibt Töpfe, mit denen wir entsprechende Kofinanzierungen generieren können. Aber auch das muss die Region eigenständig entscheiden.

Ich glaube aber, es ist sinnvoll, sich auf diesen Weg zu begeben. Gerade der CDU-Fraktion und der Landesregierung bin ich ausgesprochen dankbar dafür – ich sage das auch in Richtung des Kollegen Milde, der meines Wissens seinen Anteil daran hat –,

(Peter Beuth (CDU): Schön, dass das einmal jemand sagt!)

dass die CDU bereit ist, sich mit auf diesen Weg zu begeben. Denn noch einmal: Ich möchte, dass es ein gemeinsam Projekt der Region wird, das die Region durchführt; ich möchte nicht, dass dies zwischen die Fronten der verschiedenen Parteien gerät – wie es auf Ihr Betreiben, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, im Landtagswahlkampf leider der Fall war. – Herzlichen Dank.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Dieter Posch (FDP) sowie bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Beer, herzlichen Dank für Ihren Beitrag. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Milde zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr Milde, Sie haben das Wort.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich mich für die CDU-Fraktion für das dicke Lob, das wir eben von SPD und FDP gehört haben, bedanken.

(Beifall und Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU): Freundlich bedanken!)

– Freundlich bedanken. Das tut immer gut.

Ich will auch sagen: An den Tönen, die wir heute hier vernommen haben, wird deutlich, dass es ein Thema IBA vor und im Wahlkampf gab und dass es jetzt eine realistische Betrachtung des Ganzen nach dem Wahlkampf gibt. Das gilt für Sie natürlich genauso wie für andere, liebe Kollegen von der SPD.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, bei Ihrem ersten Satz bin ich etwas erschrocken – als Sie gesagt haben, es handelt sich um das größte Infrastrukturprojekt der Region.

(Michael Boddenberg (CDU): Der Flughafen!)

Ich muss Ihnen wirklich sagen, ich glaube, das würden die meisten in Ihrer Fraktion nicht unterschreiben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das größte Infrastrukturprojekt der Region ist der Frankfurter Flughafen, und daran müssen wir alle arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Und dann kommen noch viele andere, Herr Kollege!)

Ein bisschen wundere ich mich auch über die Historie des Antrags. Beim letzten Mal hat Frau Kollegin Ypsilanti zu diesem Thema gesprochen. Ich glaube, da haben Sie sich auf ein totes Pferd gesetzt, und ich empfehle immer, wenn das Pferd tot ist, vom Pferd abzusteigen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Es läuft immer noch!)

Jetzt haben Sie festgestellt, das Pferd zuckt noch. Sie haben sich also auf ein halbtotes Pferd gesetzt. Ob das so viel besser ist, wird man erst sehen, wenn wir realistisch geprüft haben, was hier machbar ist und was nicht machbar ist.

Meine Damen und Herren, ich will hier aber ganz deutlich sagen: Diese Region hat eine besonders hohe Identität. Diese Region ist jetzt schon besonders erfolgreich im internationalen Vergleich. Ich beziehe mich dabei auf Ihren Antrag, habe aber gehört, es soll einen neuen Antrag dazu geben. Dort haben Sie geschrieben, auch die Lebensqualität müsse ein Bestandteil dieser Arbeit sein.

Im internationalen Vergleich gibt es in dieser Region aber eine besonders hohe Lebensqualität, gerade wenn Sie das innerhalb Europas vergleichen. Insofern haben wir hier eine Region, die keine besondere Nachhilfe braucht.

Was sie braucht – und das ist eben auch bei den letzten Wortmeldungen deutlich geworden –, ist ein höheres Wirgefühl außerhalb der Stadt Frankfurt und der Landkreise, die sich hier anschließen. Daher ist der Ansatz von Prof. Jourdan eindeutig richtig, das Spektrum jener Gebiete zu vergrößern, die in ein solches Wirgefühl einbezogen werden müssen. Das reicht sicherlich von der rheinland-pfälzischen Grenze bis zur bayerischen, das geht im Süden bis an die Bergstraße und im Norden mit Sicherheit an die Wetterau. Wir betrachten hier also ein großes Gebiet.

Aber wenn Sie sich das anschauen, dann sehen Sie auch schon: Bisher war das Problem, dass wir eigentlich über diese Regionen gesprochen haben – bzw. eigentlich Sie in Ihren Anträgen – und nicht mit den Regionen.

(Widerspruch des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Von Anfang an war es unsere Kritik, dass die Landkreise rund um Frankfurt im Prinzip alle nicht dafür waren, dass in den nächsten Jahren eine solche Herkulesaufgabe auf sie zukommt. Keiner von denen war bisher bereit, dazu auch nur einen Cent beizutragen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Mit dem Kulturfonds hat sich die Region eine große Aufgabe gestellt. Im Moment ist sie dabei, diese Aufgabe abzarbeiten. Alles, was passiert – das ist eben auch bei Frau Kollegin Beer deutlich geworden –, muss darauf aufset-

zen. Wir können nicht das eine durch das andere ersetzen, sondern wir müssen verschiedene Projekte zusammenführen.

Es ist nicht möglich, gegen die Region eine solche Bauausstellung durchzuführen. Im Übrigen sage ich: 99 % der hessischen Bürger wissen überhaupt nicht, was Sie mit einer Bauausstellung meinen. Das wird ohnehin ein Problem für die Politik werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich zähle mich dazu!
– Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Michael Boddenberg (CDU): Das kann an mir liegen!)

– Auch der Kollege Boddenberg weiß nicht genau, was er damit machen soll.

(Zurufe)

Herr Schäfer-Gümbel, das kann man auch nicht mit Hamburg oder Berlin vergleichen. Letztlich sind das kommunale Projekte, die dort durchgeführt werden.

Ich habe eben einen Zwischenruf gehört, der danach fragt, ob diese Internationale Bauausstellung das Dorferneuerungsprogramm für Frankfurt wird. Ich glaube, einige in der Region haben das Gefühl, so etwas sei damit gemeint. Nein, das ist schon mehr. Deswegen haben wir in dem gemeinsamen Antrag vorgeschlagen, das Projekt Bauausstellung zunächst einmal in zwei Teile aufzuteilen.

Der erste Teil besteht in der Klärung, ob dieses Projekt überhaupt realisierbar ist – ob die Kommunen mitmachen, wie es finanziert wird, wie hoch der finanzielle Spielraum dafür ist und über welchen Zeitraum es gehen soll. Es geht nicht darum, hierbei eine bestimmte Projektgruppe zu unterstützen, sondern es geht eindeutig darum, aus den zweifelsohne guten Ideen, die in der vorliegenden Machbarkeitsstudie vorgetragen wurden, etwas herauszunehmen und in einen größeren Rahmen einzubinden.

Dazu haben wir in unserem Antrag einen Dialog empfohlen. Wir empfehlen die Einrichtung einer Art Lenkungsgruppe, die sich zunächst einmal nur mit der Frage beschäftigt, wie realistisch dieses Projekt ist.

An dieser Lenkungsgruppe sollten auf jeden Fall auch Abgeordnete des Hessischen Landtags beteiligt sein, Vertreter der Region, insbesondere auch aus Frankfurt, der Wirtschaftsverbände. Es ist sehr erfreulich, dass schon einige Wirtschaftsverbände gesagt haben, sie könnten sich vorstellen, sich an einer solchen Finanzierung zu beteiligen.

Zunächst einmal müssen wir also in den nächsten Wochen und Monaten ergebnisoffen prüfen, ob es realistisch ist, eine solche Internationale Bauausstellung durchzuführen.

Dann kommt der zweite Teil. Wenn man tatsächlich der Meinung ist, man hat eine solide Finanzierung – die ich so noch nicht sehe, das gebe ich zu; denn wir reden hier über ein Milliardenprojekt, das die Kommunen schultern müssen; und wir reden über einen Betrag, der auch im Landeshaushalt nicht so ohne Weiteres einmal eben herausgeholt werden kann –, dann brauchen wir eine vernünftige Projektsteuerung. Die muss auf vorhandenen Strukturen aufsetzen, da gebe ich der Frau Kollegin Beer eindeutig recht.

Aber lassen Sie uns aus diesem Thema nicht eine Frage machen, ob es diese Region endlich schafft, prosperierend

in die Zukunft zu blicken. Ich glaube, das käme für diese gesamte Rhein-Main-Region zu kurz.

Ich möchte an dieser Stelle eindeutig betonen: Diese Rhein-Main-Region ist im internationalen Vergleich bereits besonders stark. Sie finden in ganz Europa keine Metropole, in der die Lebensqualität so eindeutig hoch ist wie im Rhein-Main-Gebiet. Diese Region ist international gesehen so wirtschaftsstarke, dass wir hier keinen Vergleich scheuen müssen.

Deswegen bitte ich darum, dass wir hier keine Botschaften aussenden, die sagen, diese Region muss aus ihrem Schattendasein herauswachsen und endlich international werden. Diese Region ist international wie kaum eine andere.

Wir werden ganz seriös und offen prüfen, ob es zusammen mit der Region finanzierbar und machbar ist, ohne andere Strukturen zu zerstören. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Milde, vielen Dank. – Herr Kaufmann, Sie haben jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, dass meine Skepsis seit der letzten Debatte über das Thema IBA im Plenum – das ist ungefähr ein halbes Jahr her – sehr gestiegen ist. Die Skepsis der GRÜNEN ist zu diesem Thema insgesamt gestiegen. Wenn ich die heutige Debatte höre – Sie wissen, dass viele Blasen Schaum ergeben –, dann habe ich den Eindruck, dass wir soeben eine ganze Menge Sprechschaum haben zu uns nehmen müssen, und zwar aus verschiedenen Richtungen. Das setzt das fort, darauf möchte ich Bezug nehmen, was bei der Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst deutlich geworden ist – dass nämlich das, was damals vorgetragen wurde, aus unserer Sicht nicht sehr überzeugend war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute zwei Anträge zur IBA vorliegen. Ich denke, eingangs sollten folgende Feststellungen stehen: Wenn die CDU-Fraktion vor einem halben Jahr bereits so weit gewesen wäre, wie sie es heute ist – Herr Kollege Milde hat dies gerade ausgeführt –, dann wären wir bei diesem Thema ein ganzes Stück weiter.

Wenn die SPD ihren Antrag, den wir heute sozusagen als Start in diese Debatte behandeln, nicht nach einem halben Jahr im Wesentlichen recycelt hätte, dann könnten wir feststellen, dass die SPD und vielleicht wir alle schon ein ganzes Stück weiter wären. So sind wir nach meiner Feststellung im Wesentlichen auf der Stelle getreten. Auch wenn sich Frau Kollegin Beer sehr liebevoll

(Zuruf von der FDP: Oh!)

– ich habe es bereits „Sprechschaum“ genannt – mit diesem Thema in den verschiedensten Dimensionen auseinandergesetzt hat, muss ich doch feststellen: Im Vergleich zu dem, was die FDP-Fraktion vor einem halben Jahr beantragt hat, ist Ihr Antrag heute kein wesentliches Stück weiter.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Frau Kollegin, das ist kein Vorwurf, sondern es ist einfach das Ergebnis meiner Analyse, sodass ich feststelle: Wir sind bei diesem Thema in der Sache eigentlich nicht vorangekommen. Das muss man feststellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insoweit begrüßen wir diese Diskussion, und wir hoffen auch, dass man in dieser Sache nun ein Stück weiterkommt, wobei ich im Augenblick relativ offen lassen muss, in welche Richtung wir weiterkommen werden. Denn ich war bei der Anhörung des Ausschusses nicht dabei. Dennoch ist es manchmal ein Vorteil, wenn man sich das Wortprotokoll in aller Ruhe, Kapitel für Kapitel und Abschnitt für Abschnitt, genau anschaut.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie das nach den 6.000 Ordnern zur Planfeststellung gemacht?)

– Herr Kollege Boddenberg, ich kann im Laufe einer Woche eine ganze Menge lesen. Wenn man dies tut, dann stellt man fest, welche Architektenyrik sowie planerisches Kauderwelsch einem entgegengeworfen wurde.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, Sie müssen sich beim Applaudieren nicht umdrehen. Andere haben dies ähnlich gesehen. Ich habe genau nachvollzogen, dass beispielsweise die Fragen von Herrn Kollegen Wagner, die sehr auf die Spitze gepunktet waren, überhaupt nicht beantwortet worden sind. Das macht ein Stückchen skeptisch.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, was mein Lieblingsthema ist. Dieses ist in einem anderen Zusammenhang bereits angesprochen worden. Anhand einer Protokollstelle möchte ich Ihnen dies nun auch beweisen. Es geht um das Thema – man höre und staune – „Grüner Flughafen“. Das hat Herr Prof. Jourdan während der Anhörung etwas breiter ausgeführt. Nun werden Sie gleich merken, weshalb ich skeptisch geworden bin. Da steht z. B., dass der „Grüne Flughafen“ bereits in den Zwanzigerjahren entstanden sei. Damals sei der Flughafen vor den Toren Frankfurts im Stadtwald angelegt worden. Das ist schlicht falsch. So viel historische Richtigkeit sollte man einem Gutachter für eine Machbarkeitsstudie abverlangen können.

Der Flughafen wurde als Schwarzbau im Jahre 1934 von dem damaligen Gauleiter höchstpersönlich durch Einschlag der ersten Bäume – sozusagen als Baumaßnahme – in Betrieb genommen. Die Genehmigung erfolgte nachträglich im Jahre 1937. Das können Sie in den Akten von Herrn Rhiel nachlesen. Ich habe das getan. Insofern ist dies Fakt.

Was will ich damit sagen? Ich will jetzt keine Flughafen-debatte führen – Sie wissen alle, dass ich dies gerne mache. Ich will damit sagen, dass diese Machbarkeitsstudie, man muss wohl eher von einer sogenannten Machbarkeitsstudie sprechen, von einer Vision – so sagt man dies neudeutsch – getragen wird und sich weniger auf die tatsächlichen Fakten bezieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal eine Aussage von Herrn Prof. Jourdan – Seite 9 des Protokolls – zitieren:

... man muss sich mit ihnen

– den Aufgaben –

auseinandersetzen, wenn man den „Grünen Flughafen“ mit seinen Lärmentwicklungen, seinen

Lärmemissionen, zu einem lebenswerten Stadtteil in sich und für die Region machen will.

Meine Damen und Herren, das ist eine *Contradictio in adjecto*, also ein Widerspruch in sich. Wir alle – wir GRÜNE im Besonderen – schimpfen darüber, dass durch die ständige Vermehrung des Flugverkehrs sowie durch die nun getroffene Planfeststellungsentscheidung, über deren Schicksal man noch nichts Abschließendes weiß, die Verlärmung deutlich zunimmt. Da kann man nicht von einem lebenswerten Stadtteil sprechen. Haben Sie heute in der „Frankfurter Rundschau“ gelesen, welche Diskussionen es in diesem Zusammenhang gibt? – Dort soll überhaupt niemand leben, und dort kann auch niemand leben. Wenn man eine Bauausstellung darauf gründet, dass man unter dem Namen „Airport City“ sozusagen einen lebenswerten Stadtteil schaffen will, dann erzählt man Unfug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das macht mich skeptisch. Daher hat Herr Kollege Schäfer-Gümbel natürlich recht, wenn er sagt, dass man hier noch vieles machen müsse. Sehr verehrter Kollege, ich verstehe jedoch nicht, weshalb Sie sagen, die Machbarkeitsstudie sei eine erste Heranführung an dieses Thema.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Ich habe nach diesem Zitat sowie einigen anderen Äußerungen von Herrn Prof. Jourdan eher den Eindruck, dass dies ein Stück weit eine Wegführung von diesem Thema ist. Wenn der „Grüne Flughafen“ – das stand im Mittelpunkt – als eines der wenigen Projekte mit dem Stichwort „Airport City“ die einzige Neuerung bedeutet, dann stelle ich fest: Es ist ansonsten ein Sammelsurium vorhandener Landschaftselemente sowie dieser und jener Aspekte, die wir bereits alle kennen und die man vielleicht addieren könnte. Aber am Ende bringt das keine neue Qualität. Daher stimmt es mich eher skeptisch. Ich bin nicht der Meinung, dass es etwas voranbringt.

Meine Damen und Herren, es wird an dieser Stelle deutlich: Letztendlich fehlt es an der überzeugenden Konzeption. Wir haben bislang in mehreren Beiträgen etwas von einer Verbindung zu dem gehört, was im kulturellen Bereich stattfindet. Aber es geht bei der IBA am Ende nicht nur um diese kulturelle Frage, sondern es geht im Prinzip um eine planerische Frage. Es geht um das Weiterbringen sowie um eine Modellsetzung für die Region. Man fragt sich, an welchem Bild sie sich eigentlich orientieren soll.

Daher habe ich etwas Ähnliches gemacht wie Frau Kollegin Beer. Ich habe mir noch einmal die Historien der Internationalen Bauausstellungen angeschaut, die es bereits gegeben hat. – Frau Kollegin Beer, die erste Internationale Bauausstellung fand nicht im 19., sondern im 20. Jahrhundert – im Jahre 1901, was im 20. Jahrhundert ist – statt. Das ist kein ernsthafter Streitpunkt.

Wenn wir uns z. B. die Mathildenhöhe anschauen, dann finden wir das bis heute gut. Wenn wir uns ein anderes Beispiel anschauen, das auch während der Anhörung sowie vorhin genannt wurde, nämlich die Internationale Bauausstellung im Jahre 1957 in Berlin, was auch unter dem Namen Hansaviertel bekannt ist, dann stellen wir fest, dass es sich um eine Entwicklung handelt, von der wir heute sagen: Wie konnte man jemals auf die Idee kommen, dass dies ein menschengerechtes Wohnen ist? Es ist ein Problem, welches wir gerade in der Rhein-Main-Region an vielen Stellen, bis hin zu den Kleinstädten, haben

– dass es nämlich für Familien keine angemessenen Wohnungen sind.

Ich sage heute dazu, es war ein Irrweg. Das haben wir nun erkannt. Dies bedeutet aber: Es ist nicht richtig, dass jede Internationale Bauausstellung von vornherein sozusagen etwas bleibend Positives macht. Es hat auch hierbei – wie wäre es in Anbetracht des menschlichen Tuns anders denkbar – Irrtümer gegeben. Daher muss man bei der Vorplanung einer solchen Überlegung für unseren Bereich darüber nachdenken, was man vermeiden muss und wohin es gehen kann. Ich denke, es kann am Ende nicht sein, dass wir unter dem Siegel IBA nur noch versuchen, Herrn Dr. Bender von Fraport dabei zu helfen, seine Airport City möglichst rasch zu vermarkten sowie dies mit der einen oder anderen Zutat aufzuwerten, was dann möglicherweise Steuergelder kosten wird.

Welche Internationalen Bauausstellungen hatten wir in der jüngeren Vergangenheit? Es ist erstens bereits der Emscher Park erwähnt worden. Welche Überlegungen wurden hier angestellt? Es handelte sich um die Umgestaltung einer Industrielandschaft, nachdem die Industrie weitgehend weg gewesen ist. Es ging in Richtung Dienstleistung, Erfüllung kultureller Bedürfnisse sowie um eine lebenswerte Weiterentwicklung. Dies hat gut funktioniert.

Wir haben zurzeit zweitens das Fürst-Pückler-Land, auch das ist bereits erwähnt worden. Hierbei geht es ausnahmsweise um etwas, was hier niemand Metropole nennen kann. Es geht eher um die Landschaftsgestaltung, und zwar um eine traditionelle Fortsetzung der Landschaftsgärten. Daher hat man das Fürst-Pückler-Land ausgewählt; es geht sozusagen um eine Gestaltung unter diesem Autor.

Dann haben wir in Hamburg das Thema, das auch schon angesprochen worden ist. Da ist sicherlich etwas vorhanden, was von vielen dieser Planer gerne Metropole genannt wird. Da geht es um die Aspekte Stadt im Klimawandel und Metro-Zone, d. h. Stadt in der Stadt. Das dritte Thema ist die Vielfalt: aus der Vielfalt die Stärke zu gewinnen. Man könnte sagen, dass das einige Beispiele sind, die wir aufgreifen könnten. Frankfurt/Rhein-Main ist eine polyzentrische Region – unstrittig. Dann frage ich nur: Ist sie tatsächlich so einmalig in Europa, wie Herr Jourdan behauptet? Dann wäre ihr Beispielwert vergleichsweise gering. Denn wenn es dies kein zweites Mal gibt, kann man es nicht als Beispiel für andere nehmen. Das macht ein gewisses Problem aus. Aber zu der Frage, wo an dieser Stelle das Leitbild sein soll, um diese Region weiterzuentwickeln, gibt es keine klare Aussage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen uns dem Thema positiv nähern. Wir sagen aber: Die Diskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt darf auf keinen Fall bedeuten, dass man hektisch irgendetwas zusammenkratzt und sagt: „Das machen wir jetzt.“ Denn dann kommt am Ende nichts weiter heraus als ein Desaster.

(Beifall der Abg. Axel Wintermeyer (CDU) und Nicola Beer (FDP))

Wir GRÜNE haben den Eindruck, dass die Diskussion über die IBA ein Stück weit eine Ersatzhandlung ist. – Herr Kollege Wintermeyer, Sie werden gleich aufhören zu nicken.

(Axel Wintermeyer (CDU): Zwischendurch darf man aber doch mal nicken!)

Die Organisation der Region Rhein-Main ist unter der Regie von CDU und von CDU und FDP bisher nicht gelungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das, was uns das Ballungsraumgesetz geliefert hat und womit der Planungsverband sich mühsam abquält, ist das Gegenteil einer sinnvollen Zusammenführung einer Region.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Deswegen gab es immer wieder Ansätze: Kann man denn nicht zusätzliche geistige Substanz hineinfüllen? Da war der gescheiterte Ansatz Metropolitana. Da war der nicht erfolgreiche Versuch Kulturhauptstadt. Da war die Olympiabewerbung. Jetzt sind wir an vierter Stelle bei der IBA. Da sagen wir ganz klar: Das kann es nicht bringen. Wenn die Region das Thema braucht – wir sagen sehr deutlich: sie braucht es –, dass sie mit einer Stimme spricht, dass sie sich organisiert, müsste es eigentlich andersherum sein. Dann müssen wir politische und organisatorische Voraussetzungen schaffen, Stichwort: Regionalkreisdebatte, und damit weiterkommen und dann sagen: Auf dieser Basis kann man einen Weg finden, wie man das sinnlich wahrnehmbar darstellen kann. Das wäre unter Umständen ein Ansatz. Aber eine Ersatzvornahme durch die IBA anstelle einer Regionalreform wird – das ist unsere Prognose – wahrscheinlich schiefgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht wäre eine Voraussetzung für ein Projekt wie die IBA, weil wir an dem Stand sind, wo wir sind, eine Prozesshaftigkeit des Verfahrens. Ich gebe zu, man muss nicht als Allererstes eine Gesellschaft gründen. Aber man muss ein Verfahren finden, damit man die tatsächlichen Akteure – und nicht nur die Großakteure, die jeder schon kennt, sondern auch andere – von der Basis her einbeziehen kann, damit tatsächlich eine Gemeinsamkeit entstehen kann.

Man muss auch sagen, um welche Themen es gehen soll. Ich würde sagen: Die Bewältigung des Klimawandels in einer Stadtlandschaft – die nicht so geballt ist wie die, mit denen wir uns immer gern vergleichen: Paris, London usw. – ist sicher ein Thema. Meine Damen und Herren, der Umgang mit dem demografischen Wandel ist ein weiteres Beispiel. Wir GRÜNE sagen nicht, dass wir ein Modell haben wollen, nach dem am Ende die Saugkraft der Rhein-Main-Region immer größer wird und der Rest des Landes immer mehr entvölkert wird, wofür es durchaus Tendenzen gibt, sondern wir sagen: Man muss auch darüber nachdenken, wie man, auch aus der Sicht der Metropole heraus, aus dem Zentrum der Region heraus, sicherstellen kann, dass wir in den ländlichen Regionen Lebensverhältnisse behalten, dass es sich für die Leute lohnt, dort weiter zu bleiben. Insoweit kann man nicht einseitig nur die Rhein-Main-Region betrachten. Es ist schon gesagt worden: So elend geht es uns nicht, dass schon die Füße im Feuer stehen und man ganz schnell irgendetwas machen muss. Es ist richtig, dass man eine Idee haben sollte. Aber es ist genauso richtig, dass man ein Konzept braucht, in welche Richtung man marschieren will.

In dem Antrag der SPD ist das unter dem Stichwort „Entwicklungsmodell der sozialen Moderne“ titulierte worden. Ich könnte jetzt frech sein und sagen: Es ist für mich schon nicht übermäßig begeisternd, dass die soziale Moderne

bei der SPD automatisch mit Bauen und damit gleich mit Beton verbunden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn für uns steht für Moderne etwas anderes. Die Moderne im positiven Sinne wäre eine Symbiose von Schöpfung und Wertschöpfung oder, anders ausgedrückt: von der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die gleichzeitig konstitutionell für eine humane und solidarische Gesellschaft ist, die auch ökonomisch erfolgreich sein soll und will.

(Michael Boddenberg (CDU): Muss!)

Das wäre das Ziel. Das kann nicht heißen, um den Kreis zu dem Anfang meiner Rede zu schließen: „Airport City ist der Kernbereich der Internationalen Bauausstellung“, wie es sich im Konzept liest, sondern das Zentrum der Region Frankfurt/Rhein-Main ist nach unserer Auffassung immer noch am Frankfurter Römerberg und nicht am Aufsetzpunkt von 25 L oder R. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kaufmann, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Schäfer-Gümbel zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Frank Kaufmann, es ist wie fast immer, wenn du redest: am Anfang große Erheiterung und am Ende gelegentlich auch ein bisschen Ärger. Deswegen möchte ich gerne drei Bemerkungen machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Was ist denn da los?)

Zu der Frage der Heranführung der Machbarkeitsstudie möchte ich dir gerne Folgendes auf den Weg geben, damit es im Protokoll auch überhaupt keine Irritationen gibt: Herr Corts, der ehemalige Wissenschaftsminister,

(Michael Boddenberg (CDU): Guter Mann!)

hat im Plenarsaal einmal erklärt, dass die Studie von Herrn Jourdan nichts Besseres als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sei, so das wörtliche Zitat. Ich maße mir so etwas nicht an. Aber genau die Punkte, die du eben beschrieben hast, machen deutlich, warum die Machbarkeitsstudie keine hinreichende Plattform dafür ist, als Handlungsrahmen, als Masterplan, oder wie auch immer, für eine IBA Rhein-Main zu stehen, sondern bestenfalls mit dem Bild der Landschaftsstadt einen möglichen konzeptionellen Ansatz bietet, mehr aber auch nicht. Man hätte das sicherlich sehr viel deutlicher und prägnanter sagen können. Ich wollte es ein bisschen diplomatischer sagen. Jetzt mache ich einen Nachtrag, damit das klar ist.

Das gilt insbesondere auch für die Frage, ob Airport City der Fokus der IBA Rhein-Main ist. Genau das ist unser Thema. Ich habe mehrfach darauf verwiesen: Es geht um ein neues Entwicklungsmodell und um die Frage, was Bauen, soziale Moderne und soziale Lebensverhältnisse miteinander zu tun haben. Das klären wir vielleicht einmal beim Essen, denn das würde in der Tat zu weit führen.

Aber es geht genau um die Verbindung von Leben, Arbeit, Umwelt und Verkehr, nämlich um die Frage, wie bei-

spielsweise die Funktionstrennung von Wohnen und Arbeit aufgehoben wird, wie wir andere konzeptionelle Antworten finden und dann auch konkret umsetzen. Deswegen ist Airport City ausdrücklich nicht das Thema. Deswegen ist auch das, was Herr Jourdan zum Thema grüner Flughafen schreibt, aus meiner Sicht, mit Verlaub, Unfug. Es ist überhaupt nicht tragfähig, auch wenn es der Versuch war, die Region sozusagen philosophisch zu befrieden.

Letzter Punkt: die Frage des Leitbildes. Wir haben im Moment noch kein Leitbild. Aber die IBA bietet als Modellausstellung –

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, Sie müssen zum Schluss kommen. Die zwei Minuten sind um.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Ich komme zum Ende. – Das ist eben keine Antwort. Klar ist: Die IBA ist kein Ersatz für die Verfasstheit dieser Region. Das Thema werden wir an anderer Stelle klären.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Schaus für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen. Bitte, Herr Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass es unserer Fraktion, die die Diskussion der letzten Legislaturperiode nicht mitgestaltet hat, die nicht daran beteiligt war, und insbesondere mir, schwergefallen ist, sich überhaupt in dieses Thema hineinzudenken. Teilweise hat das sicherlich etwas damit zu tun, was der Kollege Kaufmann angesprochen hat. Denn die Fragezeichen, die er gesetzt hat, sind teilweise auch die Fragezeichen, die bei mir in der Vorbereitung auf diesen Beitrag entstanden sind.

Ich will gleich mit dem ersten Fragezeichen in dieser Debatte beginnen, mit den ersten beiden Sätzen der Begründung des SPD-Antrages. Da heißt es – ich zitiere –:

In den Metropolregionen der Welt bündeln sich die Herausforderungen unserer Zeit. Metropolregionen sind jene Siedlungs- und Lebensform, die weltweit wachsen wird.

Wir sind uns nicht im Klaren, welche Region genau in dieser Metropole Rhein-Main erfasst wird.

Ich habe gesehen, dass auch die Gutachter von unterschiedlichen Grenzen ausgehen. In dem Gutachten von Herrn Jourdan – ich hoffe, ich spreche das richtig aus – habe ich gelesen, dass er Rheinhessen mit einbezogen hat und damit auf eine Bevölkerungsgröße von 5,8 Millionen gekommen ist. Das scheint mir doch sehr weit gefasst zu sein, auch wenn man einen Teil von Aschaffenburg und damit Bayern oder, wie Rheinhessen, Rheinland-Pfalz mit einbezieht. In dem Antrag selbst ist das etwas knapper gefasst. Da geht die Region aber immer noch von Aschaffenburg bis Mainz. Das ist natürlich eine sehr große Region, und meiner Ansicht nach ist die dennoch überhaupt nicht vergleichbar mit Metropolen, Städten oder Zentren,

wie sie hier genannt sind, z. B. London. Das ist eine ganz andere Struktur, mit der wir es da zu tun haben.

Nun habe ich, weil ich auch mit einzelnen Begriffen in dem Antrag nicht so recht etwas anzufangen wusste, sehr aufmerksam Ihnen, Herr Schäfer-Gümbel, zugehört, und Sie haben glücklicherweise ein paar Punkte angerissen, die ich jetzt aufgreifen will.

Sie haben gesagt, es gehe darum, mit dieser Internationalen Bauausstellung Antworten für die Integration zu finden oder ein Identitätsprojekt der Region. Was unter „Identitätsprojekt der Region“ zu verstehen ist, da habe ich so meine Zweifel, und da beziehe ich auch ausdrücklich den ehemaligen Ersten Kreisbeigeordneten des Planungsverbands, Herrn Jens Scheller, ein, der jüngst noch gesagt hat, der Rhein-Mainer sei eine Fiktion. Ich glaube auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es mit einem noch so entsprechenden Projekt einer noch so großen Bauausstellung gelingt, den Offenbacher zum Frankfurter zu machen.

(Heiterkeit)

Insofern müssen wir in der Tat darüber diskutieren, was z. B. unter dem Leitbild einer sozialen Moderne zu verstehen ist. Das ist auch so ein blumiger Begriff, mit dem ich, muss ich gestehen, als Gewerkschafter wenig anzufangen weiß. Da bin ich doch auf die Diskussionen, die dankenswerterweise noch folgen werden, sehr gespannt.

Ich denke, es geht nicht darum, wie Sie, Herr Schäfer-Gümbel, sagten, von isolierten Teilentscheidungen wegzukommen. Da stellt sich für mich die Frage, inwieweit denn der Antrag oder die bisherige Diskussion – auch das ist schon angesprochen worden – mit den betroffenen Kommunen abgestimmt worden ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir eine Internationale Bauausstellung mit 50 Millionen € ausstatten, also mit weit mehr, als das bei anderen Projekten der Fall ist – aber dazu komme ich noch –, selbst wenn es Mittel sind, die derzeit schon gebunden sind, aber es kommen, wie Sie sagten, weitere Mittel hinzu, und dass das nicht in ganz, ganz enger Abstimmung und auf der Grundlage von Diskussionen mit den entsprechenden Kommunen im Rhein-Main-Gebiet stattfindet.

Im Übrigen stellen sich natürlich für uns als Fraktion mehrere grundsätzliche Fragen. Die erste ist die: Wenn wir die Projekte betrachten, die hier angesprochen wurden – ich habe einmal nachzulesen versucht, um den Antrag zu verstehen –, also Emscher Park – Herr Kaufmann hat es schon angesprochen – oder Fürst-Pückler-Land, ging es doch in der Tat beim Emscher Park um eine Umstrukturierung von Industrielandschaft, und beim Fürst-Pückler-Land ging es oder geht es um die Gestaltung einer Landschaft, die im Zusammenhang mit dem Braunkohlebergbau entstanden ist. Das ist der Kern der Projekte. Selbst wenn ich Hamburg betrachte, sind die Projekte, die in Hamburg angegangen werden oder die gefördert bzw. unterstützt werden, wie immer man das nennen will, auf einen sehr engen, dichten Bereich der Region von Hamburg bezogen. Das ist also eine ganz andere Ausgangssituation als die, die wir hier in der Rhein-Main-Region haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das geht auch gar nicht anders!)

– Gut. Ich lerne da gern hinzu, Herr Schäfer-Gümbel. – Wie gesagt, wir haben ganz viele Fragen. Insofern sind wir auch dankbar, dass Sie selber gesagt haben, es gehe darum, den Weg zu einer neuen Entscheidung zu gehen, also

gemeinsam in die Diskussion. Also stellen wir natürlich die Frage: Warum muss es denn das Rhein-Main-Gebiet mit einer Bauausstellung sein? Gibt es nicht in Hessen – wir sind hier im Hessischen Landtag – strukturschwache Regionen, wo das möglicherweise mit dem gleichen Konzept sinnvoller wäre? Die Rhein-Main-Region ist immerhin sozusagen die prosperierendste in Hessen, und hier soll speziell gefördert werden.

Die Frage stellt sich neben der Beteiligung der Kommunen für uns auch: Wie ist das denn mit der Einbeziehung der vorhandenen Projekte, z. B. Regionalpark, Route der Industriekultur und auch des Kulturfonds? Da haben wir noch einen Antrag vorliegen. Darüber werden wir diskutieren. Das sind alles Fragen.

Im Übrigen will ich an der Stelle auch sagen, was mich am SPD-Antrag gestört hat: Das ist nämlich sozusagen die Bedeutung und natürlich die Diktion, die in der Begründung dem Frankfurter Flughafen zugewiesen wird. Da haben wir möglicherweise eine grundsätzlich andere Einschätzung. Herr Kaufmann hat Airport City angesprochen. Das wäre natürlich auch ein Thema. Wo wollen wir denn da hin, und welche Rolle spielt tatsächlich der Flughafen für dieses Dienstleistungszentrum Rhein-Main?

Langer Rede kurzer Sinn: Die Fragen bleiben. Was bringt eine IBA tatsächlich für die breite Bevölkerung? Wohlgeachtet, das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen, was ist jetzt neu an diesem Antrag, was in den letzten 15 und 20 Jahren in der Regionalpolitik nicht gemacht wurde? Wo gibt es Doppelstrukturen? Worum geht es? Geht es um eine soziale Stadtentwicklung, und woran wird eine soziale Stadtentwicklung festgemacht? Das sind alles Fragen, die für uns in diesem Zusammenhang entstehen.

Last, but not least: Ist dies ein Projekt zur zusätzlichen Schaffung von Arbeitsplätzen, und zwar nicht nur für Geschäftsführer und Architekten, sondern sozusagen für einen breiten Bereich? Meine sehr geehrten Damen und Herren, diskutieren kann man über alles. Wir sehen in der Tat keinen Grund zur Eile. Wir sehen im sozialen Bereich, bei Schulen, bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen weit größeren Handlungsbedarf als in Bezug auf eine IBA. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schaus. – Für die Landesregierung hat sich Herr Dr. Rhiel zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Dr. Rhiel, Sie haben das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung nimmt den Ball in Form dieser Anträge auf, aber die Landesregierung nimmt den Ball nicht auf, um das Spiel selbst zu machen und dann die Tore zu schießen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Eigentor zu schießen!)

Ganz im Gegenteil. Wir möchten Mitspieler sein auf einem Feld, das hier nur in Umrissen heute skizziert worden ist. Die bisherige Debatte hat gezeigt, dass wir alle eher mit offenen Fragen leben müssen als mit einer fertigen Antwort. Das ist auch gut so, denn wir müssen nicht nur in

der allgemeinen politischen Konstellation des Hessischen Landtags mit offenen Fragen leben lernen, sondern es ist überhaupt auch eine kulturelle Frage, mehr mit Fragen zu leben, als mit fertigen Antworten einander zu begegnen. Deswegen ist in der Tat die Frage einer Internationalen Bauausstellung, einer Ausstellung unter dem Titel „Metropolitana“ oder einer andersartigen Bezeichnung, ob dies eine Chance darstellt, miteinander unter einer Idee ins Gespräch zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Idee ist es, die zünden muss. Deswegen ist es nicht eine Frage, die hier im Landtag entschieden wird, also in der Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Fraktionen, sondern es ist eine Frage, die wir gemeinsam in der Zuspitzung ausbreiten wollen: Ist dies eine Idee, die auch für andere heißt, an ihr mitzuarbeiten? Deswegen ist es richtig, was hier gesagt und wiederholt worden ist: Es ist ein Prozess, ein Entwicklungsprozess, der begonnen wird und der sicherlich auch ein Ziel und zeitlich einen Abschluss haben muss, der aber in dem Nutzen dieses ganzen Unterfangens über den Abschluss dieses Zeitpunkts hinaus leben und wirken muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Herausforderungen des Rhein-Main-Gebiets anschauen, dann ist es nicht so sehr die Herausforderung, hier eine prosperierende, ökonomisch nach vorne gerichtete Region zu schaffen und weiterzuentwickeln. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass das für Hessen sozusagen vorbildlich gilt und auch bundesweit von beachtlicher Bedeutung ist, wenn wir die einschlägigen Kennziffern einmal zugrunde legen.

Was in diesem Zusammenhang wichtig ist, ist die Frage: Wie gelingt es, aus den verschiedenen Funktionen eines Ballungsraums heraus für die Menschen in der Region, aber auch für die Menschen, die eine Beziehung zu dieser Region entwickelt haben oder weiterentwickeln wollen, oder neu entwickeln wollen, ein gemeinsames sichtbares Bild dieser Idee zu formulieren, das den Menschen sowohl in der Frage des Wirgefühls, als auch in ihrem Menschsein weiter hilft, als es in der derzeitigen Situation ist? Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, allein schon deshalb, weil wir es mit vielen Funktionen, Faktoren und Elementen zu tun haben.

Allein funktional betrachtet geht es nicht nur um den Arbeitsplatz, die wirtschaftliche Funktion, die Verkehrsfunktion, sondern auch um die Funktion des Wohnens, des Behaustseins, es geht aber auch um die kulturelle Dimension. Allein diese Elemente sind schon sehr, sehr komplex und erfordern ein Denken in verschiedenen Dimensionen. Es kommt hinzu, dass der Mensch nicht nur Mensch an sich ist. Es kommt auch hinzu, dass das menschliche Wesen verschiedene Dimensionen hat. Dazu gehören sowohl die rationale wie auch die emotionale Ebene. All dies soll zusammengefügt werden, nicht nur auf einen Zeitpunkt konzentriert, es müssen auch geschichtliche und Herkunftsfragen beantwortet werden. Dabei geht es um die Identifikation von den Wurzeln bis zu den Perspektiven der Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es zur inhaltlichen Skizzierung nur bei diesen wenigen Stichpunkten belassen. Ich will deutlich machen, dass die Landesregierung bereit ist, eine Verantwortung zu übernehmen, die sich in der Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen entwickeln muss.

Es ist die Frage, ob der Ball, der heute hier gespielt wird, aus der Verantwortung des Landes in die Region, dort auch aufgenommen wird. Die Menschen müssen erkennen, dass ein solches Konzept keine Gängelung bedeutet, dass es Freiraum belässt, aber dennoch einem Leitbild folgt, dem ich mich in einem Commitment zu- und/oder vielleicht unterordnen muss.

Es werden alle Maßnahmen umfasst, die sich aus ihrer Funktionalität heraus – der Flughafen als das größte Beispiel ist genannt worden – ohnehin entwickeln müssten, weil sie nur finanziell dargestellt werden können, wenn sie eine Funktion haben.

Es kommt aber etwas hinzu. Die Frage: Was ist das Proprium dieses ganzheitlichen Vorgehens? Weiterhin gibt es die Fragestellung: Kann all das, was realisiert und vorher geplant wird, unter dieser Leitidee in der unterschiedlichen Verantwortlichkeit aller Akteure umgesetzt werden, um vor allem zwei Dinge zu leisten? Bei diesen zwei Dingen handelt es sich erstens um die Stärkung und Identifizierung nach innen. Das Zweite wird bei dem Begriff „Metropolitana“ deutlich. Es geht um die Chance, aus dem Rhein-Main-Gebiet heraus deutlich zu machen, dass wir europa- und weltweit wahrgenommen werden und damit für das ganze Land einen Zuwachs an Attraktivität und an Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Hinsichtlich dieser beiden Ideen muss die Leitidee überprüft werden, ob es ihr gelingt, den Maßnahmen, die sich ohnehin entwickeln, diesen Stempel aufzudrücken. Wir müssen dann auch bereit sein, uns finanziell zu engagieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zum einen muss der Prozess gestaltet werden können. Das ist klar. Zum anderen müssen aber auch – das ist auch keine Sensation, wenn ich das sage – Mittel aus den einzelnen Programmen in diese Leitidee unter- und eingeordnet werden. Sicherlich wird es auch notwendig sein, ein solches Projekt auf einen Punkt hin zu entwickeln – auch am Ende als Großereignis, wie Sie es auch immer nennen mögen – und sichtbar zu machen. Ein solcher Prozess kann bei der Vielzahl und Vielschichtigkeit aller Beteiligten nur dann gelingen, wenn wir gemeinsam auf ein solches Ziel und ein solches Endprodukt hinarbeiten, das die Begeisterung auslöst, die hilft, manche Schritte, die nicht einfach sind, zu gehen und Hindernisse zu überwinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind zu dieser Aufgabe bereit. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Ich wünsche, dass aus diesem Ansatz, wie wir ihn heute diskutieren, mit den vielen offenen Fragen, ein einheitliches, in sich geschlossenes kohärentes Ganzes werden kann. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Rhiel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Aussprache zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ja zum neuen Entwicklungsmodell der sozialen Moderne für Rhein-Main: Nachhaltige Metropolitana 2020 – die Region braucht die Internationale Bauausstellung, Drucks. 17/28. Dazu war aufgerufen der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend der IBA eine Chance, Drucks. 17/82.

Beide Anträge sollen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen werden. – Es gibt keinen Widerspruch, dann dürfen wir so verfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Drucks. 17/29 –

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 10:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Drucks. 17/33 –

Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Gotthardt für die CDU-Fraktion das Wort erteilen. Es sind fünf Minuten Redezeit vereinbart.

Frank Gotthardt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu dem eigentlichen Inhalt des Antrags etwas sagen möchte, würde ich auch ganz gerne etwas zu dem Zustandekommen des Antrags sagen. Ich finde es schon mehr als erstaunlich, wenn in diesem Hause zwei komplett wortidentische Anträge vorliegen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich glaube, das hatten wir in der Form noch nie. Deswegen will ich in aller Deutlichkeit sagen: Ich bin sehr erstaunt, dass die Kollegen von SPD und GRÜNEN lieber mit der vom Verfassungsschutz überwachten Linkspartei einen Antrag hier einbringen als mit CDU und FDP. Ich finde, das sollte man auch nach außen transportieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt kein Recht einer Fraktion, einem Antrag einer anderen Fraktion beizutreten. Die CDU hat nun einmal gesagt, dass wir in diesem Haus mit den vier demokratischen Parteien zusammenarbeiten wollen, aber wir werden keine politische Kooperation mit der Linkspartei machen, und insbesondere dann nicht, wenn es um die Stasi geht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich sage es ganz deutlich, weil man diesen Unterschied auch so benennen muss: Wenn die Republikaner in dieses Haus eingezogen wären, würden wir auch mit ihnen keine Zusammenarbeit pflegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, die Frage müssen Sie sich gefallen lassen, warum Sie mit einer Partei, die, wie gesagt, vom Verfassungsschutz überwacht wird, einen Antrag zum Thema Stasi einbringen. Mit den Republikanern würden Sie auch nicht zusammenarbeiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann nicht immer nur auf die eine Seite des politischen Spektrums gucken und auf der

anderen Seite zusammenarbeiten. Wenn man auf der einen Seite, der linken Seite des Parteienspektrums, nicht richtig guckt, wenn der Blick getrübt ist, rennt man auch schnell gegen die Wand, da sind Sie ja an der ein oder anderen Stelle schon dabei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich freue mich, dass wir gemeinsam verabschiedet werden, das ist auch angekündigt, dass die Stasiunterlagen nicht nur angefordert, sondern auch offengelegt werden. Das ist auch Sinn der Sache, dass die Öffentlichkeit das Recht hat, wenn es Stasiunterlagen gibt, zu erfahren, welche Abgeordneten des Hessischen Landtags betroffen sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin sehr gespannt, was dann kommt. Die Erwartungshaltung ist ja sehr hoch.

(Zuruf von der CDU: Oh, oh, oh!)

Auf einen Punkt möchte ich hinweisen, lieber Herr van Ooyen, weil Sie bei diesem Thema so amüsiert vor sich hin lächeln. Sie sind aber ein fröhlicher Mensch und geben das Geld gern mit offenen Händen aus.

Herr van Ooyen, wenn ich mir anschau, was Sie in den Achtzigerjahren im Auftrag der DDR, für Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland geleistet haben, dann liegt die Vermutung nahe, dass Sie durchaus in Stasiakten erwähnt sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Vielleicht aber auch nicht!)

Aber, lieber Herr van Ooyen, wenn jemand wie Sie, der das Geld aus der DDR bekommen hat und der auf der Gehaltsliste von Erich Honecker stand,

(Michael Boddenberg (CDU): Unglaublich!)

heute keine Stasiakte mehr hätte oder sich darin keine Inhalte mehr finden ließen, dann lässt das aus meiner Sicht noch tiefer schließen, als wenn es eine solche Akte gäbe.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der LINKEN)

Deswegen bin ich sehr gespannt, was sich findet. Aber ich bin genauso gespannt auf das, was sich nicht findet; denn auch das kann eine sehr wichtige Information sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu einem dritten Punkt. Wenn man gemeinsame Anträge schreibt – der parlamentarische Geschäftsführer der SPD schaut mich erwartungsvoll an, zu Recht –,

(Reinhard Kahl (SPD): Natürlich!)

ist das auch Ausdruck von gemeinsamen Positionen. So verstehe ich es zumindest.

(Reinhard Kahl (SPD): In diesem konkreten Punkt?)

– Ja, in diesem konkreten Punkt. – Deswegen hoffe ich, dass die GRÜNEN und die SPD auf die Homepage der Linkspartei geguckt haben und gesehen haben, was der Kollege van Ooyen für die Linkspartei zu unserem bzw. Ihrem Stasiantrag gesagt hat. Er hat gesagt, es gehe nicht nur darum, die Stasiunterlagen offenzulegen, sondern man müsse auch die Unterlagen von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz offenlegen.

Warum ist das so interessant? – Sie werden es gleich ausführen, herzlich gerne. – Dass die Linkspartei die Aktivitäten der Stasi zu verharmlosen versucht, indem sie die

Stasi mit dem Verfassungsschutz vergleicht, das ist ein Skandal an sich. Die Stasi ist kein Verfassungsschutz.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Das passt in eine ganze Reihe von Aktivitäten, bei denen ehemalige Stasifunktionäre im Moment in Ostdeutschland zu erreichen versuchen, dass Ausstellungen über die Stasi in der Öffentlichkeit gezeigt werden können. Die Stasi soll offensichtlich aus einer bestimmten politischen Richtung heraus verharmlost werden, aber das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Gotthardt, Sie müssen zum Schluss kommen. Die fünf Minuten Redezeit sind um.

Frank Gotthardt (CDU):

Ich komme auch gerne zum Schluss. – Die Stasi ist nicht mit dem Verfassungsschutz zu vergleichen. Wer das tut, versucht die Menschen zu täuschen. Wenn Rot und Grün gemeinsam mit solchen Menschen Anträge zum Thema Stasi unterschreiben, dann ist das ein politischer Skandal. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Gotthardt. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Wagner gemeldet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erkläre es dem Frank einmal! – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU): Da gibt es nicht zu erklären!)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Gotthardt, ich glaube, es tut dem Thema, über das wir heute reden, nicht gut, wenn man in der Art und Weise darüber redet, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Kollege Gotthardt, wir waren uns in der letzten Legislaturperiode über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass wir das, was jetzt alle Fraktionen dieses Landtags erneut als Antrag vorgelegt haben, einstimmig beschließen können. Es gab einen Konsens in dem alten Landtag, und es gibt einen Konsens in dem neuen Landtag. Deshalb war Ihre Rede hier ein wenig am Thema vorbei und ein wenig unangemessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Man muss neben der Sache auch über das Verfahren reden. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Gotthardt. Aber das Verfahren, dass wir jetzt zwei wortgleiche Anträge von unterschiedlichen Fraktionen haben, zeigt die Absurdität, die die CDU bei diesem Thema eingeschlagen hat,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

und in welcher absurden und der Sache unangemessene Situationen dieser Landtag durch die Weigerung der CDU-Fraktion kommt, interfraktionelle Anträge zu machen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, bei diesem Thema der freiwilligen Überprüfung der Abgeordneten durch die sogenannte BIRTHLER-Behörde wäre es sinnvoll gewesen, dass die LINKEN auf dem Antrag stehen; denn nur dadurch, dass die Abgeordneten sich zu dieser Überprüfung bekennen, kann diese Überprüfung erst stattfinden.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie das erreichen wollen, was Sie hier vorgegeben haben, dann hätten Sie genau den Weg mit allen anderen Fraktionen zusammen suchen müssen. Sie haben das nicht getan. Wir haben es getan, weil es uns um die Sache geht, weil wir wollen, dass dieser Hessische Landtag genau wie der 16. Hessische Landtag diesen Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen beschließt.

Herr Kollege Gotthardt, natürlich geht es in diesem Landtag um eine Auseinandersetzung. Aber es geht um Auseinandersetzung und nicht um Ausgrenzung. Es geht um Auseinandersetzung über politische Inhalte. Es geht um Auseinandersetzung auch mit der Geschichte, die die im Landtag vertretenen Fraktionen und ihre Parteien haben. Darum geht es sehr wohl.

Hier brauchen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirklich keine Nachhilfe, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem DDR-Regime geht. Ich sage es sehr deutlich. Die Fraktion der LINKEN bzw. die Partei DIE LINKE hat in ihrer Geschichte eine Partei, die Teil des Systems, die das System der DDR war. BÜNDNIS 90 ist gegen dieses System gegründet worden und hat während der Zeit der DDR-Diktatur gegen dieses System Opposition gemacht. Das sage ich sehr deutlich, und das gehört zu einer sachlichen Auseinandersetzung dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Zur Sache. Der Antrag, über den wir hier reden, zur Selbstüberprüfung der Abgeordneten bei der sogenannten BIRTHLER-Behörde hat eine lange Tradition. Wenn ich es richtig verfolgt habe, diskutieren wir in wechselnden Formen und wechselnden Zusammensetzungen seit 1991 im Hessischen Landtag über dieses Thema. Wir haben – ich habe es bereits erwähnt – in der letzten Legislaturperiode zu einem sehr guten Antrag gefunden, der dann mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen wurde. Ich finde es ausdrücklich richtig, dass auch westdeutsche Landtage sagen, dass eine solche Überprüfung selbstverständlich dazugehört. Das ist 18 Jahre nach der Einheit ein guter Teil von gesamtdeutscher Normalität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, man kann und sollte eine Debatte nutzen, um ein Wort des Dankes für die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu sagen. Das, was dort Joachim Gauck aufgebaut hat und was seit ein paar Jahren Marianne BIRTHLER fortgesetzt hat, ist ein gelungenes, lebhaftes Bei-

spiel der Aufarbeitung von Geschichte. Dafür kann der Hessische Landtag der Behörde, Herrn Gauck und heute Frau BIRTHLER nochmals ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Behörde selbst formuliert es so:

Die Arbeit der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR trägt dazu bei, die Erinnerung an die SED-Diktatur, an ihre Opfer, aber auch an Opposition und Widerstand gegen das System wachzuhalten. So werden Erinnerung und Information an die Stelle von Vergessen, Verschweigen und Verklärung gesetzt.

Genau das ist der Auftrag dieser Behörde, und dieser Auftrag ist gut so. Wir als Hessischer Landtag tun gut daran, diesen Auftrag nach Kräften zu unterstützen. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Wagner. – Ich darf als Nächster Frau Kollegin Dr. Pauly-Bender für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das gemeinsame Ziel, noch einmal allen die Gelegenheit zu geben, vor Augen zu führen, dass man bei der BIRTHLER-Behörde Klarheit einholen kann, ist vernünftig und unterstützenswert, selbstverständlich auch im Namen unserer Fraktion, der SPD. Dies gilt für diejenigen unter uns, die in der letzten Wahlperiode womöglich säumig geblieben sind, und natürlich auch für die neuen Kolleginnen und Kollegen, die wir in großer Zahl in unseren Reihen haben.

Allerdings – diese Bemerkung sei mir als schon ältere Frau an dieser Stelle erlaubt – waren einige der neuen Abgeordneten noch in einem sehr jugendlichen Alter, als ERICH MIELKE vor der letzten Volkskammer den Bankrott seiner Firma erklärte. Ich denke an Frau GNADL. Sie war damals siebeneinhalb Jahre alt. Ich denke auch an Herrn DEGEN in unseren Reihen. Er war damals neuneinhalb Jahre alt. Aber dass die Zeit rast, wissen wir alle, auch wenn wir es nicht immer wahrhaben wollen.

Nochmals eine Nachfrage bei Frau BIRTHLER ist sinnvoll und richtig. Das wird interfraktionell so gesehen und auch geschehen.

Von der SPD-Fraktion wird aber eines anders gesehen, Herr GOTTHARDT; denn einen interfraktionellen Konsens kann man durch einen interfraktionellen Antrag abbilden. Das haben Sie hier bestritten. Der Grund: Die CDU-Fraktion möchte nicht mit der Fraktion DIE LINKE als Antragsteller auftreten. Sie haben das so begründet. Die FDP-Fraktion sieht das offenbar auch so. Sie sagt sicher noch etwas dazu.

Meine Damen und Herren, die Auflösung der Blöcke lässt schön grüßen. Die CDU unterscheidet, das wurde bereits

in der konstituierenden Sitzung von Herrn Koch angekündigt, zwischen vier „Normalfraktionen“ und einer Fraktion minderer Legalität, mit der man sich nicht blicken lassen kann, noch nicht einmal dann, wenn es um kooperative Themen geht, die den ganzen Landtag als Körperschaft betreffen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Die Rednerin fühlt sich gestört. Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Kurt Schumacher würde sich im Grabe umdrehen! Es ist unglaublich, dass Sie mit Kommunisten gemeinsame Sache machen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Meine Damen und Herren, der Kollege AL-WAZIR hat eine solche Politik der Exklusion zutreffend schon in unserer konstituierenden Sitzung bemängelt, und er hat dazu aufgerufen, darüber nachzudenken, ob man wirklich weiterhin so verfahren will.

Für meine Fraktion möchte ich festhalten, dass wir nicht glauben, dass eine Ausgrenzung die richtige Form des Umgangs mit dieser neuen Fraktion ist.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Die LINKE reüssierte nicht zuletzt deshalb in den westdeutschen Parlamenten, weil die alten Altparteien – auch das hat Herr AL-WAZIR, von Herrn Koch mehrfach „kluger Kopf“ genannt, vorgetragen –, auch die gar nicht so alte Altpartei der GRÜNEN, Fehler gemacht und Handlungsspielräume eröffnet haben.

Bei den nächsten interfraktionellen Anstrengungen sollten wir alle bedenken: Die Anwesenheit der Fraktion DIE LINKE in diesem Landtag geht nicht auf eine weltkommunistische Verschwörung zurück. Komintern und Kominform sind von der Geschichte verschlungen worden. Die Moskauer Zentrale ist aufgelöst und funkt nicht mehr. Die genannte kommunistische Plattform, mit der sich die Linkspartei herumschlagen hat, kann keinen Schrecken verbreiten. Die alten Männer, die sich um die bekannte Rosa-Luxemburg-Attrappe gesellen, erinnern eher an Displaced Persons des Kalten Krieges als an eine politische Kraft von Belang.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Schauen Sie auch einmal in deren Programm, oder nehmen Sie das alles nur so hin? – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schauen Sie in das Programm hinein, was die wirklich wollen!)

Nein, meine Damen und Herren, die Gründe für die LINKE liegen ganz woanders. Sie liegen darin, dass viele kleine Leute, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auch von Ihnen, Herr Irmer, zu den LINKEN gewandert sind – das haben wir den Analysen entnehmen können –, an der überspitzten Agenda 2010 verzweifeln – und daran, hören Sie zu, Herr Boddenberg, dass die damalige Bundesopposition aus CDU und FDP dieses Verzeifeln mit dem Ruf nach einer noch marktradikaleren Agenda beantwortet und diese Stimmung im Lande geschürt hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Lafontaine spricht von „Fremdarbeitern“! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ging das jetzt gegen Schröder? – Weitere Zurufe von der CDU)

Bekanntlich hat die SPD Hessen auf diese Umstände frühzeitig hingewiesen. Diese Menschen, auf die es mir auch ganz persönlich ankommt – ich habe 17 Jahre lang Sozialpolitik in diesem Hause gemacht –, erwarten von uns positive Signale.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Sie erwarten, dass wir die Partei, die sie gewählt haben oder mit der sie liebäugeln, auf den Prüfstand lassen. Sie wollen sehen, ob diese Partei wirklich zur Festigung unseres Sozialstaates beiträgt oder ob sie mit populistischem Firlefanz verliert.

(Zurufe von der CDU)

Mit Ausgrenzung und einer Politik der Schließung, verehrte Kollegen von der CDU, werden Sie für diese notwendigen Klärungen aber gar nichts bewirken. Zur Lösung der Probleme, die das politische Gerechtigkeitsdefizit im Parteiensystem verursacht hat, tragen Sie damit nicht bei.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das machen Sie doch selber! Sie haben doch mit den GRÜNEN in Berlin regiert! – Weitere Zurufe von der CDU)

In gewisser Weise ist das leider gar nichts Neues, sondern für mich so etwas wie ein Déjà-vu-Erlebnis. Ich bin 1991 als damals 34-Jährige in dieses Parlament eingezogen, und mir sind die Auseinandersetzungen der Achtzigerjahre, noch aus der Bürgerinnen-Perspektive, in klarer Erinnerung. Wenn man auflisten würde, was Sie damals über die GRÜNEN gesagt haben, wie Sie aufschäumten und indigniert waren ob der Frechheit der Wählerinnen und Wähler, Ihnen eine neue politische Kraft in den Pelz zu setzen, wie Sie die Sozialdemokratische Partei und ihre Fraktion beschimpft haben,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

dass sie das Land und ihre eigene Tradition an diese neue Gruppierung verraten würde, dann, meine Damen und Herren von der CDU, sieht man die Muster und Versatzstücke, mit denen Sie auch jetzt wieder zu Werke gehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Pauly-Bender, Sie müssen zum Schluss kommen. Ich habe Ihnen wegen der Störungen schon mehr Redezeit zugebilligt. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Präsident, ich muss hier so schreien, dass ich schon fast einen Arzt brauche.

(Lachen bei der CDU)

Natürlich gibt es Unterschiede. Man kann die GRÜNEN von damals nicht mit der Linkspartei von heute vergleichen. Das wäre Schwachsinn.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Geblichen ist aber, fast wie ein überhistorischer Faktor, eine hessische CDU, die einen bestimmten Stil pflegt, eine Partei, die meint, sie könne mit Ausgrenzung das Problem lösen, vor dem wir in puncto Sozialstaatlichkeit heute stehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gerade von Ihnen lassen wir uns das nicht sagen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Insofern, meine Damen und Herren, bezeichnet dieser Doppelantrag einen Umstand, den wir in diesem Hause noch lange werden abarbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Kollegin Pauly-Bender. – Als Nächster hat Herr Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein sehr emotionales Thema. Das merkt man. Frau Pauly-Bender, wir haben in den letzten Wochen vieles über Moral hören dürfen, darüber, warum bestimmte Menschen gewählt werden. Ich glaube, man muss bei dieser Debatte sehr vorsichtig sein. Der neue Landtag hat, jedenfalls in den letzten Stunden, versucht, Diskussionen mit guten Argumenten, relativ unemotionale Debatten zu führen. Das war bei Ihnen leider nicht der Fall.

Beim Thema Ausgrenzung fühlen wir uns nicht angesprochen. Wir fühlen uns deshalb nicht angesprochen, weil wir mit der LINKEN bei jedem Thema heute, gestern und in der vergangenen Woche sachlich diskutiert haben. Herr van Ooyen wird sich nicht darüber beschweren können, dass wir eine Diskussion in der Sache geführt haben, um den besten Weg gestritten haben. Deshalb teile ich von dem, was Sie vorgetragen haben, nichts. Nichtsdestotrotz führen wir diese Debatte sachlich.

Frau Kollegin, man muss schon einen Unterschied machen – das trifft auch für die GRÜNEN zu –, ob man ein Thema gemeinsam behandeln will oder ob man es gemeinsam zum Antrag erhebt und als Antragsteller gemeinsam hier vorträgt. Das ist ein Unterschied, und diesen Unterschied haben wir mit unserem Antrag demonstriert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die FDP war die einzige und erste Partei, die 1991 eine Stasiüberprüfung verlangt hat, damals aufgrund der Nähe zur ehemaligen DDR. Das war natürlich ein Stück weit ein Zeichen der Solidarität mit den Ostländern, wo diese Überprüfung zuerst stattgefunden hat. Wir haben das als gute Übung in diesem Hause mehrmals wiederholt, und ich halte es für völlig richtig, das zu machen.

Herr Kollege van Ooyen, ich will Ihnen sagen, warum ich mir nicht vorstellen kann, mit der Linkspartei bei einem so sensiblem Thema als Antragsteller aufzutreten: Es gibt eine Verharmlosung der Historie der DDR durch Ihre Leute in einem Ausmaß, das man sie sich eigentlich kaum vorstellen kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das erfolgt in verschiedenen Sentenzen. Aber auch Teile der Bevölkerung haben leider völlig vergessen, was das für ein Unrechtsregime war. Ich will Ihnen nur das Beispiel nennen, das der Kollege Boris Rhein in der Debatte vor fünf Jahren angeführt hat. Viele Stasispitzel waren Ärzte, die mittels falscher Diagnosen, z. B. Krebsdiagnosen, Menschen Angst gemacht haben, um sie zu einem bestimmten Handeln zu bewegen. Dieses Unrechtsregime war so subtil, hat Menschen in so schwierige Situationen gebracht, dass man immer wieder daran erinnern muss, was das für ein System war. Deshalb sind die Äußerungen eines Mitglieds Ihrer Partei aus den letzten Wochen so kritikwürdig. Sie lauten: „Wir wollen nicht die DDR, aber wir wollen auch nicht die Bundesrepublik, wir wollen irgendetwas dazwischen.“ – Was soll das sein? Wir wollen die Bundesrepublik, und das sollte für alle in diesem Hause gelten.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich finde, es ist Aufgabe jedes deutschen Parlaments – und gerade des Hessischen Landtags –, die Vergangenheit der DDR immer wieder zu beleuchten. Hessen ist ein Grenzland. Ich bin in Kassel, in der Nähe zur DDR, groß geworden. Meine Familie stammt aus der ehemaligen DDR. Ich habe dort viele Verwandte, und einige meiner Verwandten mussten sich mit diesem Unrechtsregime auseinandersetzen. Herr Kollege van Ooyen, ich glaube, es ist wichtig, dass wir mit unserer Bildungspolitik und mit allem, was dieses Parlament tut, dazu beitragen, dass nicht in Vergessenheit gerät, was dort geschehen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir werden diesen Antrag nicht stellen, weil das eine gute Übung ist oder einer Floskel entspricht, sondern weil es wichtig ist, dass wir das machen.

Außerdem werden wir unsere Ergebnisse veröffentlichen. Für uns ist es völlig klar, dass wir unsere Ergebnisse wie in den letzten Jahren veröffentlichen werden. Auf die Debatte bin ich sehr gespannt. Herr Kollege Gotthardt hat es bereits gesagt.

Abschließend darf ich für die FDP-Fraktion sagen: Für uns ist das Thema Stasiüberprüfung nur eines von vielen Themen, über die wir hier in den nächsten Monaten diskutieren werden. Es geht um die Gedenkstätten und darum, wie man mit einem solchen Regime in der Verarbeitung und in der Bildungspolitik umgeht. Das ist ein zentrales Thema.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Dort ist viel passiert. Aber wir werden es forcieren, dass dort weiterhin viel passiert; denn wir werden nicht zulassen, dass so etwas in Vergessenheit gerät. So etwas darf nicht in Vergessenheit geraten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Rentsch. – Als nächster Redner hat Herr van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ein Thema, dessen Behandlung hoffentlich

zur Beruhigung beiträgt. Jedenfalls merke ich, dass Sie jetzt zuhören. Das ist in diesem Bereich ganz wichtig.

Es geht darum, dass niemand von uns die Tätigkeit der Stasi rechtfertigen wird. Niemand hat so intensiv an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der SED-Geschichte gearbeitet wie die Partei DIE LINKE.

(Lachen bei der CDU)

– Das ist eindeutig so. Sie haben Ihre Geschichte, nämlich die Geschichte der sogenannten Blockflöten, noch nicht aufgearbeitet.

(Zurufe von der CDU)

Die Geschichte der sogenannten Blockflöten ist nirgendwo aufgearbeitet. Sie haben sie einfach aufgenommen, ohne – –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist eine Verhöhnung aller Opfer! – Michael Boddenberg (CDU): Pit Metz hat auch mitgearbeitet! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Pit Metz hat – –

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich muss Sie erneut darum bitten, diesem Redner zuzuhören. Er hat selbstverständlich die Chance, seine Ausführungen so vorzutragen, dass alle mithören können.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Früher hatte ich immer den Eindruck – in der Ecke, aus der ich stamme, sind selbst die Kartoffeln katholisch –, dass in der CDU vornehme Leute sind. Ich lerne dazu.

Es geht nicht darum, dass wir eine Strategie zur Rechtfertigung der Stasi entwickeln wollen, sondern darum, dass wir Verfolgung und Bespitzelung generell und substanzial ablehnen. Als Kriegsdienstverweigerer bin ich überall bespitzelt worden, natürlich auch von der Stasi. Möglicherweise bin ich sogar von Putins KGB bespitzelt worden, wenn wir in Moskau – oder Leningrad, wie es damals hieß – waren, um darüber zu diskutieren, wie sich die Friedensbewegung verhält. Natürlich haben wir das gemacht.

Aber es gibt möglicherweise auch Akten bei der Sûreté, weil wir damals, als Rudolf Scharping noch friedensengagiert war, gemeinsam gegen die Giftgaslager in Rheinland-Pfalz und in Bitche in Frankreich aktiv waren.

Natürlich hat die CIA Informationen gesammelt, was das Zeug hielt, wenn wir uns darum gekümmert haben, dass jemand, der nicht in den Vietnamkrieg wollte, auch nicht dorthin musste, sondern eine andere Möglichkeit erhielt, in Freiheit zu kommen, wenn er die Desertion als ein Mittel, gegen den Krieg zu agieren, wichtig genommen hat. All das hat mich – oder uns – natürlich wesentlich geprägt; denn wir waren in allen Punkten gegen den Krieg engagiert.

(Michael Boddenberg (CDU): Für welchen Arbeitgeber, Herr Kollege?)

– Mein letzter Arbeitgeber ist die Behindertenwerkstatt der Praunheimer Werkstätten. Dort bin ich seit über zehn Jahren.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie hieß der Arbeitgeber davor? – Lachen bei der CDU)

– Davor war ich Geschäftsführer der Werkstatt Frankfurt. Das ist eine Beschäftigungsgesellschaft mit immerhin 1.200 Mitarbeitern.

(Michael Boddenberg (CDU): Bloß alles weglassen, was interessant ist!)

Herr Boddenberg, mein damaliger Vertreter war übrigens ein CDU-Mitglied, das Sie gut kennen. Aber wir haben uns gut vertragen.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wissen, von welchem Arbeitgeber ich rede!)

– Ja, natürlich. – Meine Lohnabrechnungen habe ich immer vorlegen müssen. Die Steuerfahnder waren alle zwei Jahre bei uns und haben geschaut, ob wir das richtig machen.

(Zuruf von der CDU)

– Immer. Alle zwei Jahre sind sie gekommen, um das zu kontrollieren.

Ich will noch ein persönliches Wort zu Frau BIRTHLER sagen. Frau BIRTHLER habe ich 1992 eingeladen. Sie hat beim Ostermarsch gesprochen. Deshalb gibt es durchaus enge Beziehungen. Das tut uns gar nicht weh.

Jetzt zum Verfassungsschutz.

(Axel Wintermeyer (CDU): 1992, das war wieder eine andere Funktion!)

– 1992? Den Ostermarsch habe ich 1989 veranstaltet und 1992 auch. Das geht also auch.

Mir geht es um Folgendes. Was der Verfassungsschutz macht, ist allerdings wirklich unerträglich.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Hört, hört!)

Das ist eine Bespitzelung hoch drei.

(Michael Boddenberg (CDU): Gut, dass Sie das einmal aussprechen, damit jeder weiß, wovon die Rede ist! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Bouffier, ich bin der Meinung, dass dieser Verfassungsschutz und die Bespitzelung enden.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen die Verfassung abschaffen? – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich glaube nämlich, dass wir die politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus, den Sie hier immer erwähnen, täglich auf der Straße austragen. Wir wissen, dass die NPD nur durch die Polizei und den Verfassungsschutz am Leben gehalten wird. Das muss man doch einmal sagen.

Die wichtigen Fragen, die mich bewegen – –

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist aber eine Verharmlosung! – Zuruf von der CDU: Das ist ungläublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, natürlich – –

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, wenn ich ständig unterbrechen muss, geht das nicht von Herrn van Ooyens Redezeit ab. Ich bitte erneut um Ruhe.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Wir können doch eine gemeinsame Initiative starten, um die NPD zu verbieten. Das wäre ein praktisches Beispiel, um deutlich zu machen, wo dort die Schwierigkeiten angesiedelt sind.

Man muss doch laut und deutlich sagen dürfen, dass der Verfassungsschutz nicht nur ein Ventil ist, mit dessen Hilfe demokratische Entwicklungsprozesse begleitet werden, sondern dass es wirklich darum geht, dass hier die Beobachtung, die Bespitzelung und damit die Ausgrenzung von Demokraten – ich bezeichne mich als solchen – erfolgen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Rechtsstaatlich organisiert! Das ist ein Unterschied zur Stasi! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn der Verfassungsschutz in seinem Bericht zum Jahr 2006 schreibt, der Bundesausschuss Friedensratschlag sei verfassungsfeindlich, sage ich: Ich habe immer alles, was ich dort erklärt habe, öffentlich gemacht. Ich bin Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag. Das ist alles öffentlich. Man kann es nachlesen. Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Man kann auch öffentlich Verfassungsfeindliches machen! Was ist das für eine Logik?)

Dann ging es um die Friedens- und Zukunftswerkstatt. Sie hat ein kleines Büro im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Auch dort bin ich Vorsitzender. Über dieses Büro organisiere ich die Europäischen Sozialforen. Wir bereiten jetzt das Europäische Sozialforum in Malmö vor. Das sind Basisbewegungen, bei denen es wirklich darum geht, europaweit und weltweit ein neues Denken in Bezug auf das soziale Miteinander zu entwickeln.

Auch das ist alles öffentlich gemacht worden. Das zitiert sogar der Verfassungsschutz aus einem meiner Papiere, die öffentlich zugänglich sind. Dann wird es ganz schwierig. Es wird gesagt: In dem Büro der Friedens- und Zukunftswerkstatt ist auch das Ostermarschbüro untergebracht. – Das Ostermarschbüro ist aber nicht Gegenstand der Untersuchung. Das steht wörtlich darin. Jetzt hat dieses Ostermarschbüro aber nur zwei Stühle.

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr van Ooyen, bitte kommen Sie zum Schluss. Ich habe Ihnen schon eine längere Redezeit zugebilligt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Lassen Sie ihn reden! – Weitere Zurufe von der CDU)

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Ich bin gleich fertig. Ich will nur diesen einen Satz zu Ende bringen. – Es gibt in diesem kleinen Büro also zwei Stühle. Der, der auf dem einen Stuhl sitzt, wird beobachtet, weil er zur Friedens- und Zukunftswerkstatt gehört, und diejenigen, die auf dem zweiten Stuhl sitzen, werden vom Verfassungsschutz im Grunde genommen nicht beobachtet.

(Norbert Schmitt (SPD): Bei euch sitzt der Irmer in der ersten Reihe! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist eine Beleidigung!)

Wie viele personelle Kapazitäten man braucht, um herauszufinden, ob jemand gerade ein Verfassungsfeind oder ein Friedensaktivist ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich halte das für – –

(Michael Boddenberg (CDU): Das nächste Mal reden wir über die Achtzigerjahre!)

– Das machen wir auch. – Dieses Beispiel zeigt, wie unsinnig der Verfassungsschutz agiert und wie ausgrenzend er den Demokraten gegenüber ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr van Ooyen. – Für die Landesregierung hat sich Herr Staatsminister Bouffier zu Wort gemeldet. Herr Bouffier, bitte sehr.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr van Ooyen, zu Ihren Ausführungen kann man eine ganze Menge sagen. Ich will mich auf zwei Bemerkungen beschränken.

Ich habe es mitgeschrieben. Sie haben wörtlich gesagt: Die NPD wird nur vom Verfassungsschutz und der Polizei aufrechterhalten. – Ich stelle hierzu fest: Das ist sachlich unwahr. Das ist darüber hinaus eine Beleidigung von Polizei und Verfassungsschutz.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Als für die hessische Polizei und den Verfassungsschutz verantwortlicher Minister bedauere ich, dass nicht – mit Ausnahme der LINKEN – das ganze Haus dieser Bemerkung zugestimmt hat. Das betrifft ausdrücklich Mitglieder der FDP und der GRÜNEN.

Der Verfassungsschutz ist eine Einrichtung des demokratischen Rechtsstaats, die keine Schmähung, sondern die Unterstützung des Parlaments verdient. Deshalb kann ich das nicht unwidersprochen stehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Staatsminister Bouffier. – Nach der Regierung ist erneut Redezeit für die Fraktionen entstanden. Herr Al-Wazir, bitte schön, fünf Minuten stehen Ihnen zur Verfügung.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist genau dahin gekommen, wo wir als GRÜNE sie nicht haben wollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Genau das ist auch der Grund, warum wir hier zwei wortgleiche Anträge haben, weil es nämlich offensichtlich Teil-

len des Landtags nicht darum ging, dass alle Abgeordneten den Antrag bei der BIRTHLER-Behörde auf Auskunft über die Frage stellen, ob über sie Informationen im Zusammenhang mit der Stasi vorliegen oder nicht, sondern weil hier eine ganz andere Debatte geführt werden sollte.

Ich bedauere außerordentlich, dass diese andere Debatte zu führen versucht wurde bzw. geführt wurde. Ich bedauere außerordentlich, dass andere auf den Apfelbutzen draufgesprungen sind, der ihnen hingeworfen wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern ist es natürlich so, dass der Innenminister völlig recht hat, dass es eine absurde Verharmlosung der NPD ist, wenn man sagt, der Verfassungsschutz halte sie am Leben. Das ist eine absurde Verharmlosung der NPD.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ich finde aber, dass wir einmal wieder auf den Kern dessen zurückkommen sollten, worum es eigentlich geht. Es geht um die Frage, ob sich dieses Parlament am Anfang der 17. Legislaturperiode wie zu Beginn der 16. Legislaturperiode dazu bekennt, dass die einzelnen Abgeordneten bei der BIRTHLER-Behörde die Frage stellen, ob über sie etwas vorliegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP, wir haben so darauf bestanden, dass DIE LINKE als Antragsteller dabei ist, weil dieses Parlament es nicht verordnen, sondern nur appellieren kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Das hätten wir auch ohne die LINKEN gekonnt!)

Die Frage ist sozusagen, ob ich am Ende bei den sechs Abgeordneten der LINKEN mehr Argumente in der Hand habe, die Frage zu stellen, ob sie es denn gemacht hätten, wenn sie den Antrag selbst gestellt hätten. Ich glaube, die Frage können Sie sich selber beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Da sehe ich keinen Unterschied, Herr Kollege!)

Ich will, dass die Möglichkeiten, die das Stasi-Unterlagengesetz vorsieht, genutzt werden. Wir als Fraktion, auch wenn manche Schwierigkeiten haben, ihre Wohnsitze seit dem 18. Lebensjahr zusammenzukriegen, werden erneut – ich bin es nicht –

(Heiterkeit – Zuruf: Joschka Fischer ist schon da!)

diesen Antrag stellen, sofern er noch nicht gestellt worden ist. Aber ich sage noch einmal, es geht uns darum, dass es möglichst alle in diesem Parlament tun. Ich glaube, wenn wir jetzt zwei Anträge haben, wo am Ende alle Abgeordneten dem zustimmen, gibt es auch eine andere Variante und andere Wertigkeit des Ganzen, nachzufragen, ob sie es am Ende auch getan haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen lassen Sie uns darüber reden, was in den Anträgen steht.

(Michael Boddenberg (CDU): Was sagen Sie Herrn van Ooyen, Herr Kollege?)

Lassen Sie uns keine Stellvertreterdebatte führen bzw. keine absurden Vergleiche ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Al-Wazir. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Schmitt zu Wort gemeldet.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Innenminister wirklich dankbar, dass er uns durch seinen Beitrag die Redezeit ermöglicht, auch auf den Beitrag von Herrn van Ooyen einzugehen.

Ich will zunächst das unterstreichen, was eben Tarek Al-Wazir gesagt hat. Es ist eine absurde Debatte, die wir hier angesichts eines Antrags geführt haben, den wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam gestellt haben und der nicht nur mit der Existenz der Linkspartei etwas zu tun hat, nämlich der Frage, ob wir, die wir hier gewählt sind, im Hinblick auf das, was es an Unrechtsstaten im Zusammenhang auch mit der DDR und an Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Stichwort Stasi gegeben hat, alle ein sauberes Gewissen haben und davon alle befreit sind. Das war die Grundlage der Debatte.

Herr Kollege Gotthardt, daraus eine Debatte unter dem Motto zu machen, Sozialdemokraten reichten einem Unrechtsregime die Hand, oder zu versuchen, etwas zu verdunkeln, ist eine verdamnte Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Sozialdemokraten stehen seit 145 Jahren für Freiheit und Demokratie in diesem Land, in einem Deutschland.

(Horst Klee (CDU): Bleib doch ruhig!)

Wo bürgerliche Parteien auch Ermächtigungsgesetzen zugestimmt haben, waren wir es jedenfalls nicht. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, uns auch nur in Zusammenhang mit Unrechtsregimes zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Gotthardt, wir als Sozialdemokraten brauchen nichts an unserer Vergangenheit aufzuarbeiten. Aber es gibt hier auch zwei Parteien, die die Frage der Blockflöten, die Frage der Vermögensübernahme der Blockflöten und die Frage der Integration von Mitgliedern aus diesen in der Tat einmal aufarbeiten müssten. Das muss man in diesem Zusammenhang auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie einmal etwas zu Kurt Schumacher!)

Das zu den Unverschämtheiten von Herrn Gotthardt. Jetzt komme ich aber noch einmal zu dem – weil mich das auch drückt –, was Herr van Ooyen gesagt hat. Herr van Ooyen, es geht nicht, und da hat der Innenminister völlig recht, einen absurden Vergleich zwischen der Stasi und dem Verfassungsschutz herzustellen. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Unterschied ist, dass der Verfassungsschutz übrigens demokratisch kontrolliert ist und auf einer rechtlichen Grundlage agiert.

(Michael Boddenberg (CDU): Diese Denke ist doch nicht neu, die kennen Sie schon länger!)

Herr van Ooyen, deswegen rate ich Ihnen – das hat schon einmal bei Ihnen zu einer Debatte geführt, wo übrigens

jemand zurücktreten musste, der absurde Vergleiche gemacht hat –, in Zukunft solche Vergleiche nicht herzustellen. Sie sind absolut unzulässig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Bereich. Zu dem Hinweis, die NPD könne nur noch erhalten werden oder bestehe nur noch aus V-Männern, muss ich sagen: Schön wäre es. Leider ist es nicht so. Auch die Verniedlichung von Strukturen, die es bei der NPD und von Rechtsradikalismus in dieser Gesellschaft gibt, ist falsch. Herr van Ooyen, auch da, glaube ich, müssen Sie sich korrigieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir werden natürlich beiden Anträgen zustimmen. Ich bin einmal gespannt, wie die FDP und die CDU, wenn es gleiche Anträge gibt, in ihrem Stimmverhalten aussehen. Dann wird man sehr gut sehen, ob es Ihnen um die Sache oder um etwas ganz anderes geht. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Auch um etwas anderes, Herr Kollege!)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Dr. Wilken zu Wort gemeldet.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war schon schwer, mitzubekommen, über welche Anträge wir hier eigentlich diskutieren. Aber ich will jetzt noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Für uns als Fraktion DIE LINKE ist es vollkommen selbstverständlich, dass wir dem Brauch dieses Parlaments und des Vorgängerparlaments folgen und uns dieser Überprüfung unterziehen – selbstverständlich – und das Ergebnis auch offenlegen werden, was meiner Erinnerung nach in der letzten Legislaturperiode nicht alle Mitglieder dieses Hauses gemacht haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Doch, die CDU-Fraktion vollständig!)

Es geht uns auch nicht darum, in irgendeiner Art und Weise Stasitätigkeiten zu verharmlosen oder schönzureden oder – auch das hat Willi van Ooyen nach meinem Zuhören nicht getan – sie eventuell mit dem Verfassungsschutz gleichzusetzen.

(Widerspruch von der CDU)

Nein, darum geht es uns nicht. Es geht uns darum – das ist eine politische Haltung –, dass wir uns gegen Bespitzelung und Überwachung politisch wehren, auch in der aktuellen Politik. Das dürfen wir hoffentlich, auch wenn wir sagen, dass wir die Stasi nicht gut gefunden haben oder wenn wir Unrecht, das im Namen der DDR, in Namen der Stasi, der Mauer usw. begangen wurde, als Unrecht bezeichnen

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schießbefehl, Herr Metz!)

und wir es in unserer Partei sehr wohl aufgearbeitet haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Distanzieren Sie sich von der SED?)

– Ich distanziere mich von der SED.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Von der PDS auch?)

Wir haben uns als Partei von der SED distanziert. Zu unserem Gründungskonsens der LINKEN gehört der Antistalinismus. Das ist für uns als Partei unverbrüchlich.

Dazu gehört eine Distanzierung vom Unrecht, das im Namen auch der sozialistischen Bewegung, im Namen der DDR, im Namen der SED passiert ist. Das kann ich ganz klar sagen: Das gehört zu unserem Gründungskonsens – der Antistalinismus.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Sie wissen, unsere Parlamentsfraktion besteht ausschließlich aus Parlamentsneulingen. Ich möchte auch, dass Sie wissen, dass dem einen oder anderen Parlamentsneuling die Angriffe unter der Gürtellinie, die ich in der letzten halben Stunde hier gehört habe, es nicht mehr ermöglicht haben, hier zu reden; stattdessen bin ich eingesprungen. Ich finde, auch das gehört eigentlich nicht in den Stil dieses Hauses.

(Zurufe von der CDU)

Ich zitiere jetzt noch einmal mit einer Floskel den Kollegen Willi van Ooyen, denn auch ich komme aus einer Gegend, in der selbst die Kartoffeln katholisch waren. Dort haben wir gelernt, dass die CDUler feine Leute sind. Auch ich lerne dazu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Das sagen die Richtigen!)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Dr. Wilken. – Herr Dr. Wagner, Sie haben sich für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur drei Bemerkungen machen.

Erstens. Auch Herr Dr. Wilken hat, ebenso wie Herr van Ooyen, den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz mit der Stasi gleichgestellt.

(Widerspruch des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

– Sie haben eben gerade gesagt, der Verfassungsschutz bespitzelt, und Sie haben sich dagegen verwahrt, dass dies stattfindet. Damit stellen Sie die Tätigkeit eines demokratischen Organs dieses Staates mit der Stasi gleich.

Meine Damen und Herren, an die Adresse von Herrn Schmitt möchte ich sagen: Herr Schmitt, Sie wussten vor dieser Debatte, wo DIE LINKE zu diesem Thema unter anderem steht. Ich darf nur darauf verweisen, dass Herr van Ooyen bereits am 26. Februar in ganz ähnlicher Weise wie heute den Verfassungsschutz diffamiert hat.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja, und?)

Da Sie das vorher wussten, finde ich es schon bemerkenswert, dass Sie in Kenntnis dieses Sachverhaltes einen gemeinsamen Antrag mit der Linkspartei zu diesem sensiblen Thema eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bemerkung. Meine Damen und Herren, draußen versteht es kein Mensch, dass ein vernünftiger Antrag, der von CDU und FDP eingebracht worden ist, von SPD und GRÜNEN nicht unterschrieben wird,

(Zurufe von der SPD: Ist er doch!)

sondern mit einer Trickserei gleichlautend dann von Ihnen mit der Unterschrift der Linkspartei eingebracht wird.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Später!)

Das versteht draußen keiner. Das wird lediglich als Trickserei verstanden.

Herr Schmitt, ich will eines hinzufügen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben einen Zwischenruf gemacht, von dem ich erwarte, dass Sie ihn zurücknehmen und sich entschuldigen.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, ganz bestimmt nicht!)

Als Herr van Ooyen – ich sage es einmal sehr vornehm und sehr zurückhaltend – seine hoch bedenklichen Äußerungen zum Verfassungsschutz machte, haben Sie gesagt: Und bei Ihnen sitzt Herr Irmer in der ersten Reihe.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese diffamierende Äußerung zurücknehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Soll ich jetzt die Unwahrheit sagen – dass er nicht da sitzt?)

Eine letzte Bemerkung. Herr Al-Wazir, Sie haben hier versucht, eine intellektuelle Pirouette zu drehen. Was hätte eigentlich die Linkspartei hindern können, bei dem ursprünglichen Verfahren, das wir vorgeschlagen haben – nämlich ein Zeichnen dieses Antrags durch CDU, FDP, GRÜNE und SPD –, mitzustimmen? Dann hätten sie denselben Beweis führen können, von dem Sie jetzt behauptet haben, er wäre nur zu führen, wenn die Linkspartei mitunterzeichnet.

Das ist intellektuell nicht redlich. Ich glaube, bei diesem sensiblen Thema wäre es – ich sage das zum Schluss noch einmal – vernünftiger gewesen, wenn die vier Fraktionen, die eindeutig auf dem Boden der Verfassung stehen, zu diesem Thema gemeinsam aufgetreten wären. Leider ist das nicht der Fall. Deshalb hat dieses Verfahren, das Sie hier inszeniert haben, wie ich finde, insgesamt dem Ansehen des Landtags geschadet.

Abschließend stelle ich fest: Das, was Herr Dr. Wilken hier nochmals inhaltlich ähnlich wiederholend zu dem gesagt hat, was Herr van Ooyen vorgetragen hat, ist tatsächlich eine Diffamierung des Verfassungsschutzes und der Beamten, die im Auftrag unseres Staates tätig sind, um unsere Verfassung zu schützen.

Die Stasi hat nicht die Verfassung geschützt, sondern permanent Menschenrechte verletzt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wagner. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hahn für die FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Sozialdemokraten und den GRÜNEN eigentlich dankbar, dass sie sich auf dieses Spiel eingelassen und mit den LINKEN einen wortgleichen Antrag eingebracht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, präziser kann man in dieser Situation nicht die Unterschiede zeigen.

(Beifall der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Elisabeth Apel (CDU))

Wir als Liberale wollen und werden keinen Antrag mit einer Fraktion hier einbringen, die in dieser Art und Weise, wie es eben geschehen ist, Institutionen unserer Gesellschaft diskreditiert.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir als Liberale stehen dazu, dass wir einen wehrhaften Staat benötigen. Zu einem wehrhaften Staat gehört bei der inneren Sicherheit eine starke Organisation des Verfassungsschutzes, der – für diejenigen, die es vergessen haben – hier in Hessen auf Druck der FDP ein parlamentarisches Kontrollgremium bekommen hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen einen Staat, der transparent sich selbst schützt.

Wenn hier der Vorsitzende der LINKEN – zunächst der der Fraktion und dann der der Partei – sich hierhin stellt und, auf alle Fälle gewollt, semantisch vielleicht sehr klug, ein Gleichheitszeichen zwischen dem hessischen Verfassungsschutz und der Stasi der DDR macht – mit derartigen Leuten werden wir keinen Antrag im Hessischen Landtag einbringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege van Ooyen, ich erwarte von Ihnen, dass Sie nochmals hier nach vorn kommen. Wenn Sie behaupten, Sie wären Demokrat, kann es nichts anderes geben, als sich hierhin zu stellen und sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des hessischen Verfassungsschutzes für die Entgleisung zu entschuldigen, die Sie hier begangen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Entweder sind Sie Demokrat, und dann stehen Sie auch zu den Schutzeinrichtungen dieser Demokratie,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

oder Sie sind kein Demokrat. Und das werden wir gleich daran sehen, wie Sie sich benehmen werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zu dem Kollegen Schmitt von den Sozialdemokraten machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt kommt der „Blockwart“!)

– Nein, „Flöte“. – Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es einen Vorwurf gegen die Liberalen und gegen die Union in diesem Hause im Zusammenhang mit der DDR gibt, nämlich, dass sie sich mit Parteien in der DDR verbunden haben und Teile des Vermögens dieser Parteien übernommen hätten.

Herr Kollege Schmitt, ich stelle das streitig, übernehme es aber und sage: Wenn das der einzige Vorwurf gegenüber FDP und CDU ist,

(Lachen bei der SPD)

dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Nachfolgeorganisation der SED „DIE LINKE“ heißt und das gesamte Vermögen der SED übernommen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Schmitt, wenn denn Ihr gesamtes Wertesystem nur auf Geld aus ist, auch dann sind DIE LINKEN der absolute Sieger.

Uns aber geht es nicht um Geld, uns geht es um den Unterschied zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und einer Diktatur, wie sie in der DDR durch die Stasi organisiert wurde. Gott sei Dank haben wir diesen Antrag nicht mit Ihnen zusammen eingebracht. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Danke, Herr Kollege Hahn. – Gestatten Sie bitte die kurze Anmerkung, dass wir die Vereinbarung getroffen haben, dass hier im neuen Plenarsaal von den Regierungsbänken aus kein Applaus stattfindet, sondern wir das von den Abgeordnetenbänken aus machen.

Nächster Redner ist Herr Kollege Wagner für die Fraktion der GRÜNEN. Sie haben noch eine Minute und 16 Sekunden Redezeit.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Herr Kollege Wagner, mein Namensvetter von der CDU,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das spricht für Qualität!)

die Entstehungsgeschichte dieser Anträge nicht korrekt dargestellt hat. Es gab die Initiative zu diesem Antrag – ich weiß nicht, ob diese von der CDU oder der FDP ausging –, und es wurde daraufhin gefragt, ob die GRÜNEN und die SPD auf diesen Antrag mit drauf wollen. Meine Fraktion hat gesagt, dass sie bei diesem Antrag noch Änderungsbedarf sehe. Sie haben diesen Änderungswunsch sogar aufgegriffen. Wir haben dann gesagt: Wir hätten aber gern, da es um eine Selbstverpflichtung der Abgeordneten geht, dass alle Abgeordneten diese Selbstverpflichtung beantragen, damit sie diese auch durchführen. – Dies war die Entstehungsgeschichte dieses Antrags. Die CDU und die FDP haben es abgelehnt, einen interfraktionellen Antrag zu machen. Die CDU und die FDP haben hierzu Nein gesagt. Das war die Entstehungsgeschichte zweier wortgleicher Anträge, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich sehe, dass die CDU nickt. Herr Kollege Wagner, das ist gut, denn damit hätten wir dies klargestellt. Es war mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass nicht irgendeine Fraktion irgendwelche Spielchen gemacht hat, sondern dass es

unserer Fraktion darum ging, dass sich alle Abgeordneten zu einer Selbstüberprüfung bekennen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Wagner, vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege van Ooyen. Die Redezeit beträgt eine Minute und 32 Sekunden.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Zeit nicht ausschöpfen. Ich will noch einmal ganz klar betonen: Wir setzen Stasi und Verfassungsschutz nicht gleich. Das ist jetzt ganz klar und deutlich ausgesprochen. Es geht sicherlich um die NPD-Frage – da bin ich möglicherweise etwas zu schnell an einem Punkt angelangt, wo die gesamte NPD in die Rolle hineinkam. Der öffentliche Auftritt der NPD in Frankfurt war aber beispielsweise nur möglich, weil dies aufgrund des Polizeischutzes tatsächlich ermöglicht wurde. Darum geht es.

(Norbert Kartmann (CDU): Sonst hätte es eine Schlägerei gegeben! – Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie das nun wiederholen? Das wird ja immer besser! Herr van Ooyen, wir sind ein Rechtsstaat! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Lasst ihn doch weiterreden!)

– Danke sehr, Herr Wagner, dass Sie so großzügig sind. – Es geht darum, dass wir das NPD-Verbot längst haben könnten, wenn es nicht eine Kooperation mit solchen Spitzen aus dem NPD-Lager geben würde. Das ist der Punkt.

(Peter Beuth (CDU): Das ist eine Provokation!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege van Ooyen, vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9: Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Drucks. 17/29. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Herzlichen Dank, damit dieser Antrag angenommen.

Ich komme nun zu Tagesordnungspunkt 10. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rentsch, bitte.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, vielen Dank. Ich wollte Sie nicht unterbrechen. Ich wollte gerade Ihren nächsten Satz verfolgen. Dieser würde nämlich mein Verhalten dahin gehend steuern, dass ich schauen würde, was ich nun beantrage.

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist der neue Landtag!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Rentsch, dies nur zur Aufklärung. Ich kann von hier oben keine Anträge für erledigt erklären. Dies müsste aus den Reihen der Geschäftsführer kommen. Ich dachte, Sie würden dies nun tun. Da Sie dies nicht beantragt haben, fahre ich in der Abstimmung fort.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Herr Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Wir beantragen, um der Ordnung Genüge zu tun, obgleich wir dies zuvor schon hätten beantragen müssen, den Antrag für erledigt zu erklären. Denn es handelt sich bis auf den letzten Punkt um zwei inhaltlich gleiche Anträge. Alle haben zuvor bereits zugestimmt; insofern ist der politische Wille des Hessischen Landtags bis auf das letzte Komma entsprechend entstanden. Falls Sie doch abstimmen lassen sollten – denn in Bezug auf die Erledigterklärung kann man auf jeder Seite möglicherweise anderer Meinung sein –, dann kündige ich hiermit an, dass wir uns an dieser Abstimmung nicht beteiligen werden, da der Hessische Landtag noch nie zweimal über einen Antrag abgestimmt hat. So ist das.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Wintermeyer, herzlichen Dank. – Herr Kollege Rentsch, Sie haben sich noch zur Geschäftsordnung gemeldet. Hat sich dies mittlerweile erledigt?

(Florian Rentsch (FDP): Ja!)

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Dann gibt es zu der Erledigterklärung offensichtlich keinen Widerspruch. Damit ist dieser Antrag für erledigt erklärt.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 11:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet – Drucks. 17/34 –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucks. 17/68 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Die erste Worterteilung ergeht an Herrn Dr. Wagner. Bitte, Herr Dr. Wagner, zur Einbringung des Antrags.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der gemeinsame Antrag der vier Fraktionen zur Lage in Tibet hat zwei Dimensionen: eine aktuelle und eine grundsätzliche. Ich will mit dem Grundsätzlichen beginnen.

Papst Benedikt hat in der vergangenen Woche in seiner Rede vor den Vereinten Nationen die Universalität der Menschenrechte betont. Er sagte, die Menschenrechte seien – so wörtlich – „gültig für alle Zeiten und für alle Völker“. Sie müssten gegen ideologische Relativierungen und Schwächungen aus politischen Gründen geschützt

werden. Menschenrechte könne man – so der Papst weiter – in keiner Weise variieren, je nachdem, wie man sie in verschiedenen Kulturen verstehen wolle.

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu, dass zu den Menschenrechten auch die Freiheit der Religionen, die Erhaltung der kulturellen Identität und damit zusammenhängend der Schutz der Sprache eines Volkes gehören. Darauf hinzuweisen ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Die Menschenrechte sind nie ein Gegenstand der inneren Angelegenheiten eines Staates. Das wird in öffentlichen Diskussionen häufig völlig übersehen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir beim aktuellen Anlass: der Lage in Tibet. Wegen der massiven Behinderung der freien Berichterstattung wissen wir leider nicht, was sich derzeit genau in Tibet abspielt. Die Informationen aber, die aus der Region Tibet über Unruhen und deren rigorose Niederschlagung an die Öffentlichkeit dringen, müssen uns mit Sorge erfüllen. Dabei ist die Lage der Berichterstattung bereits ein Teil des Problems. Gerade weil die chinesische Staatsführung eine freie Berichterstattung ausländischer Medien über die Ereignisse in Tibet nicht zulässt, nährt sie den Verdacht, Menschenrechtsverletzungen sowie Unterdrückungen fortsetzen zu wollen. Es gehört zu unserem Verständnis eines wirksamen Schutzes der Menschenrechte unabdingbar dazu –

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Bitte, Herr Kollege Dr. Wagner, entschuldigen Sie ganz kurz. – Wir haben in diesem Plenarsaal eine neue Situation, das Herumstehen von Kolleginnen und Kollegen stört enorm. Deswegen darf ich alle Kolleginnen und Kollegen bitten, ihren Platz wieder einzunehmen oder den Raum zu verlassen sowie die Gespräche einzustellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Satz noch einmal beginnen.

Es gehört zu unserem Verständnis von Menschenrechten und deren Schutz unabdingbar dazu, dass die Freiheit der Berichterstattung gewährleistet ist.

(Beifall bei der CDU)

Gerade auch die Medien erfüllen eine wichtige Funktion zur Kontrolle staatlicher Machtausübung. Ich will nicht ignorieren, dass es spürbare Verbesserungen der wirtschaftlichen und der sozialen Lage der Bevölkerung Tibets gibt. Der gemeinsame Antragstext erkennt dies auch ausdrücklich an. Gleichwohl bleiben die Religionsfreiheit und der Bestand der kulturellen Eigenheiten des tibetischen Volkes in hohem Maße, wie wir leider wissen, gefährdet. Wer hier, wie die Fraktion der LINKEN in ihrem Änderungsantrag, von einem gleichberechtigten Miteinander der Kulturen spricht, verdreht die tatsächliche Lage. Hier liegt kein Konflikt zweier Kulturen vor, sondern hier werden die elementaren Rechte einer ethnischen Minderheit seit Jahrzehnten systematisch und oft brutal durch ein autoritäres Großreich unterdrückt. Aus diesen Gründen werden wir dem Änderungsantrag der LINKEN nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele in China stellt sich, wie wir in diesen Wochen immer wieder lesen und hören können, die Frage: Was hat der Tibetkonflikt mit den Olympischen Spielen zu tun? Hat Sport einen politischen Bezug? Dazu hat der Alterspräsident in seiner Rede anlässlich der konstituierenden Landtagssitzung klare Worte gefunden. Er hat zu Recht auf den propagandistischen Missbrauch der Olympischen Spiele durch autoritäre und demokratiefeindliche Regimes in den Jahren 1936 und auch 1980 hingewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen daher längst: Sport findet nicht im politikfreien Raum statt. Die Olympischen Spiele sind an Peking in der klaren Erwartung vergeben worden, dass die Verbesserung der Menschenrechtslage in China zügig voranschreitet. Für China liegt in der Ausrichtung dieses, wie man sagt, Festes der Jugend der Welt die große Chance, sich als selbstbewusstes, aufgeklärtes und offenes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu präsentieren. Ich halte es deshalb für einen Fehler der chinesischen Staatsführung, den Dialog mit dem Dalai Lama zu verweigern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, China könnte manche Irritationen der internationalen Staatengemeinschaft vermeiden, wenn es sich auf das Angebot des Friedensnobelpreisträgers zur friedlichen Beilegung des Tibetkonflikts einließe. Damit wir auch richtig verstanden werden: Niemand wird dabei von den Chinesen verlangen, ihre Selbstachtung aufzugeben. Unser gemeinsamer Antrag betont daher ausdrücklich, dass beide Seiten den Willen zum Kompromiss aufbringen müssen. Sollten unsere Sportler die Olympischen Spiele wegen der Ereignisse in Tibet boykottieren? Der Dalai Lama sagt: „Nein.“ Die Teilnahme an den Olympischen Spielen ist für jeden Sportler, wir wissen es, ein Höhepunkt seiner sportlichen Karriere. Monate-, manchmal auch jahrelang haben sich unsere Athleten darauf vorbereitet. Wir sollten von ihnen nicht erwarten, dass sie ihren olympischen Traum um der Politik willen aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Aber wir sollten vom IOC verlangen, dass es den olympischen Geist, den Geist von Frieden und von Völkerverständigung nicht verrät. Was wir in den vergangenen Wochen von führenden Vertretern des IOC zu hören bekommen haben, war ärgerlich.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Unser gemeinsamer Antrag bestärkt daher die Sportlerinnen und Sportler darin, als Botschafter der Völkerverständigung die gesellschaftspolitische Dimension des Sports zu nutzen. Der olympische Gedanke verlangt fairen Wettkampf, aber auch den Geist der Freiheit und der Achtung der Menschenrechte. Meine Damen und Herren, das ist das Signal, das von dieser Landtagsdebatte heute hier ausgehen soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wagner.

Noch eingegangen ist ein **Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE**

GRÜNEN, Drucks. 17/99. Er wird im Laufe der nächsten Minuten auf Ihren Tischen verteilt.

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Everts für die SPD-Fraktion.

Dr. Carmen Everts (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Annexion von Tibet durch China vor mehr als 50 Jahren war und ist ein trauriges Symbol für eine Unterdrückungspolitik, die die kulturelle Identität eines Volkes zerstören will, die den Tibetern Selbstbestimmung und Grundfreiheiten verweigert. Nicht nur in Tibet, sondern auch in anderen Provinzen, wie z. B. in Xinjiang, werden religiöse und sprachliche Minderheitsrechte verweigert, wird in gleicher Art und Weise versucht, die Bevölkerung zu assimilieren, obwohl der Schutz der kulturellen Identität ein essenzielles Menschenrecht ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Ich denke, nicht erst jetzt, aber besonders durch die Vorfälle in Tibet, fällt das Licht auf eklatante Menschenrechtsverletzungen in China und seinen Provinzen. Je näher die Sommerspiele heranrücken, desto deutlicher wird, dass die Hoffnungen, die sich mit der Vergabe der Olympischen Spiele nach Peking verbunden haben, nämlich die Verbesserung der Menschenrechtssituation, bisher nicht erfüllt sind. Das zeigt sich ganz besonders an der harten und indiskutablen Niederschlagung der Proteste in Tibet.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte den Fokus des Antrages aber durchaus öffnen. Es geht genauso um die Umsiedlung und die Assimilierungsversuche in anderen Provinzen. Es geht um die Verhaftung von Regimekritikern und Menschenrechtlern, wie dem Aids-Aktivisten Hu Jia, oder kritischer Journalisten. Es geht um den traurigen Spitzenplatz, den China mit der weltweit höchsten Zahl an Hinrichtungen hat.

(Allgemeiner Beifall)

Es geht um nicht weniger als um den Schutz und die Universalität der Menschenrechte, wie es Kollege Wagner angesprochen hat. Ich denke, es geht auch um die internationale Glaubwürdigkeit. Wir sind im 60. Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Gerade in diesem Jahr darf der Universalitätsanspruch der Menschenrechte in dieser Frage nicht vergessen werden. Er darf unter keinen Umständen wirtschaftlichen, politischen oder sportlichen Erwägungen geopfert werden.

Die Politik ist gefordert, klare Zeichen zu setzen – ob bei den wirtschaftlichen, den politischen oder den kulturellen Kontakten. Die Menschenrechtsfrage darf nicht außen vor bleiben. Es bedarf einer unmissverständlichen Sprache im Dialog mit der chinesischen Regierung. Ich denke, da hat das IOC eine besondere Verantwortung. Das IOC muss in der Tat dazu beitragen, dass die Olympischen Spiele nicht zu Propagandazwecken der chinesischen Regierung missbraucht werden. Ich glaube, dass die jüngste Aufforderung von IOC-Präsident Jacques Rogge, die Menschenrechtssituation in China zu verbessern, mehr als überfällig war.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Aber sie war auch halbherzig. Denn ich vermisse leider noch immer unmissverständliche Anforderungen an die Veranstalter, Gewalt und Verhaftungen in Tibet und gegen Regimekritiker einzustellen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich vermisse auch eine harte Zurückweisung, wenn die chinesische Regierung für sich beansprucht, Politik von den Olympischen Spielen fernhalten zu wollen. Nein, der Dialog mit der chinesischen Regierung braucht klare Worte, etwa zur Ausweisung der ausländischen Journalisten. Es braucht klare Anforderungen an die Menschenrechtssituation. Der sofortige Stopp von Gewalt und Unterdrückung, die Öffnung Tibets und anderer Provinzen für Journalisten und eine freie Berichterstattung sind für uns absolute Mindestvoraussetzungen für die Durchführung der Olympischen Spiele. Sonst verliert die olympische Idee, sonst verliert auch die demokratische Staatengemeinschaft jegliche Glaubwürdigkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, trotz allem kann Olympia immer noch eine Chance sein, eine Chance, die Menschenrechtssituation in Tibet und in China in die Öffentlichkeit zu tragen, eine Chance, die chinesische Führung zu Gewaltverzicht und klaren Zusagen zu bringen, und auch eine Chance, der kulturellen Identität der Tibeter endlich auch in China Anerkennung zu verschaffen.

Das möchte ich auch betonen: Keine wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen, so gut sie in Tibet auch sind, können dieses essenzielle Menschenrecht ersetzen. Da unterscheiden wir uns eindeutig auch vom Änderungsantrag der LINKEN, den wir ablehnen.

60 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen wollen wir uns heute auch noch einmal – ich freue mich, dass das in breiter Zustimmung des Hauses passiert – zur Unteilbarkeit der Menschenrechte bekennen. Ich hoffe und wünsche, dass die große Kulturnation China mit ihren internationalen Verflechtungen erkennt, dass nur mit unteilbaren Menschenrechten, nur mit Meinungsfreiheit und einer Öffnung des Landes ein friedliches Zusammenleben möglich ist, eine gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung dauerhaft gesichert werden kann. Deswegen ist auch unser Wunsch, dass die chinesische Regierung die Hand des Dalai Lama, die dieser schon 1987 mit seinem Fünf-Punkte-Friedensplan ausgestreckt hat, aufnimmt und einen ernsthaften Dialog zur Verbesserung der Lage in Tibet führt. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Everts. Es war die erste Rede der neuen Kollegin. Dazu herzlichen Glückwunsch des ganzen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Schulz-Asche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Everts, das war nicht nur die erste Rede, sondern, wie ich finde, war es auch eine sehr gute Rede, der ich mich, auch inhaltlich, anschließen kann.

(Allgemeiner Beifall)

Ich fand das sehr gut. Ungefähr so hatte ich es auch aufgebaut.

(Heiterkeit)

Auf jeden Fall denke ich, dass Frau Everts das gesagt hat, was uns allen in Bezug auf die Lage in Tibet am Herzen liegt.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie ein gemeinsames Backoffice?)

Auch der Parteirat meiner Partei hat sich am letzten Wochenende mit dem Thema der Menschenrechtsverletzungen in China befasst. Deshalb möchte ich mich noch einmal auf einige, vielleicht andere Blickwinkel zu dieser Frage konzentrieren.

In einer globalisierten Welt, ich denke, gerade auch in einer medial globalisierten Welt ist es unabdingbar, dass die Öffentlichkeit beobachtet, bewertet, sich zu Wort meldet und auch protestiert. Es ist gerade Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International oder „Reporter ohne Grenzen“ zu verdanken, dass wir weltweit überall dort, wo Menschenrechtsverletzungen stattfinden, unser Augenmerk hingelenkt bekommen. Ich denke, gerade diesen Nichtregierungsorganisationen ist für ihren unermüdbaren Kampf für die Menschenrechte auch zu danken. Der Kampf für diese universell geltenden Menschenrechte ist unweigerlich auch mit der Freiheit von Journalistinnen und Journalisten verbunden, über die Situation zu berichten.

Meine Damen und Herren, Menschenrechte bleiben für uns unteilbar.

(Allgemeiner Beifall)

Sie bleiben unteilbar und aus keinem Grund relativierbar. Deswegen werden wir auch den Änderungsantrag der Linkspartei ablehnen.

Den Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte glaubhaft zu führen bedingt meiner Ansicht nach auch, dass man in diesem Kampf selbst die Menschenrechte achtet. Ich glaube, es ist gerade die Stärke des Dalai Lama, dass er sein Anliegen in den letzten Jahrzehnten mit einer solchen Konsequenz, auch einer Konsequenz in Bezug auf Gewaltfreiheit vorgetragen hat. Das ist sicher ein Grund für seinen Bekanntheitsgrad und für seine Beliebtheit gerade auch in Hessen. Er und seine Art und Weise, die Interessen des tibetischen Volkes auf die Tagesordnung zu setzen, sind ein Zeichen und für alle Menschen die Hoffnung, dass gerade Ziele, die man glaubt, kaum erreichen zu können, auch mit gewaltfreien Mitteln auf lange Sicht durchsetzbar sein könnten. Dieses Ziel zu unterstützen ist auch die Aufgabe des Hessischen Landtags. Das wollen wir mit unserem Antrag heute erreichen.

China hat in den letzten Jahren in ökonomischer, sozialer, zum Teil auch in ökologischer Hinsicht eine enorme Entwicklung hinter sich gebracht. Es ist nicht zu leugnen, dass es auch im Bereich der Menschenrechte Verbesserungen gab. Die Vergabe der Olympischen Spiele nach Peking – ob zu Recht oder zu Unrecht, lässt sich vielleicht später einmal leichter sagen – war mit der Hoffnung verbunden,

diesen Prozess zu fördern und zu beschleunigen. Ich glaube, dass die chinesische Regierung sicher nicht klug beraten ist, erste Erfolge gerade im Vorfeld der Olympischen Spiele rückgängig zu machen oder ihr Vorgehen zu verschärfen.

Die Achtung der Menschenrechte einschließlich der freien Meinungsäußerung sind Bedingungen an ein Land, das die Welt bei sich zu Gast heißen möchte. Eine weitere Zuspitzung der dramatischen Lage in Tibet, aber auch in anderen chinesischen Provinzen kann nur durch die Bereitschaft aller Seiten zum Dialog verhindert werden. Es ist die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, diesen Dialog zu erleichtern und zu fördern, und dazu gehört sicher auch, dass man jeder Seite die Möglichkeit gibt, nicht das Gesicht zu verlieren. Zwischen Schweigen und Boykott der Olympischen Spiele gibt es derzeit immer noch viele Möglichkeiten. Hier ist Diplomatie, aber offensichtlich auch Druck gefragt. Das ist vorrangige Aufgabe der Politik. Ich denke, wir sollten alle darauf achten, dass die Sportlerinnen und Sportler mit ihrem Wunsch, ein Zeichen für die Einhaltung der Menschenrechte zu setzen, nicht alleingelassen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die deutschen Unternehmen in China – es gibt inzwischen vielfältige Kontakte – sollten ihre Möglichkeiten nutzen. Das gilt übrigens nicht nur für die Sponsoren. Wenn der durchaus richtige Satz vom Wandel durch Annäherung nach wie vor gelten soll, muss beim Engagement der deutschen Wirtschaft in China auch deutlich werden, dass man sich neben den Geschäften auch für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft einsetzt.

(Allgemeiner Beifall)

Im globalen Machtgefüge hat sich China in den letzten Jahrzehnten einen neuen Platz erobert, und die Diskussion über die Olympischen Spiele, den Umgang mit Tibet, aber auch über die Rolle in anderen Regionen der Welt, vor allem in Afrika – dafür haben wir in dieser Woche auch wieder aktuelle Beispiele gehabt –, zeigt, dass wir international noch keine geeignete gemeinsame Plattform der Diplomatie und des Dialogs mit China gefunden haben.

Ich glaube, dass das eine sehr große Herausforderung für die Zukunft ist, und zwar eine Herausforderung auf allen Ebenen, von Sportlern über Politiker bis hin zur Wirtschaft. Diese Verantwortung wird nicht mit den Olympischen Spielen im Jahr 2008 enden. Ich habe eher den Eindruck, dass sie erst beginnt, weil wir jetzt Formen finden müssen, gemeinsam eine Zuspitzung der Lage in Tibet zu verhindern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sich die Menschenrechtssituation in China nachhaltig verbessert. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat Herr Kollege van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich will nicht auf die Olympischen Spiele eingehen, weil man da sehr unterschiedlicher Meinung sein kann, ob es sich

um ein sportliches oder eher um ein Gladiatorenereignis handelt, das zum Instrument geworden ist. Es waren die Chinesen, die diese Olympischen Spiele zustimmend angenommen haben – das stimmt schon –, aber es waren sicherlich Sponsoren, die eher auch in der bundesrepublikanischen Landschaft ihre Interesse auf ökonomischem Gebiet vorangebracht haben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Internationaler Großkampftag! – Holger Bellino (CDU): Um was geht es denn jetzt?)

– Es geht darum, dass man dieses Ereignis jetzt Gott sei Dank im Fokus hat, aber ich will die Notwendigkeit der Olympischen Spiele nicht bewerten. Das wollte ich damit nur sagen.

Die Forderung nach Schutz der kulturellen Identität und des Selbstbestimmungsrechts, auch für die Tibeter, ist völlig berechtigt. Diese Rechte stehen jedem Volk zu. Nach internationalen Menschenrechtspakten ist das gar nicht anders zu bewerten.

Die Kultur dieses tibetischen Volks muss allerdings selbst wiederum die Menschenrechte respektieren, als dialektische Position. Deshalb möchte ich auf Folgendes hinweisen. Der Aufbau einer Demokratie in Tibet wird nicht nur durch die Repressionspolitik Chinas behindert, sondern auch von dem Umstand, dass Tibet auf keine demokratische Tradition vor dem chinesischen Einmarsch zurückgreifen kann.

(Unruhe bei der CDU)

Eine Wiederherstellung der alten buddhistischen Theokratie, in der die meisten Menschen als Leibeigene und Sklaven vegetierten, in der gnadenlose Ausbeutung und grausamste Strafen das Leben der Mehrheit prägten, kann jedenfalls niemand fordern, dem es ernsthaft um Menschenrechte geht.

(Unruhe bei der CDU)

Es gibt viele Berichte von Historikern über das feudale Tibet oder viele kritische Anmerkungen zur Diskrepanz zwischen Worten und Taten. Deshalb haben wir sehr deutlich gesagt, dass es sich nicht um den Führer einer Glaubensrichtung handeln kann, sondern tatsächlich um einen Repräsentanten dieser Glaubensrichtung, und hatten deshalb diesen Änderungsantrag vorgelegt, dem jetzt auch die anderen Fraktionen nachgekommen sind, wie ich gerade gesehen habe. – Das Wort „Führer“ ist in unserem Land ja relativ stark belastet.

Es ist an der Gleichwertigkeit von sozialen und politischen Menschenrechten anzuknüpfen. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass es auch darum gehen muss, die Bemühungen der chinesischen Regierung bei der Verwirklichung von sozialen Menschenrechten, z. B. der Armutsbekämpfung, zu würdigen. Das steht auch in dem Antrag, was ich gut finde.

(Unruhe bei der CDU)

Daraus folgt aber keine Verteidigung der faktischen Menschenrechtsverletzungen in China, die umfassender sind als nur die in Tibet; da geht z. B. um gewerkschaftliche Rechte, da geht es um die Todesstrafe, da geht es um all die Dinge, die wir angeprangert haben und die wir anprangern werden. Da geht es aber auch darum, dass es bei den Menschenrechten keine Rangordnung formaler Natur geben kann. Deshalb sind wir entschieden der Meinung, dass eine verbindliche Menschenrechtsbetrachtung, und dies nicht nur in China, erfolgen muss. Die Men-

schensrechtsverstöße in Tibet und in China selbst, wie ich gesagt habe, sind grundsätzlich nicht hinnehmbar.

(Unruhe bei der CDU)

Von offizieller deutscher Seite wurde bisher der Geschäftemacherei mit China stets der Vorzug gegenüber deutlicher Kritik gegeben. Wenn sich solche Kritik nun vor den Olympischen Spielen verstärkt, ist es gut. Man darf dabei aber nicht dem freundlichen Medienimage auf den Leim gehen, das der amtierende Dalai Lama dem tibetischen Buddhismus verleiht. Wer die traditionelle tibetische Kultur mitsamt ihren antidemokratischen und menschenrechtswidersprechenden Momenten en bloc und ohne Vorbehalte schützen will, ist möglicherweise zynisch.

(Axel Wintermeyer (CDU): Reden Sie einmal zu Ihrem Antrag!)

Dies gilt auch, wenn der Dalai Lama – Herr Wagner, hören Sie zu – sich hin und wieder halb als Buddhist und halb als Marxist begreift.

(Holger Bellino (CDU): Wie man so technokratisch reden kann bei diesem Thema! – Axel Wintermeyer (CDU): Erklären Sie Ihren Antrag, und lesen Sie nicht ab, was Sie aufgeschrieben haben! – Unruhe bei der CDU)

– Nun ja, ich musste mich ja ein bisschen vorbereiten, weil ich ganz gespannt bin auf Ihre Reaktionen. Deswegen muss ich ein bisschen fixierter sprechen.

(Holger Bellino (CDU): Das ist in Berlin geschrieben!)

– Nein, wir haben noch keine Schreiberlinge in Berlin, wir müssen noch alles selber machen.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Mir geht es darum, dass alle Menschen, die in Tibet und in der Region leben, auch ihre Menschenrechte realisiert wissen möchten. Man darf nicht nach rassistischen oder anderen, beispielsweise religiösen Gesichtspunkten Nationen und Völker bilden. Hier geht es darum, tatsächliche Mitwirkung in allen Bereichen durchzusetzen. Ich meine das nicht nur in Tibet. Ich sehe, wie die CDU und manche in der FDP kleinlaut werden, wenn es sich um andere Gegenden der Welt handelt, die von Menschenrechtsverletzungen genauso betroffen und bedroht sind. Ich denke dabei an Abu Ghuraib, ich denke an Guantanamo. Da würde ich gerne Ihre Vokabeln lauter hören.

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Heute sind wir bei Tibet!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Nächster Redner ist Herr Kollege Hahn für die FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin meinen Vorrednern Dr. Wagner, Frau Schulz-Asche

und Frau Everts sehr dankbar für ihre Beiträge. Ich kann für die FDP in diesem Haus sagen, dass wir zu 100 % hinter den Ausführungen von Ihnen dreien stehen. Vielen Dank, dass Sie es so formuliert haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschenrechte sind unteilbar, Menschenrechte gelten überall, an jedem Ort auf dieser Erde. Deshalb müssen wir uns als Landesparlament zu Wort melden, wenn derartige brutale Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte tagtäglich über die Medien in unsere Wohnzimmer gebracht werden müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Abschottung Tibets von der Weltöffentlichkeit ist unerträglich für alle Demokraten und Menschen, die im Rechtsstaat leben wollen. Deshalb ist dieser Beschluss des Hessischen Landtags, getragen von den vier demokratischen Fraktionen, auch ein wichtiger Hinweis dahin, wie wir denken und wie wir handeln. Ich sage es sehr deutlich: Die FDP-Fraktion in diesem Haus unterstützt ausdrücklich den Hessischen Landessportbund.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Er hat in einer Erklärung von vor zwei Tagen festgestellt, dass es einen Boykott der Olympischen Spiele aus Sicht des Sports nicht geben kann. Ich bin der festen Überzeugung, es darf ihn schon einmal gar nicht aus Sicht der Politik geben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir meinen, Politik machen zu müssen, und hier müssen wir Politik machen, dann bitte nicht auf dem Rücken der Sportler, sondern mit den geeigneten Mitteln und Maßnahmen, die wir haben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Wir als Hessen haben eine besondere Verantwortung, weil wir auch eine besondere Beziehung zum Dalai Lama haben. Es ist insbesondere dem Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zu verdanken, dass wir diese Beziehungen als hessische Bürgerinnen und Bürger haben – ich sehe einige Freunde des Dalai Lama als Gäste unserer Parlamentssitzung hier sitzen. Wir konnten in den Kontakten mit dem Dalai Lama erkennen, was er für ein Mensch ist. Ich hatte, wie einige hier im Raum auch, die Ehre und das Glück und die Erfahrung, beim Dalai Lama persönlich in Dharamsala sein zu dürfen und in einer besonderen Privataudienz mit ihm sprechen zu können.

Ich jedenfalls – und, ich glaube, auch alle meine Kolleginnen und Kollegen – bin mit dem Gefühl aus Dharamsala abgereist, dass es sich dabei um eine Persönlichkeit handelt, die nicht nur predigt, dass man auf Gewalt verzichten muss, sondern die es auch vorlebt, dass man Gewaltverzicht üben muss.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist es so banal, wenn die Fraktion der LINKEN nun meint, eine Relativierung der Menschenrechtsverletzungen vornehmen zu wollen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das machen wir nicht!)

Herr van Ooyen, Sie müssen schon lesen, was Sie beantragen. Sie haben eine Relativierung der Menschenrechtsverletzungen durch die Chinesen in Tibet und an den Tibetern vornehmen wollen. Da machen wir als FDP nicht mit, und da machen berechtigterweise auch alle anderen Fraktionen nicht mit.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Unsinn!)

Wir haben den Dalai Lama hier in Hessen als Redner gehabt. Das war ein Erlebnis für viele, die damals schon dem Hessischen Landtag angehört haben. Ich rede aber nicht über persönliche Erlebnisse, sondern ich rede darüber, dass wir wissen, weil wir den Dalai Lama kennen, dass er ein Mensch ist, der es verabscheut, dass dort Menschen mit Knüppeln und anderen Dingen auf Menschen zugehen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

So wollte und will der Dalai Lama nicht sein Volk in einer friedlichen Region zu Hause leben lassen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeden Angriff darauf müssen wir verurteilen, gerade als Hessischer Landtag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage sehr deutlich: Die Diskussionen, die im Deutschen Bundestag vor einigen Tagen über die Frage gelaufen sind, ob das Kulturprogramm abgesetzt werden soll, halte ich für falsch. Ich halte es für richtig, dass im Rahmen des Kulturprogramms eine Vielzahl von Ausstellungen durchgeführt wird, dass deutsche Künstler an der Peking-Biennale teilnehmen und dass unser Sinfonieorchester, das Radiosinfonieorchester des Hessischen Rundfunks, Auftritte in Peking im Rahmen des Kulturprogramms der Olympischen Spiele hat. Das sind Botschafter für die Durchsetzung der Menschenrechte. Die darf man nicht abziehen, sondern man muss sie ganz bewusst dorthin schicken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Hahn, ich bitte Sie, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen. – Wir müssen hier noch vieles neu üben. Ich musste eben üben bzw. lernen, dass eine Geschichte, die vor 70 Jahren geendet hat, noch jemandem in dieser Art vorgeworfen wurde, wie Herr van Ooyen das getan hat, indem er auf das aus seiner Sicht antidemokratische und theokratische Regime des Dalai Lama und seiner Vorgänger hingewiesen hat.

Ich will Ihnen nur sagen: Ganz offensichtlich gibt es in dieser Region sehr wohl Entwicklungen, die von diesem System Abstand genommen haben. Offensichtlich ist Ihnen verborgen geblieben, dass in einem Nachbarland von Tibet erst vor wenigen Wochen die erste demokratische Wahl stattgefunden hat, und dies von einem theokratischen Fürsten, König, wie auch immer inszeniert.

Hören Sie auf, Feindbilder zu bauen, wo keine sind. Unterstützen Sie uns in dem Kampf darum, dass der Dalai Lama und die Tibeter ein Recht haben, so zu leben, wie sie es in ihrem Land gerne möchten. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist eine gute Tradition, dass wir uns jetzt seit fast eineinhalb Jahrzehnten im Hessischen Landtag vielleicht ein bisschen intensiver, als das die Regel in Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland sein kann, mit der Situation in China und gerade auch mit der besonderen Situation der tibetischen Bevölkerung in China beschäftigen. In der Tat glaube ich – Herr Kollege Hahn hat es schon gesagt –, dass jenseits jeder nüchternen politischen Analyse an bestimmten Stellen persönliche Sympathie durch persönliches Erleben von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, durch das hier im Parlament Willkommen-Heißen, aber auch durch die Besuche nicht nur in Dharamsala, sondern auch auf Einladung der chinesischen Regierung in Tibet gewachsen ist.

Ich denke, das gibt uns eine besondere Verpflichtung, in einer solchen Debatte nicht zu schweigen, und auch eine besondere Verpflichtung, zu wissen, dass auf das, was wir dazu sagen, vielleicht etwas mehr gehört wird, weil es etwas deutlicher beobachtet wird als bei anderen. Die Tradition, dem Dalai Lama mit der Plattform des Hessischen Landtags im Jahr 1995 eine Perspektive für die Chance zur Diskussion in offiziellen Gremien der Bundesrepublik Deutschland gegeben zu haben, ist sehr wohl beobachtet worden, und sie hat etwas damit zu tun, ob die Angelegenheiten im Interesse des tibetischen Volkes in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielen. Deshalb finde ich es gut und richtig, dass wir hier eine solche Resolution verabschieden. Ich will das für die Landesregierung ausdrücklich dankend sagen.

Ich will hinzufügen, dass die Landesregierung die Wortbeiträge von Abgeordneten nicht zensieren oder bewerten darf. Aber ich kann mich dafür bedanken, dass Sie zu Beginn der parlamentarischen Arbeit etwas gemacht haben, an dem wir anderen vielleicht relativ lange gearbeitet haben, bis wir zu diesem Positionen gekommen sind. Das zeigt, dass wir hier eine jenseits der normalen Fronten gehende Übereinstimmung im Parlament haben.

Ich glaube, wir sollten uns bewusst sein: Jeder Satz, jede Aktivität, jede Frage des Boykotts oder Nicht-Boykotts werden in diesen Tagen beobachtet. Ich glaube, dass es richtig ist, heute zu sagen, dass es gut ist, solange es nicht außergewöhnliche Ereignisse gibt, die man im Vorhinein nicht sozusagen ignorieren darf, dass es eine möglichst intensive Diskussion gibt. Nichts hilft dem tibetischen Volk mehr als die kritische Debatte. Deshalb können die Olympischen Spiele, obwohl man vielleicht ganz andere Vorstellungen hatte und manche in der chinesischen Führung sich wahrscheinlich über die Dinge wundern, die derzeit geschehen, eine hilfreiche Sache sein, wenn man sie offensiv aufnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Dazu muss man zu Formulierungen finden. Dazu ist es auch wichtig, in einer Resolution zu sagen, dass man die Welt nicht neu ordnen kann, auch wenn wir das gelegent-

lich gemeinsam an einer solchen Stelle jenseits allen sonstigen Streits wünschen können.

Aber es gibt ein paar Dinge, auf die wir Wert legen können. Das Internationale Olympische Komitee mit all den Problemen der aus meiner Sicht falschen Zurückhaltung hat eines erreicht, auf das die Funktionäre durchaus gelegentlich hinweisen: dass z. B. eine Vereinbarung besteht, dass im Jahr der Olympischen Spiele Journalisten in ganz China Bewegungsfreiheit haben.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe viele Stunden mit Vertretern der chinesischen Regierung zugebracht, in denen mir erklärt worden ist, was ich nie bestritten habe, dass Tibet heute ein Teil des chinesischen Staatsgebietes ist. Aber dann gilt die Frage, die so oft erörtert worden ist, wenn Tibet ein Teil des chinesischen Staatsgebietes ist, wo sich Journalisten, die sich aufgrund der IOC-Vereinbarung frei in China bewegen können, auch bewegen können: nämlich auch in Tibet.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand soll sich täuschen: Wir leben in einer medialen internationalen Gesellschaft. Für die Tibeter und ihren Schutz ist nichts existenziell wichtiger als die Sichtbarkeit ihrer persönlichen Situation auf den Bildschirmen der Welt. Es ist nichts wichtiger als das. Es gibt keine bessere Form von Lebensversicherung als dies.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist: Wir aus Hessen entsenden eine der größten Delegationen aus hessischen Sportlern zu den Olympischen Spielen. Viele von uns hier im Saal kennen viele davon. Wir arbeiten oft gemeinsam mit ihnen, um jungen Leuten am Beispiel dieser Sportler Leistungsmotivation, Selbstbewusstsein, Courage und viele Dinge des Einsatzes zu vermitteln. Das IOC hat eine Verantwortung dafür, dass diese Sportler nicht ein Stück ihres Rückgrats im emotionalen Sinne abgeben müssen, wenn sie in Peking sind. Vielmehr müssen sie aus Peking als selbstbewusste Staatsbürger zurückkommen, wie wir sie in unserem eigenen Land erleben. Das muss das Internationale Olympische Komitee erlauben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man fragt sich an einer solchen Stelle – das ist eine neue Herausforderung des Parlaments –, ob man, diese Gemeinsamkeit betonend und sehr dankbar dafür seiend, endet oder ob man eine Bemerkung macht. Lieber Herr van Ooyen, ich will eine Bemerkung machen, weil ich glaube, dass wir an der Stelle etwas gemeinsam austragen müssen. Man kann über viele Entwicklungen, auch über die Entwicklung des Buddhismus, unterschiedlicher Meinung sein. Wie Sie wissen, bin ich Katholik. Über die demokratischen Strukturen der katholischen Kirche gibt es durchaus ambivalente Debatten.

(Heiterkeit – Florian Rentsch (FDP): Zu Recht!)

Wenn wir heute über den Buddhismus und Buddhisten in China sprechen, sollten wir nie vergessen, dass Christen im Augenblick dort an bestimmten Stellen genauso verfolgt werden wie Buddhisten. Wir sollten hier keine Religionsdebatte führen.

Sie müssen sich aber klar werden – das ist in der parlamentarischen Debatte so –, was Sie mit Ihren Worten machen. Ich schaue einmal in den Raum. Herr Kollege Walter und ich, wir waren zusammen in Tibet. Wir haben noch ein bisschen im Kopf, wie uns die chinesischen Funktione die Welt erklärt haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Anders!)

Dazu gehörten z. B. die Sätze, dass man die Leute dort vom Feudalismus befreit habe und man wissen müsse, welche besondere Situation es gewesen sei, diese Leistung erbracht zu haben. Außerdem sei der Dalai Lama ein undemokratischer Diktator, der im Westen nur für die schönen Fernsehbilder freundschaftlich gehätschelt werde.

Sie müssen wissen, was der Hessische Landtag in China auslöst, wenn das analysiert wird, was wir diskutieren. Nur deshalb widerspreche ich Ihnen; sonst wäre es mir heute bei der Einigkeit nicht wichtig genug. Verstehen Sie, wenn man im Hessischen Landtag mit ähnlichen Worten die Situation beschreibt, dann ist das aus der Sicht der chinesischen Führung eine erfreuliche Relativierung der Bemerkungen der anderen. Aber das ist der falsche Weg, Herr van Ooyen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Verstehen Sie, niemand hier im Haus sagt, dass der Dalai Lama Staatsoberhaupt von Tibet werden soll; denn wir haben hier im Haus längst die Ein-China-Politik akzeptiert. Sie ist friedenssichernd. Alles andere würde zu Unfrieden führen. Das sagen wir, wenn wir mit dem Dalai Lama reden, und das sagt er auch selbst, und zwar seit mehr als 20 Jahren.

Die mit der Religion zusammenhängenden Fragen können die Betroffenen organisieren, wie sie wollen, und der weltliche Teil ist selbst im Exil inzwischen so organisiert, dass demokratische Wahlen durchgeführt werden. Es gibt einen direkt gewählten Ministerpräsidenten in der Exilgemeinde, es gibt ein Parlament, es gibt eine Regierung, es gibt heftigste Diskussionen über wichtige Fragen. Das ist weit entfernt von dem, was in der autonomen Region Tibet unter den Regeln der tibetischen Regierung möglich ist.

Folgendes muss klar sein. Wenn man den Eindruck hat, auf der einen Seite steht ein alter, ignoranter, von freundlichen westlichen Medien gehätschelter Mann, und auf der anderen Seite steht die „Beglückung“, jedenfalls eine Relativierung dessen, was man auch sehen muss, dann ist das ein Form der Gleichgültigkeit in der Frage der Menschenrechte, die ich für mich nicht akzeptiere.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur deshalb entscheide ich mich an dieser Stelle, das in die Debatte über einen Konsens zu geben. Sie müssen verstehen, dass eine Annahme Ihres Antrags alle diese Missverständnisse verfestigen würde. Wir können an dieser Stelle dem tibetischen Volk nur helfen, wenn wir uns einer Relativierung enthalten, denn nur dann werden die chinesischen Institutionen in der Beobachtung unserer Aktivitäten erkennen, dass es sich nicht lohnt, auf die Relativierer zu warten. Das ist die Entscheidung, die dort getroffen wird: die Entscheidung, ob man das aussitzen kann, ob das in 20 Jahren vorbei ist oder ob das eine Sache ist, auf die man besser Rücksicht nimmt, weil man schneller in der freien Welt akzeptiert werden will, in der Staatengemeinschaft, für die man doch so viel investiert hat,

indem man die Olympischen Spiele ins Land geholt hat. Wir sagen, wir brauchen China in der Staatengemeinschaft und nicht außerhalb der Staatengemeinschaft, aber unter den Bedingungen, die in einer freien gemeinschaftlichen Welt herrschen sollten.

Ganz zum Schluss zurück zur Emotion. 1995 hat es jeder gespürt, und ich habe es an vielen Stellen gesagt: Was ist denn das Besondere an dem Freiheitskampf der Tibeter? Wir haben, auch in diesem Parlament, viele empfangen, die Freiheitskämpfe geführt haben. Die meisten hatten irgendwo und irgendwann auf ihrem Weg etwas mit Waffen zu tun. Ich gehe jetzt ganz weit zurück: Das reicht von Südtirol bis nach Palästina, und es bleibt nicht auf der palästinensischen Seite, sondern das gilt auch für die anderen, die man dort trifft.

Die Tibeter sind in der Weltöffentlichkeit – auch als Symbol – als die Einzigen sichtbar, die das nicht machen. Es gibt noch mehr Minderheiten, die zum Teil gar nicht gesehen werden, die das gleiche Schicksal haben. Auch das ist unbestreitbar. Aber für viele Menschen auf der Welt ist der Maßstab dafür, ob es auch ohne Bomben geht, die Frage, ob die Tibeter am Ende verlieren oder nicht. Das ist ein Teil der Bedeutung des Konflikts – neben der wichtigen Frage, dass wir jeden einzelnen Menschen in Tibet schützen wollen, dass er seine Religion ausüben kann, dass er seine Meinung sagen kann und seine Sprache sprechen kann. Aber wenn Milliarden Menschen über das Fernsehen miterleben, wer Erfolg hat oder keinen Erfolg hat, wenn die, die Gewalt anwenden, im Kampf um ihre Selbstständigkeit damit Erfolg haben, während die, die keine Gewalt anwenden, nur eine Autonomie haben wollen und keine Selbstständigkeit mehr fordern, diejenigen sind, über die man hinweggehen kann, dann ist das eine gefährliche Botschaft an die Kinder auf allen Kontinenten der Welt. Das ist der Grund dafür, warum wir in dieser Frage mit solcher Entschlossenheit arbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 17/68, ab. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/99, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, also das ganze Haus. Das hätte ich kürzer formulieren können. Dieser Änderungsantrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet, Drucks. 17/34. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Hand-

zeichnen. – Das ist das gesamte Haus. Damit ist der Dringliche Antrag in der geänderten Fassung angenommen. Ich bedanke mich herzlich.

Die Geschäftsführer haben vereinbart, dass Tagesordnungspunkt 16 auf den morgigen Tag geschoben wird. Da-

mit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.05 Uhr)